40
I. Germ.
202(24.

J. germ. 202 (

Strube

J. germ. 202 (24. 4.

Julius Melchior Struben

Königl. Grosbrit. und Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneb.
Hof- und Canzley-Rahts auch Archivarii,

befeſtigtes

Erb-Recht

der

Stift Hildesheimiſchen Meyer.

Hannover
in Verlag ſel. Nicolai Förſters und Sohns Erben
Hof-Buchhandlung 1752.

4

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorrede.

Es hat bereits im Jahr 1748. Herr **Chriſtian Juſtin Mühlpfort**, Stift Hildesheimiſcher Amtmann zu Winzenburg, eine **Nachricht von denen Streitigkeiten über das Meyer-Recht im Stift Hildesheim** in 4to. an das Licht treten laſſen. In ſelbiger iſt zuförderſt eine Wiederlegung, des von meinen Vatter den **Geheimten Juſtiz-Raht Struben** herausgegebenen **gründlichen Berichts vom Abmeyerungs-Recht, fürnemlich im Stift Hildesheim** abgedruckt, welche einige Jahre vorher, in einem Privat-Proceß, dem höchſtpreißlichen Kayſerl. Cammer-Gericht überreichet worden. Weil aber mein Vatter dieſer Schrift Vindicias juris hereditarii villicorum Hildeſienſium entgegen geſetzet hatte, die ſich in ſeinen Acceſſionibus ad Comment. de jure villicorum finden (*), ſo ſind von den Herrn **Mühlpfort** dagegen Antivindiciae juris ſimplicis coloniae in Epiſcopatu Hildeſienſi entworffen, und dieſe machen den gröſſeſten Theil der eben gemeldten Nachricht aus.

Die Frage, worüber geſtritten wird, iſt ſo wichtig, daß man nichts unterlaſſen muß, um ſolche in das völlige Licht zu ſtellen. Es hänget von deren Entſcheidung die Wohlfahrt einer groſſen Menge Menſchen ab, welche die von ihnen und ihren Vorfahren, ſeit einigen Jahrhunderten, beſeſſene Güter mit den Rücken anſehen müſſen, wenn die Richter, inſonderheit aber die höchſte Reichs-Gerichte, von den Herrn **Mühlpfort** überredet werden können, daß die Hildesheimiſche Meyer bloſſe Pächter ſind, denen der Guths-Herr den Contract auffündigen kann, ſo oft es ihm gefält. Sie von den Gegentheil zu überzeugen, und die Schwäche der Mühlpfortſchen Gründe begreiflich zu machen, iſt nicht jedermans Werck, weil dazu eine genaue Kenntnis der Stift Hildesheimiſchen Provincial-Rechte und Landes-Verfaſſung erfordert wird. Um ſo vieler Leute Untergang abzuwenden, und ſeine für ſie herausgegebene Schriften zu retten, hätte mein Vatter gerne ſogleich die Feder ergriffen, als ihm die gegenſeitige Schrift

(*) Obſerv. XLIX. S. 153-161.

Schrift zu Händen kam. Eine andere Arbeit, die denſelben damahls beſchäftigte, verſtattete dieſes aber nicht. Ich übernahm alſo auf ſein Verlangen deren Beantwortung, und brachte bereits im Jahr 1749. den gegenwärtigen Aufſatz gröſſeſteu Theils zu Papier. Als mir aber für deſſen Vollendung das Land-Syndicat des Fürſtenthums Calenberg anvertrauet wurde, ſo veranlaßte ſolches, daß ich dieſe Arbeit auf einige Zeit an die Seite legte, und ich würde, bey der mit mir nachher vorgegangenen Veränderung, ihrer vielleicht gar vergeſſen haben, wenn ich nicht daran erinnert, und durch die Bewegungs-Gründe, welche mich fürhin angetrieben, des Stift Hildesheimiſchen Erb-Meyer-Rechts Befeſtigung zu unternehmen, von der Nothwendigkeit mit einer Prüfung der Mühlpfortſchen Antivindiciarum herauszugehen, von neuen überzeuget wäre.

Die Einwürffe, die der Herr Gegner machet, ſind in der Nachricht ſo zerſtreuet, daß ich ihm nicht auf den Fuſſe folgen können. Ich habe alſo die Gründe, worauf das Erb-Meyer-Recht gebauet iſt, nochmahls kürzlich angezeiget, und bey jedem derſelben dasjenige geprüfet, was dagegen vorgebracht worden. Hierdurch iſt es zwar geſchehen, daß verſchiedenes wiederholet, welches in den **gründlichen Bericht von dem Abmeyerungs-Recht** und denen Vindiciis juris hereditarii villicorum Hildeſienſium bereits enthalten, jedoch der Zweck hoffentlich erreichet, daß keine gegenſeitige Einwendung, die von Wichtigkeit wäre, übergangen worden, ſo wie ich mich zugleich bemühet, meine Antworten dergeſtalt einzurichten, daß daraus erſcheine, wie ich es nicht mit der Perſon des Gegners, ſondern allein mit ſeinen Argumenten zu thun habe.

Vor diejenige, welche ſich auſſerhalb des Stifts Hildesheim befinden, iſt der Inhalt gegenwärtiger Abhandlung zwar weniger wichtig, als fur die Einwohner dieſes Landes. Viele darin ausgeführte Gründe, finden jedoch auch in den benachbarten Provinţen ihre Anwendung. Ueberdem dienet alles, was zur Erleuterung des Meyer-Rechts gereichet, zur Aufklärung des Teutſchen Rechts überhaupt, als welches bey der Unterſuchung der Provincial-Geſetze und Gewonheiten jederzeit gewinnet. Die Gelegenheit, welche ich anjetzo habe, meine Erkäntnis aus denen erſten nicht jedermann offenſtehenden Quellen zu erweitern, ſetzet mich hoffentlich in den Stand, der gelerten Welt, mit der Zeit auch andere, eine allgemeinere Aufmerckſamkeit verdienende Ausführungen zu liefern. Geſchrieben Hannover den 8ten April 1752.

Das erſte Capittel.

Denen Meyern ſtehet in ganz Nieder-Sachſen ein Erb-Recht an denen Höfen, ſo ſie bewohnen, zu.

§. I.

So gewis es iſt, daß vormahls vielen Meyern kein Erbrecht an den Höfen, welche ſie bewohnten, zugeſtanden; ſo wenig mag man zweifeln, daß einige bereits in ältern Zeiten damit begabet geweſen (*). Der Mangel an Acker-Leuten, die ſchlechte Beſchaffenheit des Grundes

des

(*) Daß im XIV. Jahrhundert ſich im Stifft Hildesheim Meyer gefunden, ſo mit dem Erb-Recht verſehen geweſen, erweiſet der unter den Anlagen N. 1. befindliche Contract vom Jahr 1301. Ich habe ihn N. 2. einen andern vom Jahr 1620. beigefüget, welcher inſonderheit deswegen merckwürdig iſt, weil darin geſaget wird, es ſolle der Hoff nach der alten Gewonheit und des Landes Gebrauch bey den männlichen Er-

des und Bodens, oder andere dergleichen Umſtände bewegten vermuthlich verſchiedene Guths-Herrn, denen, welche ihre Acker baueten, beſſere Bedingungen zu machen, als von andern geſchahe. In neuern Zeiten iſt hingegen das Erb-Meyer-Recht allgemeiner geworden, indem von der Landes-Herrſchaft der willkührlichen Abmeierung deswegen Ziel und Maas geſetzet, weil ſie befürchtet, es mögte dadurch die Steigerung der Meyer-Zinſe veranlaſſet, mithin der Bauers-Mann auſſer Stand geſetzet werden, die ihm aufgelegte Schatzungen abzutragen und den ſchweren Herren-Dienſt zu thun, welchen er leiſten muß.

Faſt in ganz Teutſchland, beſonders aber in Nieder-Sachſen, ſtehet daher den Bauren ein Erb-Recht an den Höfen zu, welche ſie in der Cultur haben, und es entſpringet hieraus bereits die ſtärkſte Vermuthung, daß ſolche im Stifft Hildesheim gleichfals damit verſehen ſind, weil daſelbſt eben die Urſachen eintreten, welche deſſen Einführung an andern Orten verurſachet haben. Dieſes Grundes hat ſich daher mein Vatter zu Behauptung des Hildesheimiſchen Erb-Meyer-Rechts bedienet (*), der Herr Verfaſſer der Nachricht ihn aber angefochten, und es iſt deswegen nöthig, die von demſelben gemachte Einwürffe zu prüfen.

§. II.

Erben bleiben, nemlich dergeſtalt, daß ſie den weiblichen vorgehen. Es heiſſet zwar auch darin, das Guth ſolle nach 12 Jahren dem Guths-Herrn anheim fallen, der Meyer deswegen handeln und es beweinkauffen. Damit aber wird nichts anders, als die Erlegung des Weinkaufs bedungen, wie ſolches überall hergebracht. Denn ein Erb-Recht findet in einer zwölfjährigen Colonia temporaria nicht Platz. Die Pacht-Jahre müſſen allen Rechten nach den Erben des Pächters ausgehalten werden, und bedarf es keines Landes-Gebrauchs um ſolche Befugnis einzuführen.

(*) In den **Bericht von Abmeyerungs-Recht Cap. I. §. 1.** und in *Acceſſ. ad Comment. de Iure Villic. p. 144, 145, 146.*

§. II.

Es wird alſo erſtlich eingewand, daß der Meyer-Contract vormahls, und ſeinen Urſprung nach auf keine Erben gerichtet worden. (*)

Dieſes iſt nun nicht allgemein wahr, und ich habe vorhin bemerkt, daß ſich ſchon zu gar alten Zeiten Erb-Meyere gefunden.

Weil ich aber zugebe, daß ſie ſeltener vorkommen, als Meyer die kein Erb-Recht hatten, ſo will ich mich dieſer Antwort nicht bedienen, ſondern nur anführen, wie man behaupte, daß zu neuern Zeiten, da die Landes-Hoheit, und die der Landes-Herrſchaft zu entrichtende beſtändige Steuren ihre jetzige Geſtalt gewonnen, den Meyern durch ganz Nieder-Sachſen ein Erb-Recht theils ſtillſchweigend, theils durch Geſetze und Verträge beigeleget ſey. Dieſes wiederleget man nicht, wenn angeführet wird, daß eine Zeit geweſen, da ſie ſolches Erb-Recht nicht gehabt. Für Alters waren auch die Lehne nicht erblich, und man wuſte von den heutigen Land-Steuren nichts. Was würde man aber dem antworten, welcher hieraus folgern wolte, daß eben dieſes heutiges Tages der Regel nach gelten müſſe, der Lehns-Herr nach des Vaſallen Tode die Lehne einziehen, Bürger und Bauren aber keine Steuren entrichten dürffen?

§. III.

Würket aber die heutige Beſchaffenheit des Meyer-Contracts keine gegründete Vermuthung, daß derſelbe nicht auf die Erben gehet? Mein Vatter räumet ein(**), daß ein Meyer ein Pächter, und der Meyer-Contract eine Gattung der Pacht ſey. Sein Gegner nimt dieſes, zugleich aber auch an, daß eine jede Locatio conductio, temporaria ſey, und er vermeinet alſo **zweitens**, daß ein gleiches von den Meyer-Contract zu ſagen. (***).

Es

(*) *p. 10, 19, 68.*

(**) *Com. de Iure Villicor. C. II. § 3. ſeq.*

(***) *p. 15, 16, 43.*

Es iſt jedoch (1) irrig, wenn man zu einer Pacht erfordert, daß ſie nur auf gewiſſe Jahre beliebet werde. Das weſentliche dieſes Contracts beſtehet lediglich in conſenſu inito de uſu rei vel opera perſonae pro certa mercede praeſtanda (*). Alles übrige, mithin auch die Dauer deſſelben, verändert ſein Weſen nicht (**).

Aus der allgemeinen Idee des Pacht-Contracts läſſet ſich dieſemnach keinesweges beſtimmen, ob eine Locatio conductio perpetua oder temporaria vorhanden, ſondern ſolches mus in jeden vorkommenden Fall aus denen zwiſchen den Partheien errichteten Verträgen, in deren Ermanglung aber, aus andern Umſtänden und Wahrſcheinlichkeiten geſchloſſen werden. Dieſe Umſtände, dieſe Wahrſcheinlichkeiten aber ergeben (2) wie der Meyer-Contract pro locatione perpetua zu halten ſey.

Niemand ziehet (a) in Zweiffel, daß die naturalia contractus vermuthet werden (***). Dasjenige aber was gemeiniglich geſchiehet, iſt ein naturale contractus (****), und was kann wahrſcheinlicher ſeyn, als daß zwey Perſonen, die einen Contract ſchlieſſen, deſſen Bedingungen aber nicht genau und ſorgfältig beſtimmen, in denen unbeſtimt gebliebenen Stücken ſich nach demjenigen richten wollen, was an ihren Ort und zu ihrer Zeit, in gleichen Fällen gebräuchlich iſt, und beo-

(*) BOEHMER *Introduct. ad Ius dig. tit. locat. cond.* §. I.

(**) Selbſt in denen Römiſchen Geſetzen kommen locationes conductiones perpetuae vor. In *L. 10. C. de locato conducto* ſchreibet Kayſer GORDIANUS: *Viam veritatis ignoras, in conductionibus non ſuccedere heredes exiſtimans: cum ſiue* PERPETUA CONDUCTIO *eſt, etiam ad heredes transmittatur, ſiue temporalis intra tempora locationis heredi quoque onus contractus incumbat.* S. auch V. HUBER *Praelect. ad Dig. tit. locat. cond.* §. 3. p. 1009.

(***) Siehe die Nachricht. p. 16, 17.

(****) *L. 31. §. 20. D. de aedilit. edict.* LAUR. VALLA *de rebus dubiis Tract. I. n. 12. p. m. 18.*

beobachtet zu werden pfleget? Derjenige, welcher ſich etwas ungewöhnliches bedingen will, mus ſolches anzeigen, und davor ſorgen, daß es ihm ausdrücklich zugeſtanden werde (*). Unter hundert in Nieder-Sachſen ertheilten Meyer-Brieffen, ſind nicht zehen auf gewiſſe Jahre gerichtet, und unter dieſen zehen iſt wiederum in achten dieſe Beſtimmung gewiſſer Jahre, allein in Abſicht auf die öftere Entrichtung des Weinkaufs, nicht aber deswegen geſchehen, damit der Guths-Herr ſeinen Meyer nach Ablauf ſolcher Jahre willkürlich austreiben könne (**). Dieſem tritt die Gewonheit faſt des ganzen Teutſchlandes bey. Es iſt alſo iezt ein naturale contractus villicalis, daß ſelbiger dem Meyer ein Erb-Recht giebet, und vor dieſen ſtreitet folglich, wenn die Sache zweifelhaft iſt, alle Vermuthung.

An denen Orten wo das Erb-Meyer-Recht nicht durch ausdrückliche Landes-Geſetze eingeführet worden, pfleget (b) die Frage, ob dem Guths-Herrn ein willkührliches Abmeyerungs-Recht zukomme? nur alsdenn zu entſtehen, wenn entweder kein Meyer-Brief vorhanden, oder in ſelbigen nicht beſtimt iſt, zu welcher Zeit die getroffene Pacht ihr Ende nehmen ſolle. Dieſe unterlaſſene Beſtimmung einer gewiſſen Zeit, iſt aber nach den Zeugnis der bewährteſten Rechts-Lehrer die Anzeige einer Locationis conductionis perpetuae. *Fieri enim vix poteſt*, ſchreibet der gelerte Herr Ober-Appellations-Raht PVFENDORF (***), *ut terminus finitae conductionis intelligatur, niſi conſtet, quando locator & conductor contraxerint, & quousque duratura conductio ſit.* Denn da die Locatio conductio der Regel nach auf die Erben gehet, und ſo wenig wie andere Verbindungen von einen Theil eigenmächtig aufgeruffen werden kann, ſo

(*) VOETIVS *ad Dig. tit. de Conſtitut. Princip. §. 27.* LVDOLF *Symph. Vol. 3. C. 10. p. 283.* BOEHMER *Vol. I. Conſ. 13. N. 53. Vol. II. Conſ. 71. n. 17.*

(**) S. meines Vatters *Comment. de Iure Villicor. C. 8. §. 18.* und die *Acceſſiones Obſ. 2. p. 10. ſeq.*

(***) *In Obſerv. Iur. Vniuerſi Obſ. 97. §. 5. p. 406. To. I.*

ſo iſt kaum abzuſehen, wie man die auf eine unbeſtimte Zeit geſchloſſe-ne Pacht vor etwas anders, als einen Locationem conductionem perpetuam halten möge.

§. IV.

Der Verfaſſer der Wiederlegung fichtet drittens den ex moribus viciniae immo totius Germaniae hergenommenen Beweis mit den Einwurfe an, daß es (1) nicht nöthig ſey, daß ein Nachbar die Geſetze von andern entlehne, und allenfals (2) die Mores viciniae dem Erb-Meyer-Recht nicht zu ſtatten kämen, vielmehr der Gebrauch in Göttingiſchen, Calenbergiſchen und kleinern Stifft Hildesheim, ſelbigen entgegen ſey (*).

Man iſt nun (1) weit davon entfernet, zu behaupten, daß ein Geſetzgeber verbunden, ſich nach den Exempel ſeiner Nachbaren zu richten, mithin, daß denen Ordnungen anderer Provintzen eine geſetzliche Krafft im Stifft Hildesheim beizulegen ſey. Wären die Hildesheimiſche Landes-Geſetze dem Erb-Meyer-Recht ſo ſehr zuwieder, wie der Herr Gegner es ſich überredet, ſo wäre es thörigt, ſelbige durch ein â moribus viciniae hergenommenes Argument beſtreiten zu wollen. Deſſen kann man ſich nur zum Beweis ſolcher Sätze mit Fug bedienen, wovon das Gegentheil durch ausdrückliche Geſetze nicht feſtgeſtellet iſt, und wobey es alſo auf Sitten und Gewonheiten ankomt. Dieſer Fall iſt alhier fürhanden, und es ſoll demnechſt ausführlich gezeiget werden, wie die Hildesheimiſchen Landes-Geſetze dem Erb-Meyer-Recht nicht zuwieder ſind, ſondern ſelbiges vielmehr bekräftigen. Gemeiniglich findet ſich in der Verfaſſung benachbarter Länder viel gleiches, welches natürlicher Weiſe eine Aehnlichkeit der Rechte veranlaſſet. Inſonderheit iſt dieſes bey den Meyern-Güthern zu bemerken. Gleichwie ſelbige im Braunſchweigiſchen und Hildesheimiſchen unleugbar von einerley Urſprung, Natur und Beſchaffenheit ſind, alſo

(*) p. 70, 71.

alſo treten in den leztern auch eben die Urſachen ein, warum in den erſtern den Meyern ein Erb-Recht beygeleget iſt. Die Collecten haben, wie oben bemerket worden, veranlaſſet, daß faſt durch ganz Teutſchland die willkührliche Abmeierung den Guths-Herrn unterſaget worden. Im Stifft Hildesheim ſind ſolche ſowohl eingeführet, als anderwerts. Iſt es wahrſcheinlich daß denen Bauren daſelbſt dieſe Laſt aufgeleget worden, ohne daß man ihnen die faſt überall damit verknüpfte Vortheile zu gute kommen laſſen?

Es iſt (2) ſehr irrig, daß denen Meyern im Fürſtenthum Calenberg kein Erb-Recht zuſtehe (*). Im kleinern Stifft Hildesheim haben ſie ſolches auch, wenn kein anders verabredet worden (**). Daß es im Fürſtenthum Göttingen an Erb-Meyer-Gütern nicht fehle, erhellet aus des Königl. Ober-Appellations-Gerichts vor einiger Zeit abgegebenen ſehr merkwürdigen Spruch (***), und die Kennzeichen eines Erb-Rechts, welche ſelbiges annimt, befinden ſich, wie der Verfaſſer der Nachricht nicht in Abrede ſtellen wird, faſt bey allen Hildesheimiſchen Meyer-Gütern.

§. V.

Es ſoll vierdtens der Beweis einer Nieder-Sächſiſchen dem Erb-Recht zu ſtatten kommenden Gewonheit deswegen nicht wohl zu führen ſeyn, weil die Grentzen Nieder-Sachſens kaum zu beſtimmen wären, wenigſtens ſelbiges, man mögte darunter verſtehen, was man wolle, allemahl ſolche Oerter unter ſich begreiffe, wo man nicht wiſſe, was Meyer-Güter ſind (****).

Da

(*) S. meines Vatters *Comment. de Iure Villicor. Cap. VIII. §. 3. p. 295.*

(**) S. *Acceſſ. ad Ius Villic. Obſ. 29. p. 79, 80.*

(***) S. Herrn Ober-Appellat. Raht PUFENDORFS *Obſeru. Iuris Vniu. To. II. Obſ. 97. p. 401. ſeq.*

(****) p. 25.

Da der Gegner dieſe Oerter nicht nennet, ſo könnte man bis dahin die Beantwortung des Einwurfs verſchieben. Es iſt jedoch allerdings andem, daß bey der Eintheilung des Teutſchen Reichs in Craiſe zu den Niederſächſiſchen ſolche Länder geſchlagen worden, welche ihrer vormahligen Verfaſſung nach weder zu ſelbigen gehöret, noch mit deſſen Einrichtung eine genaue Verwandſchaft haben, und in welchen zum Theil eine ſehr harte, das Erb-Recht ausſchlieſſende Knechtſchaft herſchet. Man redet alſo hier von den Oertern, die zu den alten Sachſen gehöreten, welches Weſtphalen, Oſtpfahlen und Engern unter ſich begriffe. In dieſen allen iſt das Erb-Meyer-Recht eingeführet, wie die von meinen Vatter beigebrachte Beweisthümer ergeben.

§. VI.

Um darzuthun, daß das Erb-Recht der Meyer in Nieder-Sachſen älter ſey, als die annoch vorhandene Geſetze, wodurch ſolches beſtätiget worden, iſt ein im Jahr 1567 zu Springe abgehaltenes Protocoll beigebracht, woraus gantz klar erhellet, wie die willkürliche Abmeyerung durch ſolche Landes-Ordnungen verbothen worden, welche wir nicht mehr haben. Der Herr Gegner machet hier wieder fünftens verſchiedene Einwürffe, (*) und meinet (1) es erhelle aus dieſen Protocoll nur, wie die verfängliche Abmeyerungen verbothen, auch dergleichen (2) nicht einſt caßiret, ſondern nur bey Strafe unterſaget worden. Er hat endlich (3) ſeiner Schrift in der Anlage H. den Meyer-Brief angehänget, (**) welcher in nachfolgenden Zeiten den Meyer ertheilet iſt, den man zu Springe das Guth abſprach, und meinet daraus ſchlieſſen zu können, daß jenes Erkäntnis nimmer in Rechts-Kraft getreten.

Es ergiebet aber (1) die Einſicht des zu Springe abgehaltenen Protocolls ganz klärlich, wie der damahls ſtreitige Fall darin beſtanden,

(*) p. 24. (**) p. 134.

den, daß das Cloſter zu St. Michael, denen Erben ſeines Meyers, das Guth nehmen wollen, weil es glaubte, das Meyer-Recht gehe nicht auf die Erben, ſondern der Hoff ſey durch den Tod des Meyers erlediget. Will der Herr Verfaſſer der Nachricht dergleichen Abmeyerung eine verfängliche Abmeyerung nennen, ſo gönnet man ihm ſolches nicht allein gern, ſondern man wird auch alsdenn willig zugeben, daß nur dergleichen verfängliche Abmeyerungen verbothen ſind. Das aus den Protocoll von 1567. hergenommene Argument behält aber auf dieſe Weiſe ſeine gantze Stärcke. Denn wenn alle willkührliche Abmeyerungen, dergleichen die war, worüber man zu Springe erkandte, verfängliche Abmeyerungen ſind, ſo muß derjenige, welcher zugiebet, daß die verfängliche Abmeyerungen verbothen, auch ein gleiches von denen willkührlichen einräumen. Der Concipient des Protocolls redet jedoch von verfänglichen Abmeyerungen nicht (wie es denn auch ſchwer fält, mit dieſen Worten einen deutlichen und der Sprache gemäſſen Begrif zu verknüpfen) ſondern vom Vorfang, da ein dritter ſich ehe als die Erben des Meyers bey den Guths-Herrn meldet, und von ſolchen die Meyerſtatt zu erſchleichen trachtet, welches zugleich in den Land-Tags-Abſchied verbothen war. Wäre nach abgelauffenen Meyer-Jahren das Recht des Beſitzers erloſchen, und ginge ſolches nicht auf die Erben, ſo könte man nicht ſagen, daß derjenige, welcher das eröfnete Guth wieder zu erhalten ſuchet, oder der Guths-Herr der ihm ſolches ertheilet, hinterliſtig verführen. Der verbothene Vorfang iſt alſo ein Beweis, daß denen Erben ein Recht an den Hoffe zuſtehe, mithin das daher wieder das Erbrecht genommene Argument, ganz ungegründet.

Eben ſo leicht ſtehet (2) das folgende zu beantworten. Der Wille eines Geſezgebers, welcher ſeinen Verbothen eine Straffe beifüget, iſt nicht, daß gegen Erlegung ſolcher Straffe das Verbothene geſchehen könne. Vielmehr ſoll ſelbige einen neuen und ſtärckern Bewegungsgrund zu deſſen Unterlaſſung enthalten, und wie ſeine Abſicht billig allein dahin gehet, daß dasjenige unterbleibe, was er dem gemeinen We-

ſen ſchädlich zu ſeyn glaubet, ſo kann ſie ohnmöglich auf die Erhaltung mehrerer Straf-Gelder gedeutet werden. Wenn alſo ein Geſetz etwas bey Straffe unterſaget, ſo verſteht es ſich von ſelbſt, daß derjenige, welcher dagegen handelt, die Straffe erlegen, zugleich aber die verbothene Sache unterlaſſen, und daß zugefügte Unrecht ſo viel möglich abſtellen muß. Das Verboth gegen die willkührliche Abmeyerung, muß auch alſo gefaſſet geweſen ſeyn, daß denen Erben das Meyer-Guth verbleiben ſolle, weil man den Beklagten nicht in die geſezte Straffe verurtheilte, ſondern Urthel und Recht dahin fande, daß der hohen Obrigkeit Geboth und Verboth, die Ueberhand über das Recht des Guths-Herrn behalten, mithin dieſer die Abmeyerung unterlaſſen müſſe.

Endlich (3) folget aus den beigebrachten Meyer-Briefe nicht, daß das Springiſche Erkäntnis in keine Rechts-Krafft getreten ſey. Das Cloſter, dem es vermuthlich unangenehm geweſen, daß die Erben ſeines Meyers ſelbiges vor Gericht gezogen und der Spruch vor ſolche ausgefallen, kann in der Folge der Zeit andere und gegründetere Urſachen zur Abmeyerung gefunden, oder auch die Erben ſelbſt geſucht haben, ſich der Meyerſtatt abzuthun. Wer iſt im Stande alle die Urſachen anzuzeigen, welche von 1567. da das Springiſche Erkäntnis abgegeben, bis 1590. da der Meyer-Brief ertheilet worden, eine Veränderung mit der Meyerſtatt veranlaſſen können? Es komt überdem nicht ſo wohl auf die Entſcheidung dieſer Privat-Sache, als auf den Grund an, worauf das Springiſche Erkänntnis gebauet war. Wer das hieraus genommene Argument löcherich machen will, der muß darthun, daß jener Spruch geändert worden, weil man dieſen Grund verworffen, welches aber wohl ſchwerlich jemahls geſchehen wird.

Das

Das zweite Capittel.

Im Stift Hildesheim iſt das Erb-Recht der Meyer durch den Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchied auſſer Zweifel geſetzet.

§. I.

Zu den Zeiten, als das gröſſere Stift Hildesheim in Braunſchweigiſchen Händen war, wurden die beſtändige Collecten faſt in ganz Teutſchland eingeführet. Damit ſolche ohne Abbruch, der den Geiſtlichen und Adel zukommenden Befreiung, erfolgen könten, müßte man den Bauren, der ſie größten Theils von der Länderey entrichten ſolte, zu erhalten ſuchen, mithin keine fernere Erhöhung des Meyer-Zinſes verſtatten, und ihn durch die Beilegung des Erb-Rechts zu einer emſigern Cultur des Ackers bewegen. Gleichwie dieſes in denen mehreſten Teutſchen Landen geſchehen iſt, alſo erfolgt es auch durch die Salzthalumſche und Gandersheimſche Land-Tags-Abſchiede in denen Fürſtenthümern Calenberg und Wolffenbüttel und den damahls dazu gehörigen Hildesheimiſchen Aemtern. Beide verbiethen den Meyer ohne Urſach zu verſtoſſen, jedoch mit den Unterſcheide, daß es vermöge des Salzthalumſchen Land-Tags-Abſchiedes (*) nicht geſchehen darf, wenn gleich die Güter

(*) Im Salzthalumiſchen Land-Tags-Abſchied §. 19. heißt es: Wenn ſich die arme Bauersleute, wie aufrichtigen frommen Meyern und guten Haußvättern gebühret, in den nächſt vergangenen Jahren gehalten, werden ſie bey der Meyer-Statt, wenn gleich die Güter erlediget oder heimfallen, auch bey den vorigen Zinſen billig gelaſſen.

ter erlediget und heimgefallen ſind, nach den Ganderheimſchen (*) aber nur, dafern der Meyer-Contract nicht ein wiedriges mit ſich bringet, mithin der Guths-Herr ſich ein anders ausdrücklich bedungen hat.

Verordnungen welche ein Fürſt mit Einwilligung ſeiner Stände des gemeinen Beſtens wegen machet, verbinden alle ſeine Nachfolger in der Regierung, wenn ſie auch nur Succeſſores ſingulares wären. Da nun beſagte Verordnungen mit der Stände Einwilligung errichtet worden, ſo ſind ſie in denen Theilen des Stifts Hildesheim, welche bey deren Abfaſſung zum Wolffenbüttelſchen oder Calenbergiſchen gehörten, bey Kräften geblieben, auch nachdem ſolche denen Herrn Biſchöfen wieder eingeräumet worden, und die Hildesheimiſche Gerichte haben kein Bedenken getragen ihre Erkäntniſſe darauf vielfältig zu gründen (**).

Ein groſſer Theil der von den Herrn Verfaſſer der Nachricht gemachten Einwürffe, iſt gegen die Gültigkeit dieſer Land-Tags-Abſchiede gerichtet, und ſolche ſind alſo, mit Fleiß zu prüfen.

§. II.

Herzog Heinrich Julius von Braunſchweig und Lüneburg, zu deſſen Zeiten die gedachten Land-Tages-Abſchiede errichtet worden, und der das Calenbergiſche und Wolffenbüttelſche beſaß, ſoll erſtlich nim-

(*) Die Worte des Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiedes lauten §. 24. alſo: Sollen an den Orten da die Gebäude den Meyern und Köthern zukommen, dieſelben, wenn ſie ſich jezt gemeldten *Mandato* gemäs und ſonſten wohl verhalten ‥ nach Ausgang der Meyerzeit, wofern nicht der Meyer-Contract ein wiedriges mit ſich bringet, nicht leichtlich verſtoſſen werden.

(**) S. das Zeugnis der Chur-Fürſtl. Hildesheimſchen Regierung in den *Acceſſ. ad Ius Villic. Obſ. 36. p. 97.*

nimmer Biſchoff oder Fürſt im Stift Hildesheim geweſen ſeyn, noch den Titul davon geführet haben, folglich man die Herren Biſchöffe von Hildesheim als keine Nachfolger deſſelben anſehen können, die ſich an ſeine Verordnungen, und mit den Land-Ständen errichtete Verträge zu kehren hätten (*).

Es geſtehet aber der Gegner (1) ſelbſt (**), daß die Herrn Herzoge von Braunſchweig vom Käiſer Carl den V. und deſſen Nachfolgern im Reich mit denen eingenommenen Stifts-Theilen beliehen worden. Durch eine in Rechts-Kraft getretene Urthel iſt ihnen das dadurch erhaltene Recht nimmer entzogen, ſondern die über 120. Jahr beſeſſene Hildesheimiſche Aemter mittelſt eines Tranſacts wiederum an die Herren Biſchöffe kommen. Man zweiffelt ſehr, daß der Hildesheimiſche Schrifft-Steller bevollmächtiget iſt, ſolchen Vergleich anzufechten, eine neue Erörterung der Haupt-Sache zu veranlaſſen, und das Biſchöffliche Recht in re judicata zu gründen, als wobey man ſehr zu kurz kommen mögte, weil wieder die Cameral-Urthel von 1629. bekandter maaſſen das Remedium reviſionis interponiret worden, und dieſes zu ſelbiger Zeit effectum ſuſpenſiuum hatte, mithin, wenn der Tranſact wegfiele, das Aller- und Durchlauchtigſte Haus Braunſchweig und Lüneburg ſo lange in den Beſitz des gröſſern Stifts gelaſſen werden müſte, bis beſagte Urthel in Reuiſorio confirmiret worden.

Beſitzen aber die Herrn Biſchöfe zu Hildesheim, die wieder eingeräumte Aemter, vermöge des mit denen Herren Herzogen von Braunſchweig errichteten Tranſacts, ſo ſind jene allerdings dieſer Nachfolger, mithin ſchuldig, die von ihnen ertheilte Land-Tags-Abſchiede bey Kräften zu laſſen, bevorab, da die darin enthaltene Verordnungen offenbahr des gemeinen Beſten wegen, gemacht ſind.

Das Herzog Heinrich Julius (2) ſich weder einen Biſchoff noch Fürſten von Hildesheim geſchrieben, ſolches nimt und giebet der Sache nichts.

(*) p. 27, 28, 29. (**) p. 38.

nichts. Es lauffet bekandlich dem Gebrauch des Aller- und Durchlauchtigſten Hauſes Braunſchweig und Lüneburg zuwieder, die Titul aller der Länder zu führen, welche es beſitzet, daher Sr. Königl. Maj. von Grosbritannien ſich weder von den Herzogthümern Bremen und Verden, noch von Sachſen-Lauenburg ſchreiben. Der Biſchoff von Hildesheim nennet ſich keinen Grafen von Wintzenburg, Woldenberg ꝛc. Folget daher, daß ihm dieſe Grafſchaften nicht als Landes-Herrn zuſtehen?

Es iſt (3) von meinen Vatter ausgeführet (*), daß nach der gegründeten Meinung vieler Rechts-Lehrer (**) auch ſo gar ein Uſurpator durch die, von ihm, zum kundbaren Beſten des gemeinen Weſens vorgenommene Handlungen, den wahren Landes-Herrn und deſſen Nachfolger in Verbindlichkeit ſetze, mithin die oft erwehnte Land-Tags-Abſchiede allemahl beſtehen würden, wenn man auch den Braunſchweigiſchen Beſitz von dieſer Seite, obwohl gegen alle Geſchichte, und die offenbare Beſchaffenheit der Sache, anſehen wolte, welchen Grund ſein Gegner ganz mit Stillſchweigen übergehet.

§. III.

Wenn gleich H. Heinrich Julius als rechtmäßiger Landes-Herr des gröſſern Stifts anzuſehen wäre; ſo ſoll ès dennoch zweitens ſelbigen an der Macht und den Vermögen gefehlet haben, dasjenige zu ordnen, was in den Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchied, wegen des Erb-Meyer-Rechts feſtgeſetzt iſt. Denn die mehreſten Meyer in den gröſſern Stift gehören, nach den gegenſeitigen Vorgeben, der Catholiſchen Geiſtlichkeit, über deren Güther der Herzog Vi juris Epiſcopalis um ſo weniger diſponiren mögen, als ſo gar der

(*) Gründl. Bericht von Abmeyerungs-Recht *C. I. §. 4. p. 20.*

(**) S. des Herrn Groß-Canzlers von COCCEII gelehrte Abhandlung *de Regimine uſurpatoris rege eiecto.*

der Evangeliſchen Geiſtlichkeit verbothen ſey, ihre Güter zum Erb-Meyer-Recht auszuthun. Der Herr Verfaſſer der Nachricht glaubet alſo, daß dieſe Land-Tags-Abſchiede gegen den Religions-Frieden anſtoſſen, weil der Catholiſche Clerus dadurch ſeiner Religion halber bedrängt und beſchwehrt würde. Denen weltlichen Guths-Herrn ſoll man aber eine ihnen ſo harte Sache nicht haben aufbürden können, weil die Achts-Erklärung Biſchofs Johann nur auf deſſen Anhänger gehe, und nicht ausgemacht ſey, welche von ſelbigen hierunter zu rechnen (*).

Man darf nur die damahlige Beſchaffenheit des gröſſern Stifts einigermaſſen aus der Geſchichte kennen, um überzeugt zu ſeyn, daß der erſte Vorwurf des Gegners, als ob es bey der Errichtung dieſer Land-Tages-Abſchiede die Abſicht gehabt, die Catholiſche Geiſtlichkeit zu drücken, ſo unrichtig ſey, als er gehäßig iſt.

Zu der Zeit als jene Land-Tags-Abſchiede verfaſſet worden, war im gröſſern Stift kein catholiſcher Clerus, ſondern ſolcher hatte unter H. Julius die Evangeliſche Religion angenommen. Die Güter, welche er darin anjetzo beſitzet, und inſonderheit die 9 Feld-Clöſter waren demnach zu dieſer Zeit faſt alle in den Händen der Evangeliſchen, denen ſie bekantlich erſt im Weſtphäliſchen Frieden durch eine von der Richtſchnur des Jahrs 1624. gemachte Ausnahme genommen worden (**). Man konnte alſo ohnmöglich die Rechte der damahls an dieſen Orten nicht vorhandenen Catholiſchen Geiſtlichkeit durch dieſe Land-Tags-Abſchiede zu ſchmälern ſuchen, und der daraus dem Guths-Herrn allenfals erwachſene Nachtheil traf nicht ſolche, ſondern die Evangeliſche.

Der im kleinern Stift befindliche catholiſche Clerus beſaſſe zwar in gröſſern, gleichwie in den Fürſtenthum Lüneburg, Calenberg und Wolf-

(*) S. Seite 29. u. f.

(**) S. hiervon meines Vatters Neben-Stunden 2ter Theil S. 82, 84.

Wolffenbüttel, verſchiedene Meyer-Güther. Es ſtoſſete aber (2) gegen die Lehren des Staats-Rechts an, wenn man dafür halten wolte daß die Ordnungen, welche ein Landes-Herr wegen aller in ſeinem Lande befindlichen Meyer-Güter machet, in Abſicht auf die geiſtlichen Meyer ungültig und von keiner verbindlichen Kraft wären. Leugnet denn der Gegner auch, daß bey erhöheten Landes-Steuren die Meyer der catholiſchen Geiſtlichkeit ſich ſolchen Laſten mit unterwerffen müſſen? Vermuthlich wird er Bedenken tragen einen der Erfahrung und den Rechten ſo ſehr zuwieder lauffenden Satz behaupten zu wollen. Aus eben den Grunde aber ſolte er auch nicht zweifeln, das wenn der Landes-Herr mit Zuziehung ſeiner Stände des gemeinen Beſtens wegen, vermöge der ihm zuſtehenden Landes-Hoheit, und nicht vermöge des Iuris Epiſcopalis, denen ſämtlichen Meyern ſeiner Lande ein Erb-Recht beigeleget, ſolches auch in Anſehung derjenigen Meyer-Güter gelten müſſe, welche die Geiſtlichkeit hat. Dieſe iſt wegen ihrer im Lande beſitzenden Güther, nicht weniger ein Unterthan als andere Eigenthümer, mithin allen von der höchſten Gewalt gemachten Verordnungen unterworffen.

Wie ſolches (3) in Abſicht auf die weltlichen Guths-Herrn einigen Zweifel finden könne, iſt nicht abzuſehen, und kaum zu begreiffen, daß man ſich einfallen laſſen möge, eine Verordnung, die H. Heinrich Julius in ſeinen ſämtlichen Ländern machte, als eine Würkung der vom Kaiſer Carl den V. geſchehenen Achts-Erklärung, Biſchofs Johann, anzuſehen, welche nur gegen diejenige gelten könne, von denen erwieſen werde, daß ſie deſſen Anhänger geweſen.

§. IV.

Herzog Heinrich Julius iſt demnach bey Abfaſſung des Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiedes nicht allein als rechtmäßiger Landes-Herr des ihm damahls unterworffen geweſenen gröſſern Stifts anzuſehen; ſondern dasjenige, was in ſolchen Abſchieden wegen des Erb-Meyer-Rechts geordnet worden,

konnte

konnte auch von ihm, jedoch mit Zuziehung und Einwilligung der Stände geordnet werden. Es ſoll aber drittens an deren Einwilligung fehlen, der catholiſche Clerus flüchtig, und das Dohm=Capitul abweſend geweſen ſeyn, der gegenwärtige Abt von Ringelheim aber ſo wenig ſeinen Cloſter, als die Mit=Glieder der Ritterſchaft und Städte, andern, und inſonderheit geiſtlichen Guths=Herrn, etwas haben vergeben können. Zulezt wird angeführet, daß wenn Ritterſchaft und Städte ihren Meyern ein Erb=Recht ertheilen wollen, ihnen ſolches frey geſtanden, ohne daß ſie nöthig gehabt mit den Landes=Herrn eine Convention darüber auf öffentlichen Land=Tage einzugehen (*).

Um von dieſen leztern Umſtand den Anfang der Prüfung zu machen, ſo nimt der Herr Verfaſſer der Nachricht ohne allen Grund, und abermahls nicht aus der beſten Urſach an, daß das eingeführte Erb=Meyer=Recht ſeinen Urſprung einer löblichen Ritterſchaft und Städten zu danken habe, mithin dieſe Willens geweſen, ihren Meyern ein Erb=Recht zu ertheilen, und daß zu Erreichung ſolcher Abſicht mit dem Landes=Herrn eine Convention gemacht ſey. Er bemerkt ganz richtig, daß ihnen ſolches ohnedem unverbothen, und alſo unnöthig geweſen, deswegen beſondere Verträge mit den Landes=Herrn einzugehen. Hätte er aber nicht eben daher folgern ſollen, wie die Sache ſich ganz anders verhalten müſſe, als derſelbe vorgiebet?

Das Erb=Meyer=Recht iſt durch ausdrückliche Geſetze feſtgeſtellet, damit der Bauer die Laſt der öffentlichen Abgaben zu ertragen im Stande bleibe. Das Beſte der Landes=Herrſchaft, und zugleich des ganzen Landes, war alſo dabey das vornehmſte Augenmerk. Jene ſuchte deswegen hauptſächlich die Sache zum Stande zu bringen. Solte dieſes auf eine nach der Landes=Verfaſſung zu Recht beſtändige Art geſchehen, ſo mußte ſie veranlaſſen, daß auf eben die Weiſe, wie andere neue der Stände und Unterthanen Gerechtſame beſtimmende Ord=

(*) S. S. 31, 32.

Ordnungen gemacht werden, auch das Erb=Meyer=Recht eingeführet würde, das iſt, es mußte durch eine mit Zuziehung der Stände errichtete Conſtitution, oder durch einen Land=Tags=Abſchied, welcher in Abſicht auf den Landes=Herrn und die Stände, als ein Vertrag, in Abſicht auf die geſamte Unterthanen aber, als ein Geſetz gilt, allen und jeden Guths=Herrn befohlen werden, die Erben ihrer Meyer nicht ohne Urſach eigenmächtig von den Stätten zu ſtoſſen.

Dieſemnach wurde die Einwilligung der Land=Stände und nicht der Guths=Herrn erfordert; indem die leztere, als, ſolche, ſich gefallen laſſen müſſen, was die höchſte Gewalt von den Meyer=Gütern ordnet, dazu aber ſo wenig, als zu der Abfaſſung anderer Geſetze und Einrichtungen gezogen werden dürfen. An der Richtigkeit dieſes Satzes wird der Herr Gegner wohl nicht zweifeln, noch zu behaupten ſuchen, daß wenn z. E. im Stift Hildesheim eine neue Meyer=Ordnung verfaſſet, oder den dortigen Meyern neue Abgaben aufgeleget werden ſolten, auſſer der Einwilligung der Land=Stände auch der Conſens derer Guths=Herrn, welche keine Land=Stände ſind, erforderlich ſey. Die tägliche Erfahrung, die Verfaſſung der teutſchen Fürſtenthümer, und das Staats=Recht erweiſen das Gegentheil, und lehren, wie alle und jede, welche in einem Lande Güter beſitzen, ſich gefallen laſſen müſſen, was darüber von denenjenigen, die die Legislatoriam poteſtatem in Händen haben, diſponiret wird. Nimmer würde ein Geſetz zu Stande kommen, wenn dazu die Einwilligung derjenigen nöthig wäre, deren Befugnis ſolches beſtimmt, weil es nicht an Leuten fehlet, welche entweder ihren beſondern Vortheil, ſo gering ſolcher auch ſeyn mag, dem allgemeinen Wohl vorziehen, oder aus andern vielleicht noch ſchlimmern Abſichten, ſich den beſten Einrichtungen wiederſetzen. Die ganze zu entſcheidende Frage komt alſo darauf an, ob zu Errichtung des Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land=Tags=Abſchiedes diejenigen Perſonen gezogen worden, welche zu der Zeit ad exercitium legislatoriae poteſtatis im gröſſern Stift concurrirten? weil, wenn ſolches geſchehen,

dieſe

dieſe durch ihre Einwilligung alle andere Guths-Herrn in die Verbindlichkeit ſetzten, denen Meyern ein Erb-Recht zu zugeſtehen.

Was waren es aber vor Perſonen, mit welchen der Landes-Herr im gröſſern Stift zu dieſer Zeit Communication pflegen mußte, wenn er Geſetze und Ordnungen machen wolte? Ohne Zweifel eben die, welche aus ſelbigen, bevor es in Braunſchweigiſche Hände kommen, zu den Hildesheimiſchen Land-Tagen beruffen waren. Dieſen Satz leget abermahls das Staats-Recht, inſonderheit aber dasjenige ins offene, was ſelbſt im Stift Hildesheim bey deſſen Reſtitution geſchehen. Jenes ergiebet, wie die im gröſſern Stift befindliche Stände, ſo wenig durch die Trennung vom kleinern Stift, und die Vereinigung mit den Wolffenbüttelſchen und Calenbergiſchen Fürſtenthümern, als durch die währenden Braunſchweigiſchen Beſitzes geſchehene Annehmung der Evangeliſchen Religion etwas von ihrer Befugnis verliehren mögen. Dieſes aber zeiget, daß man im Stift Hildesheim nimmer an der Richtigkeit ſolcher Lehre gezweifelt habe, und allemahl überzeugt geweſen ſey, daß was mit Zuziehung beſagter Stände auf den Wolffenbüttelſchen und Calenbergiſchen Land-Tagen geſchloſſen worden, das gröſſere Stift, deſſen Einwohner und jedesmahlige Landes-Herrſchaft verbinde, aus welcher Ueberzeugung bey der Zurückgabe, die Schulden pro rata übernommen worden, welche auf jenen Land-Tagen und von jenen Landſchafften gemacht, und contrahiret waren (*). Daß aber die Stände, welche aus den gröſſern Stift, auf den Hildesheimiſchen Land-Tagen zu erſcheinen berechtiget waren, zu den Salzthalumſchen und Gandersheimſchen nicht beruffen worden, daß iſt unrichtig, ohnerwieſen, und nicht einſt vorgegeben.

Der Herr Verfaſſer der Nachricht meinet zwar, es ſey der catholiſche Clerus flüchtig geweſen, mithin ermangele deſſen Zuziehung. Allein

(*) S. die der *Comment: de Iure Villicor:* beigefügte *Obſervationes Iuris & Hiſtor. Germ. Obſ. III. §. 17. p. 133. ſeq.*

Allein es iſt gegen alle Geſchichte, daß jemahls die catholiſche Geiſtlichkeit durch die Braunſchweigiſche Beſitznehmung genöthiget worden zu fliehen. Die Herrn Herzoge von Braunſchweig, welche das Stift occupirten, waren ſo eifrige Catholicken, als die Hildesheimiſche Biſchöffe und der Clerus, und nicht Willens dieſen der Religion halber zu verjagen. Er blieb alſo im Stift, nahm aber in den folgenden Zeiten die Evangeliſche Religion an. Zur Zeit der Errichtung der mehrmahls genandten Land-Tags-Abſchiede, war alſo weder ein abweſender noch gegenwärtiger catholiſcher Clerus aus den gröſſern Stift vorhanden; Nahmens der Evangeliſchen im Wolffenbüttelſchen Theil ſich befindenden Clöſter aber, iſt der Salzthalumſche Receß von den Abt von Ringelheim unterſchrieben. Es iſt gar die Frage nicht davon, ob ſelbiger ſeinen und andern Clöſtern etwas vergeben können? Man wolte ihm keinesweges bewegen, ſich durch einen Vertrag verbindlich zu machen, ſeinen Meyern ein Erb-Recht beyzulegen, ſondern verlangte nur deſſen Stimme darüber, ob nicht das gemeine Beſte erfordere, ſolches Erb-Recht durch ein Landes-Geſetz feſt zu ſtellen? Glaubte er ſolches, ſo mußte er dieſe Frage bejahen, wiedrigenfals war er und ſein Cloſter dennoch ſchuldig, ſich der Mehrheit der Stimmen zu unterwerffen.

Vermuthlich wird der Herr Gegner ſelbſt im Stande ſeyn, aus demjenigen, was bishero ausgeführet iſt, die von ihm aufgeworffene Frage zu beantworten, in was vor Qualität man das abweſende Hochw. Dohm-Capittul anſehe? Der Clerus und Adel iſt bekanter maſſen kein Land-Stand, wo er Streu-Güther, als Meyer und Zenthen, ſondern wo er Sitze hat. Dieſem hat das Dohm-Capittul im kleinen, und nicht im gröſſern Stift, weswegen es auch nimmer ein Braunſchweigiſcher Land-Stand worden. Man konnte ſolches daher zu den Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land-Tagen nicht ziehen, mithin iſt es nur in der Qualität anzuſehen, in welcher es noch jetzo in den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen anſehnliche Meyer-Güter beſitzet. Läſſet ſich ſelbiges aber wohl ein-

fallen zu behaupten, daß es zu den dortigen Land-Tagen gezogen werden müſſe, oder ſeiner Abweſenheit wegen, diejenige Verordnungen nichtig und unverbindlich ſind, welche auf ſolchen gemacht werden, und deſſen Guthsherrliche Rechte mit betreffen?

§. V.

So wenig es dieſemnach denen vorgenandten Abſchieden, an einiger Eigenſchaft mangelt, welche zu deren Gültigkeit erforderlich, ſo wenig iſt ihnen ihre Kraft nachher entzogen. Der Verfaſſer der Nachricht glaubet jedoch ſolches, und berufet ſich in dieſer Abſicht **viertens** auf den Haupt-Receß von 1643. §. 24. worin feſtgeſtellet worden, daß was in praeiudicium Cleri & cuiuscunque tertii tempore occupationis von denen Herrn Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg geordnet, aufgehoben und caßiret ſeyn ſolle (*). Er glaubet auch daß man ſich darin nicht gründen könne, daß §. 27. jenes Vertrages, die a priuatis & ſuper rebus priuatorum gemachte Diſpoſitiones beſtätiget ſind, weil, wenn gleich die Herrn Herzoge und Stände, bey Abfaſſung dieſer Land-Tags-Abſchiede als priuati anzuſehen wären, dennoch deren Handlungen ausdrücklich ſaluo jure tertii ratificiret worden. Endlich antwortet er auf den Einwurff, daß der Haupt-Receß bloß von gratioſis noxiis handele, daß man ſich ſolchenfals auf deſſen Innhalt nicht beruffen müſſe. Da indes dieſes geſchehe, ſo trete die Regel ein, quod inſtrumentum probet contra producentem (**).

Nun iſt bereits von meinen Vatter (1) bemerket worden (***), daß wenn man auch annehmen dürfte, die Herrn Herzoge hätten den Willen gehabt, durch den Haupt-Receß dem Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchieden, und denjenigen, was darin

(*) S. 3, 33.
(**) S. 35.
(***) S. *Acceſſ. ad Ius Villic. p. 147.*

in wegen des Erb=Meyer=Rechts geordnet war, alle Kraft zu benehmen, es ihnen dennoch an der Macht dieſes zu thun gemangelt haben würde, weil denen Meyern ein Recht, ſo ſie mit Zuziehung der Stände erhalten, durch bloſſe, zwiſchen denen Herrn Herzogen und Weil. Chur=Fürſt Ferdinanden errichtete Verträge, nicht entzogen werden mögen. Dieſe Antwort iſt mit Stillſchweigen übergangen, und darauf nichts erwiedert.

Es iſt aber auch (2) ganz offenbar, daß die Abſicht des Haupt=Receſſes nimmer dahin gegangen, beſagte Land=Tags=Abſchiede zu entkräften, als welches weder aus deſſen Worten, noch aus den vermuthlichen Willen der Paciscenten zu ſchlieſſen. Jener hebet nur dasjenige auf, was von denen Herrn Herzogen und zwar in praejudicium Cleri & tertii verfüget iſt. Die Land=Tags=Abſchiede, ſind aber weder bloſſe Verfügungen der Herrn Herzoge, nach in praejudicium Cleri ſiue tertii gemacht, ſondern dieſer Clerus und tertii haben durch die Stände als ihre repraeſentantes darin gewilliget. Man kann nicht ſagen, daß dasjenige in praejudicium eines dritten geſchiehet, welches derſelbe ſich gefallen läſſet, ob gleich ſeine Befugnis nnd natürliche Freiheit dadurch eingeſchränket wird. Uberdem war hier gar keine Sache obhanden, wobey man den Willen haben mögen, jemanden zu präjudiciren. Denn das Erb=Meyer=Recht iſt eine Folge der auf die Aecker der Bauren gelegten beſtändigen Collecten, welche zwar zum Theil währenden Braunſchweigiſchen Beſitzes eingeführt ſind, aber noch dauren, und von welchen der Verf. der Nachricht nicht behaupten wird, daß die Unterthanen deren entlediget werden können. Waren dieſe Laſten aber nöthig, ſo muſte man auch die Wege einſchlagen, ohne welche ſie unmöglich auf die Daur erfolgen konten, und es iſt dasjenige nicht präjudicirlich zu nennen, was zur Erreichung dieſer Abſicht mithin ad tuendam ſalutem publicam erforderlich. Aus eben dieſen Gründen erhellet auch, wie wenig zu vermuthen, daß Chur=Fürſt Ferdinand, denen Worten des Haupt=Receſſes den Sinn beylegen wollen, welchen der Verf. der Nachricht

darin findet. Ohne Zweifel war es ſeine Meinung nicht, ſich der zu des Landes und ſeinen Beſten erforderlichen Abgiften zu begeben, und er verlangte nur desjenigen Reſtitution, was währenden Braunſchweigiſchen Beſitzes zur Schwächung der Biſchöflichen Macht und Einkünfte in andere Hände ohne hinlängliche Urſach kommen. Es fehlet aber ſoviel, daß das Erb = Meyer = Recht die Biſchöfliche Macht und Einkünfte verringere, daß vielmehr ſelbige dadurch vergröſſert worden, indem ein guter Theil der Regierungs = Koſten, welche ehemahls auf der Cammer hafteten, nunmehro auf die Landes = Caſſen geleget ſind, aus denen die dazu behufige Gelder unmöglich erfolgen mögen, wenn dem Guths = Herrn verſtattet wird, die Meyer = Zinſe nach Willkühr zu ſteigern.

3) Wird wohl kein vernünftiger Menſch behaupten, daß die Herrn Hertzoge und Stände bey Abfaſſung dieſer Land = Tags = Abſchiede, als Privat = Perſonen anzuſehen wären. Der Haupt = Receß beſtätiget aber nicht allein dasjenige, was Privat = Perſonen abgeredet haben, ſondern auch was de rebus priuatorum feſtgeſtellet worden. Die das Erb = Meyer = Recht betreffende Verfügungen, handeln nun offenbahr de rebus priuatorum. Die hinzugefügte Clauſul, daß ſolche Beſtätigung ſalvo jure tertii geſchähe, ſchwächet dieſes Argument auch keinesweges, da das Recht der Guths = Herrn nicht mehr in ſaluo, ſondern durch die Einwilligung, welche die Stände als ihre repraeſentantes in die Land = Tags = Abſchiede, boni publici cauſa gegeben, erloſchen war.

4) Iſt es auch wohl möglich den Leſer zu überreden, daß weil man lehre, dasjenige, was der Haupt = Receß §. 24. aufhebet, wären bloſſe gratioſa noxia, ſo könne man ſich auf ſolchen auch überhaupt nicht beruffen. Man müßte es allerdings gegen ſich gelten laſſen, wenn zu erweiſen ſtünde, daß darin etwas enthalten, ſo der dieſſeitigen Meinung zuwieder. An dieſen Beweiſe aber mangelt es, und der Streit iſt nicht über die Gültigkeit, ſondern über den Sinn des eben ange=

angeführten Vertrages, mithin findet die Regel quod inſtrumentum probet contra producentem, ihre Anwendung alhier überall nicht.

§. VI.

Es ſollen ſechſtens die Salzthalumſche und Gandersheimſche Land-Tags-Abſchiede, auf den damahligen Landes-Zuſtand, nach den Krieges-Läufften gerichtet, mithin die Abſicht nur geweſen ſeyn, zu verhindern, daß diejenige arme Bauern, welche in ſchlechten Zeiten das ihrige bey den Meyerſtätten zugeſezt, nicht ſo fort in Friedens-Zeiten verſtoſſen, nach ihnen der Zinß erhöhet werden möge. Dieſer Grund, mithin die dadurch veranlaßte Verordnungen fallen hingegen, nach des Verfaſſers, der Nachricht Meinung jezo hinweg, und eben deswegen ſoll bereits zu Gandersheim der geänderten Zeiten halber, dem Meyereien ein ander Ziel und Maſſe ertheilet, und der Conſenſus contrahentium pro norma & regula geſetzet ſeyn (*).

Hätte der Herr Gegner ſich der Geſchichte derer Zeiten, von denen er redet, hierbey entweder erinnern, oder ſolche zu Rathe ziehen wollen, ſo würde dieſer Einwurf von ihm nicht gemacht ſeyn. Der Salzthalumſche und Gandersheimſche Land-Tags-Abſchied, wurden beide, nicht kurz nach denen Krieges-Läufften, ſondern mitten im Frieden verfaſſet, und es iſt ſehr irrig, daß wegen veränderter Umſtände in den lezten andere Maas-Regeln, als in den erſten genommen ſind, da derſelbe wenig Zeit nach den Salzthalumſchen errichtet worden, auch dieſen nicht abändert, ſondern von einen ganz unterſchiedenen Lande handelt. Ueberdem iſt es eines Theils ganz ohnleugbar, daß die Laſten der Meyer ſeit denen Zeiten jener Receſſe nicht gemindert, ſondern erhöhet worden, mithin der Haupt-Grund derſelben annoch vorhanden, andern Theils aber würde es denen darin enthaltenen Verordnungen an ihrer Gültigkeit nichts benehmen, wenn gleich die

(*) S. 6, 47, 39.

die Veranlaſſung derſelben jetzo nicht mehr insgeſamt einträten. Geſetze, welche auf unbeſtimte Zeiten gegeben, behalten ſo lange ihre Kraft, bis ſelbige entweder aufgehoben ſind, oder wegen veränderter Umſtände nicht mehr appliciret werden können. Wiedrigenfals mus man beſtändig darüber halten, wenn gleich ein oder der andere von den Bewegungs-Gründen des Geſetzgebers wegfället. In welche Ungewisheit würden nicht die Rechte verſetzet werden, wenn man annehmen wolte, daß ſo bald dieſe oder jene oft ungewiſſe Abſicht einer Veränderung erreichet iſt, ſolche ihre Verbindlichkeit verliehre? Die Guths-Herrn ſind alſo ſchuldig, ihren Meyern, vermöge der mehrmahlen genannten Land-Tags-Abſchiede, ſo lange ein Erb-Recht zu gönnen, bis die höchſte Obrigkeit ihnen ſolches nimt, welches die Wohlfart des gemeinen Weſens nicht ehe erlauben wird, bevor die eingeführte Steuren abgeſchaffet werden können.

§. VII.

Nach der Meinung des Verfaſſers der Nachricht, iſt aber auch ſiebentens der Gandersheimſche Land-Tags-Abſchied, ſeinen Sätzen nicht hauptſächlich entgegen. Denn derſelbe ſoll nicht nur erſtlich denen Meyern, welche auf den Meyer-Grund nicht gebauet, alles Erb-Recht abſprechen (*), ſondern es auch zweitens, wenn dem Meyer die Gebäude gehören, dennoch lediglich bey den Willen der contrahirenden Theile laſſen (**).

Nun gewönne, ſo viel die erſte von dieſen Einſchränkungen anbetrift, der Gegentheil wenig, dafern man ihm auch zugeben müſte, daß wenn der Bauer nicht Eigenthümer der Gebäude, alsdenn nicht zu vermuthen ſey, daß ihm an dem Hofe und denen dazu gehörigen Ländereyen ein Erb-Recht zuſtehe. Denn im Hildesheimiſchen gehören ſelbigen gemeiniglich die Gebäude.

In

(*) S. 37.

(**) S. 40. not. *)

In denen wenigen Fällen, wann vielleicht das Gegentheil erwieſen werden könnte, läſſet ſich jedoch nicht einſt behaupten, daß die Vermuthung gegen das Erb-Recht ſey. Denn im (1) redet der Gandersheimſche Land-Tags-Abſchied nicht von beſondern Höfen, ſondern von gänzen Orten, wo die Gebäude dem Guthsherrn zuzuſtehen pflegen. An ſolchen wird billig vermuthet, daß es mit den daſigen Bauer-Güthern eine beſondere Bewandnis habe, nicht aber alsdenn, wenn der Guths-Herr etwan einen einzelnen Hoff bebauet hat, als welches ſeine eigene, die allgemeine vor das Erb-Recht ſtreitende Vermuthung, nicht ausſchlieſſende Urſachen, gehabt haben kann. Dergleichen Oerter giebt es nun zwar im Stift Hildesheim nicht, wohl aber in den Fürſtenthum Göttingen, von welchen der Land-Tags-Abſchied ebenmäßig handelt. Es iſt auch nicht abzuſehen, wie der Verf. der Nachricht vorgeben möge, daß man beſagten Receß durch dieſe Erklärung einen abſurden Sinn beylege, weil daraus folge, daß denen Meyern bey der Abmeyerung Gebäude bezahlt werden müßten, wenn ſie ſchon keine darauf hätten (*). Denn niemand ſaget, daß an denen Orten, wo der Regel nach, die Gebäude denen Meyern zuſtehen, auch alsdenn, wenn erwieſen wird, dieſes oder jenes Gebäude habe der Guths-Herr aus den Seinigen aufgeführet, dennoch ſolches als eine Melioration des Meyers anzuſehen, und in ſolcher Eigenſchaft zu bezahlen ſey.

Das Erb-Recht der Meyer hat ſo viel Gründe vor ſich, daß man einen fahren laſſen, und die Sache dennoch gewinnen kan. Geſezt alſo, die Meinung des Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiedes ſey, daß ſo oft gezeiget worden, der Bauer habe den Hof nicht bebauet, ſo ſtehe ihm an ſolchen kein Erb-Recht zu, ſo iſt dennoch (2) dadurch nicht ausgemacht, daß denen im Hildesheimiſchen wohnhaften Bauren, welche keine eigene Häuſer haben, ein Erb-Recht mangelt. Denn alsdenn

(*) S. S. 39.

alsdenn fält zwar das aus dieſem Land-Tags-Abſchied hergenommene Argument weg. Hingegen treten die, in den folgenden anzuführende jüngere Land-Tags-Abſchiede und Verordnungen ein. Dieſe machen keinen Unterſcheid, ob der Meyer den Hof bebauet hat, oder nicht, ſondern ſie legen ihm an ſelbigen überhaupt ein Erb-Recht bey. Es läſſet ſich auch keineswegs behaupten, daß ſolches auf diejenige Aecker nicht gezogen werden könne, welche von einem andern Guths-Herrn als denjenigen herrühren, dem der Platz, worauf die Gebäude ſtehen, ſamt den mehreſten Meyer-Gründen gehöret. Denn auch ſolchen kommen alle übrige vor das Erb-Meyer-Recht ſtreitende Gründe zu ſtatten, und wenn ſie eine geraume Zeit bey dem Hofe geweſen, ſo ſind ſelbige, als deſſen Pars integrans anzuſehen, der davon zum Nachtheil des Landes- und Dienſt-Herrn, nicht getrennet werden mag. Es bleiben demnach lediglich die ſogenanten Agri ambulatorii ſtricte ſic dicti übrig, von denen nemlich erwieſen werden kann, daß ſie bald an dieſen, bald an jenen verpachtet geweſen, und an ſelbigen hat man denen Beſitzern nimmer ein Erb-Recht zugeſchrieben (*).

Die zweite aus dem Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiede hergenommene Einſchränckung anlangend; ſo ergiebet deſſen Einſicht, wie die darin feſt geſezte Regel dieſe ſey; daß **Meyer und Köther nach Ausgang der Meyer-Zeit nicht leichtlich zu verſtoſſen**, wodurch zugleich voraus geſetzet wird, daß ſolches alsdenn, wenn keine Meyer-Jahre feſt geſetzet, mithin ſelbige nicht ablauffen können, noch weniger geſchehen dürffe. Von dieſer Regel wird die Ausnahme gemacht, **dafern der Meyer-Brief nicht ein anders mit ſich bringet.** Allein wie hierunter Clauſulae reſolutiuae zu verſtehen, und es nicht genug ſey, daß der Meyer-Brief nur auf gewiſſe Jahre

(*) S. von ſolchen meines Vaters Acceſſ. ad Jus Villicor. Obſ. 37. S. 89. u. f.

Jahre gerichtet, ſolches erhellet augenſcheinlich daraus, weil eben von denen Meyern, deren Meyer-Zeit verfloſſen, geſaget wurde, daß ſie dennoch nicht zu verſtoſſen (*).

Dieſes iſt zwar hinlänglich um den Verſtand des Land-Tags-Abſchiedes, in das nöthige Licht zu ſtellen. Denn es erhellet daraus, wie zwar freilich ſelbiger, es bey den Willen der contrahirenden Theilaſſe, jedoch erfordre, daß wenn das Erb-Recht ausgeſchlöſſen werden, mithin dem Guths-Herrn die willkührliche Abmeyerung freyſtehen ſoll, dieſer ſich ſolche ausdrücklich vorbehalten und ausbedungen haben müſſe. Weil indes über dergleichen Clauſulas reſolutivas öfters Streit entſtehet, ſo will ich annoch ein und anders davon anführen.

Es iſt alſo (1) nachmahls zu wiederholen, daß die in denen Meyer-Briefen zu Zeiten enthaltene Beſtimmung gewiſſer Meyer-Jahre keine Clauſula reſolutiua ſey. Jene wird dem Meyer-Briefe, wie die Erfahrung lehret, nur deswegen einverleibet, damit der Guths-Herr den Weinkauf deſto öfter bekomme (**). Eine Clauſula reſolutiua erfordert aber, daß in denen Contracten ausdrücklich gemeldet werde, daß nach Ablauf der geſezten Zeit die Meyerſtatt dem Guths-Herrn heimfallen, und er nach Willkühr darüber diſponiren ſolle.

2) Da der Meyer-Mann ſich ſeiner an den Guth habneden Befugnis ohne Zweifel begeben mag, ſo leidet es eben wenig Zweifel, daß wenn derſelbe einen mit einer ſolchen Clauſula reſolutiua verſehenen Meyer-Brief annimt, er ſich dadurch die Verbindlichkeit auflege, nach verfloſſenen Meyer-Jahren, das Guth zu räumen.

3) Der

(*) S. *Acceſſiones Obſ. 2. p. 10.*

(**) S. des Herrn Ober-Appellations-Raths PUFENDORFS Obſ. XCVII. §. 2. To. II. S. 402. und meines Vatters Comment. de Jure Villicor. S. 335. Ein gleiches lehret von den Land-Siedeley-Güthern und deren Verleihung auf gewiſſe Jahre Herr von CRAMER in den Gedanken von den Land-Siedeleyen §. 19. u. Herr BURI Erleuterung des Lehn-Rechtes S. 1028.

3) Der Regel nach ſind demnach dergleichen Verbindungen gültig; inſonderheit an denen Oerten, wo der Gandersheimſche Land-Tags-Abſchied beobachtet wird, als welcher (*) das Erb-Recht der Meyer nur alsdenn feſtſtellet, wenn der Meyer-Contract nicht ein anders mit ſich bringet. Sie beſtehen inſonderheit im Fürſtenthum Calenberg und denen Hildesheimiſchen Aemtern, welche vormahls dazu gehöreten, auch in demjenigen Theil des Stifts Hildesheim, welches das kleinere Stift genandt wird, weil es in dieſen an einen Verboth, dergleichen Verträge zu machen, fehlet (**).

4) Hingegen ſind ſie erſtlich an denen Orten nichtig, wo dem Meyer ein Erb-Recht ausdrücklich, des Publici wegen, dergeſtalt beigeleget worden, daß wenn gleich derſelbe ſonſt kein gegründetes Ius contradicendi hat, dennoch der Guthsherr ihn nicht austreiben kann. Auf dieſe Weiſe drücket ſich der Salzthalumſche Land-Tags-Abſchied (***) aus, und im Wolfenbüttelſchen auch den ſogenandten gröſſern Stift, welches im Jahr 1597. zum Fürſtenthum Braunſchweig Wolffenbüttel gehörete, mag daher durch beſondere Verbindungen dieſen öffentlichen Geſetz kein Abbruch geſchehen, noch ſolchergeſtalt Meyer-Land in bloſſes Pacht-Land verwandelt werden (****).

5) Beſagte Clauſuln gelten auch zweytens alsdenn in andern Ländern keinesweges, wenn nicht über ganze Höfe paciſciret worden, ſondern über beſondere Aecker, welche zwar einen andern Guths-Herrn haben, jedoch bey die Höfe, als Partes integrantes derſelben, gehören. Diejenige Verordnungen, welche die Zerreiſſung der Höfe verbiethen, vernichtigen auch die Verträge, wodurch dergleichen Aecker von ſolchen getrennet werden, und der Meyer kann ſo wenig ſeinen Landes- als Gerichts-Herrn etwas vergeben, denen daran gelegen iſt, daß

(*) §. 28.

(**) *Acceſſ. ad Ius Villic. Obſ. 29. p. 79.*

(***) Art. 19.

(****) S. auch LEYSER *ad D. Sp. 510. med. 8. p. 754. Vol. VII.*

daß der Hof ganz, mithin der Meyer im Stande bleibe, die öffentlichen Laſten abzutragen, und den ſchuldigen Dienſt zu leiſten.

§. VIII.

Um zu zeigen, daß denen Meyern bereits vor der Errichtung des Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiedes ein Erb-Recht zugeſtanden, iſt eine von dem der catholiſchen Religion zugethanen Herzog Erich von Braunſchweig Lüneburg, im Jahr 1542. denen Ständen ertheilte Reſolution angeführet (*), nach welcher geiſt- und weltlichen Guthsherrn nur aus gewiſſen nahmhaft gemachten Urſachen erlaubet worden, ihre Meyere der Höfe zu entſetzen. Dagegen wird achtens angeführet, daß (1) hier nicht die Rede von catholiſchen Herzogen, ſondern denen Meyer-Gütern der catholiſchen Geiſtlichen, noch (2) die Frage von dem ſey, was im Fürſtenthum Calenberg, ſondern was im Stift Hildesheim hergebracht. Es werde auch (3) dieſe Reſolution H. Erichs ein Privileginm genannt, folglich wäre ſelbige, wie andere Conceſſiones durch den Haupt-Receß aufgehoben (**).

Allein (1) machet man den Umſtand, daß Herzog Erich, zu deſſen Zeiten, denen Meyern ein Erb-Recht zugeſtanden, der catholiſchen Religion zugethan geweſen, nur deswegen bemerklich, um den Ungrund des Vorgebens zu zeigen, daß die in dem Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiede enthaltene Verfügung neu, und zum Nachtheil des catholiſchen Cleri von evangeliſchen Landes-Herrn gemacht ſey. So ſehr ſolches gegen alle Geſchichte ſtreitet, ſo gern mögte der Verf. der Nachricht, aus leicht zu begreifenden Abſichten, ſeine Leſer davon überreden, und man hat alſo keine Urſach etwas vorbey zu laſſen, woraus das Gegentheil erhellet.

(2) Ge-

(*) *in Comment. de Iure Villicor. C. VIII. §. 3. p. 242.*

(**) S. 50.

(2) Gehet freilich beſagte Reſolution nur auf das Calenbergiſche. Zu ſolchen gehörte aber damahls ein groſſer Theil des Stifts, und ſelbige gilt daher ſo wohl in dieſen Theil, als der Gandersheimiſche Land-Tags-Abſchied.

(3) Iſt es ſehr irrig, daß man ſich auf gedachte Fürſtl. Declaration nicht beziehen könne, weil ſolche ein Privilegium genannt werde: die von denen Herren Herzogen ertheilte Privilegia und Conceßiones aber durch den Haupt-Receß entkräftet waren. Denn eines Theils läſſet ſich ſolches nur von denen Privilegiis gratioſis & noxiis behaupten, dergleichen das gegenwärtige, wie bereits gezeiget worden, nicht iſt, als welches eigentlich ein öffentliches Landes-Geſetz, die bekandlich nicht ſelten mit den Nahmen der Privilegien beleget werden (*). Niemand mag auch weniger als der Verf. der Nachricht behaupten, daß es vor ein denen Ständen ertheiltes Privilegium zu halten, daß ſelbige ihre Meyer der Höfe entſetzen können, wenn ſolche die Zinſen nicht abtragen, oder die Güter verwüſten und verkauffen, da derſelbe den Guths-Herren ein weit mehreres denen gemeinen Rechten nach, beyleget.

Geſezt jedoch, es ſey dieſe Verfügung, weil ſelbige als eine Conceßion anzuſehen, durch den Haupt-Receß entkräftet, ſo gewinnet auch dadurch (4) der Gegentheil nichts. Denn ſie würde doch ſolchenfals erweiſen, wie vor den Zeiten des Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiedes, an den Oertern, wo ſelbiger gilt, bereits ein Erb-Meyer-Recht im Schwange geweſen. Bloß um dieſes darzuthun, hat man ſich aber auf ſolche berufen, und es iſt überall nichts beigebracht, welches das daher genommene Argument ſchwächen könnte.

§. IX.

(*) S. Meines Vatters *Obſeruat. Iur. & hiſtor. p. 168.* ingleichen deſſen Neben-Stunden 2 Th. 13. Abhl. §. 14. *p. 81.* und die daſelbſt befindliche ſchöne Stelle aus Herrn MOSERS Diſſertation *de pactis & privilegiis circa religionem §. 36.*

§. IX.

Bisher ſind diejenige Einwürffe wiederleget, welche gegen die Gültigkeit des Salzthalumſchen und Gandersheimſchen Land-Tags-Abſchiedes in der Nachricht von denen Streitigkeiten über das Meyer-Recht im Stifft Hildesheim gemacht worden. Man hat ſich entſehen in ſelbigen es als einen Grund anzuführen, daß Biſchoff Jobſt Edmund von Hildesheim, ſolche Receſſe vor ohnverbindlich erkläret habe. In einer nachher zum Vorſchein gekommenen Schrift (*), iſt aber auch dieſes neuntens vorgeſchützet, und deren Verfaſſer hat geglaubt, daß ſolches ſeinen Einwürffen ein beſonders Gewichte gebe.

Es iſt kaum nöthig etwas hierauf zu antworten. Eines Theils iſt alles, was ſich zu dem Ende ſagen lieſſe, bereits in ältern Zeiten vorgebracht, und die Schein-Gründe, womit der Cantzlar von Zimmermann die Gültigkeit dieſer Receſſe anfechten wollen, hinreichend wiederleget. Andern Theils fält es jedermann in die Augen, daß

(*) Sie führet den Titel: Nachfüge zu der in Sachen des Flecken Lamſpring, deſſen Prediger Grave und *Conſ.* wieder das Cloſter und Gottes-Hauß Lamſpring von dieſen bereits im Aprili 1749. herausgegeben und bey den höchſtpreyßlichen Kaiſerl. und des Reichs Cammer-Gericht gewöhnlicher maſſen der Leſerey eingelieſſerten *Facti Speciei* gehörig, als wodurch auf eine ausnehmend-überzeugliche Arth fernerweit erwieſen, und auſſer allem Rechtlichen Zweifel geſtellet wird: Daß in dem ganzen Hochſtiſt Hildesheim kein Erb-Meyer-Recht ſtatt finde; am allerwenigſten auch denen währender Stifts-Fehde errichtet werden wollenden Salzdalumb-Gandersheimb- und Wolffenbüttelſchen Abſchieden, von denen Jahren 1597. 1601. 1619. nach Wiederkehre gedachten Hochſtifts an ſeinen rechtmäßigen Herren und Biſchoffen in ſelbigen die mindeſte Kraft und Gewalt jemahls zugeſtanden worden ſey. 1749. fol.

daß dergleichen Declarationes der Sache nichts nehmen noch geben. Land-Tags-Abſchiede ſind Verträge, welche der Landes-Herr mit ſeinen Ständen errichtet, und die ſo wenig als ein jeder anderer Vertrag von einem Theil willkührlich aufgeruffen werden können. Biſchoff Jobſt Edmund mogte alſo nicht Richter in ſeiner eigenen Sache ſeyn, noch denen Land-Tags-Abſchieden durch ſein bloſſes Wort ihre Gültigkeit entziehen, wenn ſie anders in Anſehung ſeiner, und ſeiner Nachfolger verbindlich waren. Daß ſie aber dieſes geweſen, und noch ſind, iſt hoffentlich bisher zur Gnüge gezeiget.

Das dritte Capittel.

Nach der Reſtitution des Stift Hildesheim, iſt das Erb-Meyer-Recht durch den Land-Tags-Abſchied von 1652. beſtätiget.

§. I.

Die Salzthalumſche und Gandersheimſche Land-Tags-Abſchiede ſind ſo wenig die einzigen Verordnungen, worinn denen Hildesheimiſchen Meyern ein Erb-Recht beygeleget iſt, daß man ſelbiges vielmehr hinlänglich erweiſen könnte, wenn auch jenen die Kraft eines Geſetzes im Stift Hildesheim entzogen werden mögte, mithin bloß diejenigen Receſſe und Edicte übrig blieben, welche nach der Wiedereinräumung beſagten Stifts an die Herrn Biſchöfe, errichtet worden. Solche ſollen nunmehro angeführet, und wieder die in der Nachricht gemachte Einwürffe vertheidiget werden.

Die erſte den Hildesheimiſchen Meyern zu ſtatten kommende Verordnung iſt alſo der **Land-Tags-Abſchied von 1652.** worin folgende Stelle befindlich:

> Als auch vors vierzehnte noch fernere Beſchwerung indeme einkommen, daß die alten Meyer, angeſehen dieſelbe in den langwierigen Krieges-Jahren, auf den Höfen viel Unglück, Jammer, und Elend ausgeſtanden, alles ihrige darauf zugeſetzet, und *pro temporum & rerum ſtatu* die Zinſen davon entrichtet haben, auch inkünftig *praeſtanda praeſti*ren wollen, wieder die Rechte abgemeyert, verſtoſſen und verdrungen worden, ſo ſoll hierinn nach Beſchaffenheit und Umſtänden des *Facti* jedesmahl die Billigkeit nach der Landes-Obſervanz verordnet, hingegen den klagenden Guths-Herrn wieder ihre ſäumige Meyer, da dieſelbe nichts erhebliches einzuwenden, unaufhältlich geholffen werden.

§. II.

Um das hieraus vor das Erb-Meyer-Recht ſich ergebende Argument zu ſchwächen, wendet der Verfaſſer der Nachricht erſtlich ein, die Obſervanz, wovon der Receß rede, ſey die uralte, welche vor den Braunſchweigiſchen Beſitz geweſen, vermöge deren dem Guths-Herrn ein willkührliches Abmeyerungs-Recht zugeſtanden habe. Dieſe werde zur Regul gemachet, hingegen eine Ausnahme alsdenn verſtattet, wenn die Umſtände des facti, oder die Billigkeit ſolches erforderten (*).

Die Einſicht das Land-Tags-Abſchiedes leget aber dieſer Deutung Nichtigkeit vor Augen. Die Stände beſchwerten ſich darüber, daß die alten Meyer verſtoſſen werden wolten, und ſtelleten dagegen für, daß

(*) S. 45, 46.

daß dieſe Abmeyerung um ſo unbilliger wäre, als die Leute, währenden Krieges, viel Elend auf den Höfen ausgeſtanden, die Zinſe pro temporum & rerum ſtatu jedoch entrichtet hätten, auch ſolches ferner thun wolten. Die hierauf ertheilte Antwort ſolte, wie die ganze Stelle zeiget, nicht abſchlägig, und den damahls üblichen Rechten ungemäs ſeyn. Man kann ſie alſo ohnmöglich dahin deuten, daß ein willkührliches Abmeyerungs-Recht geübet, und zu ſolchen Ende nicht der damahligen Obſervanz, ſondern derjenigen nachgegangen werden ſolle, welche angeblich für Menſchen Gedenken im Stift Hildesheim beobachtet worden. Vielmehr muß durch die Landes-Obſervanz diejenige verſtanden werden, welche zunächſt vor Abfaſſung des Land-Tags-Abſchiedes befolget wurde. Niemand nennet auch dasjenige ein Herkommen des Landes, was ſeit langen Jahren nicht mehr im Gebrauch iſt. Die Billigkeit ſolte nach der Landes-Obſervanz, und nicht gegen ſelbige verordnet werden. Ihr liefe aber die willkührliche Abmeyerung zuwieder. Das Wort hingegen, zeiget endlich, wie man durch die hinzugefügte leztere Clauſul, daß nemlich dem Guths-Herrn wieder ſeinen ſäumigen Meyer ſchleunig geholffen werden ſolle, verhindern wollen, daß dasjenige, was dem Meyer zugeſtanden würde, dem Guths-Herrn nicht zu nachtheilig ſeyn mögte, welches unnöthig geweſen, wenn ſelbigen ein willkührliches Abmeyerungs-Recht mitgetheilet wäre.

Ueberdem ſetzet des Herrn Gegners Auslegung etwas voraus, ſo ihm nimmer eingeräumet worden, wenn er, ohne einen Beweis beygebracht zu haben, annimt, daß die Obſervanz vor der Stifts-Fehde dem Erb-Meyer-Recht zuwieder geweſen.

§. III.

Es ſoll aber auch daraus, daß in den Land-Tags-Abſchiede die Unterſuchung des Facti verordnet worden, zweitens erhellen, wie man nicht dasjenige, was Ratio ſtatus oder ein praetenſum jus

perpetuae Coloniae mit ſich bringe, zur Regul ſetzen, ſondern dem Meyer, welcher ſeine Intention in einen Facto gründe, ſolches wie Rechtens darzuthun verbinden wollen (*).

Nun iſt (1) niemahls die Meinung geäuſſert, daß der Richter durch einige Land-Tags-Abſchiede angewieſen ſey, zu unterſuchen, ob Ratio ſtatus erfordere, daß dieſer oder jener Bauer abgemeyert werde oder nicht? Auf ſolche Umſtände richtet allein der Geſetzgeber ſeine Abſicht, und machet Verordnungen, welche, wo nicht in allen, doch in denen mehreſten Fällen das gemeine Beſte befördern. Der Richter muß denenſelben ſchlechterdings folgen, wenn gleich in ein und andern Fall der Endzweck dadurch nicht erreichet würde.

Noch vielweniger aber haben (2) die Verfaſſer des Land-Tags-Abſchiedes gewolt, daß bey jeden zwiſchen den Guths-Herrn und Meyer entſtehenden Streit, dieſer das Erb-Recht, worin er ſich gründet, erweiſen müſſe. Denn einmahl iſt der Meyer gemeiniglich der Beſitzer, mithin der Guths-Herr Kläger, folglich der letztere, das willkührliche Abmeyerungs-Recht, worauf er ſeine Abſicht bauet, darzuthun ſchuldig. Ueberdem aber wolte der Land-Tags-Abſchied, daß, nach unterſuchten Facto, die Nothdurft, der Obſervanz gemäs, verfüget werden ſolte. Nicht dieſe Obſervanz war alſo zu unterſuchen, ſondern der Richter ſolte in Ueberlegung ziehen, ob ſie bey den vorgekommenen Fall ihre Zueignung fünde, ob nehmlich von Meyer-Gütern die Frage ſey, oder der Meyer ſich ſo übel aufgeführet habe, daß man ihn billig abmeyere?

§. IV.

Fürnehmlich berufet ſich der Gegner um die angeſetzte Stelle des Land-Abſchiedes zu entkräften, drittens auf die Stift Hildesheimiſche Policey-Ordnung, in welcher Art. 133. verordnet iſt, daß nie-

(*) S. 47.

niemand den andern hinterliſtig abmeyern ſolle, bey 5 Rthlr. Straffe, jedoch denen Guths-Herrn dadurch nicht benommen ſey, ihre Ländereÿ demjenigen, ſo das meiſte biete, zu vermeyern. Dieſe Stelle ſoll weder von Agris ambulatoriis und ſolchen Meyer-Ländereien, welche bald bey dieſen bald bey jenen Hoff geleget worden, noch von dem Fall zu verſtehen ſeyn, wenn jemand das von ihm vorhin ſelbſt cultivirte Land neuerlich Meyers weiſe austhut, ſondern allen und jeden Guths-Herrn ein willkührliches Abmeyerungs-Recht beylegen, und der ſo eben angeführte Land-Tags-Abſchied von 1652. nach der Meinung des Gegners die Policey-Ordnung erleutern (*).

Allein (1) iſt es eine vergebene Mühe, dieſe beide Landes-Geſetze vereinigen zu wollen, wenn das leztere den Sinn hat, den ihm der Verfaſſer der Nachricht zuſchreibet. Denn nach jenen ſoll, wie ſo eben gezeiget worden, es bey einer Obſervanz ſein Bewenden haben, die dem Meyer ein Erb-Recht beileget. Die Policey-Ordnung will aber gerade das Gegentheil, dafern ſie allen und jeden Guths-Herrn verſtattet, ihre Ländereyen den meiſtbietenden zu vermeyern. Sollen beide Verfügungen übereinſtimmen, ſo muß daher eine ganz andere Auslegung angenommen werden. Und hierzu giebt der Herr Gegner den Grund ſelbſt an die Hand, wenn er wohl bemerkt (**), daß neue Geſetze aus den vorhergehenden ältern zu erläutern ſind. Man muß alſo nicht den Land-Tags-Abſchied aus der Policey-Ordnung, ſondern die Policey-Ordnung aus den Land-Tags-Abſchied erklären, und jene ſo verſtehen, daß ſie dieſem nicht wiederſpricht, als welchen ſelbige unmöglich aufheben konnte, weswegen keinesweges zu vermuthen, daß des Geſetzgebers Abſicht dahin gegangen. Es wird zwar an andern Orten der Nachricht (***) eine ganz andere Zueignung dieſes Satzes gemacht und vorgegeben, daß der Land-Tags-Abſchied eine Ausnahme

(*) S. S. 43, 44, 53, 54.

(**) S. 44.

(***) S. 53.

me reſpectu der alten Meyer, welche die Krieges-Unruhen überſtanden, von der in der Policey-Ordnung feſtgeſtelten Regul enthalte. Aber auſſerdem, daß dieſer Satz der von den Verfaſſer der Nachricht ſelbſt behaupteten Erklärungs-Regul wiederſpricht, indem er auf ſolche Weiſe nicht die neuern Geſetze aus den ältern, ſondern die ältern aus den neuern erkläret, ſo konnte auch Chur-Fürſt Maximilian Heinrich ohnmöglich A. 1652. die Abſicht haben, Ausnahmen von einer Regul zu machen, welche erſt A. 1665. feſtgeſtellet worden. Nicht zu gedenken, daß wenn man den Meyern, welche die Krieges-Unruhen ausgeſtanden, ein Erb-Recht zubilliget, wenigen Bauren im Stift Hildesheim es zu verſagen iſt, weil die mehreſte von ſolchen Colonis abſtammen.

Wenn dieſemnach (2) die Policey-Ordnung aus den Land-Tags-Abſchied zu erklären, und damit zu vereinigen iſt, ſo muß die erſtere von ſolcher Länderey reden, welche, ohne dem leztern zuwieder zu handeln, dem Inhaber willkührlich genommen werden kan. Dieſes ſind diejenige Agri ambulatorii, die bald bey dieſen, bald bey jenen Hof auf gewiſſe Jahre mit Vorbehalt der willkührlichen Abmeyerung geleget werden, und an welchen folglich dem Meyer kein Erb-Recht zuſtehet. Daß aber dergleichen Pacht-Güter auch zu Zeiten Meyer-Güter genandt werden, ſolches bezeuget unter andern der Gebrauch, den ſelbſt der Herr Verfaſſer von dieſen Worte macht (*). Es war auch gewis nicht überflüßig in der Policey-Ordnung zu erwehnen, daß dem Guths-Herrn frey bleiben ſolle, dergleichen Länderey den meiſtbiethenden einzuthun, da es ſo ſchwer zu beſtimmen iſt, was eine hinterliſtige Abmeyerung ſey, daß man leicht auch eine ſolche darunter verſtehen mögen, wenn ein Bauer den andern heimlich überbiethet und dadurch veranlaſſet, daß der Herr das Pacht-Land dem Beſitzer nimt, und demjenigen einthut, der ihm mehr geben will. Von den Ländereyen, welche der Eigenthümer bisher ſelbſt cultiviret hat, num-

(*) S. 20, 82.

nunmehro aber neuerlich vermeyert, als ſehr ſeltenen Fällen, redet, zwar vermuthlich die Policey-Ordnung nicht hauptſächlich. Unterdeſſen zweifle ich nicht, daß der Guths-Herr ſich das Recht vorbehalten kann, eine Veränderung mit einer ſolchen Meyerſtatt vorzunehmen, bevorab, wenn dieſe aus freien Gründen beſtehet, und alſo die willkührliche Steigerung dem gemeinen Weſen zu keinen ſonderlichen Nachtheil gereichte; wie dem auch der Kayſerl. Cammer-Gerichts-Aſſeſſor von LVDOLFF (*) einen Unterſcheid inter Colonos novos & veteres machet, und nur jene, nicht aber dieſe nach Endigung des Contracts zu vertreiben erlaubet.

Bliebe gegen die bisher vertheidigte Auslegung der Policey-Ordnung annoch einiger Zweifel übrig, ſo würde ſolcher dennoch dadurch wegfallen, daß (3) deren Diſpoſition nichtig iſt, wenn ſelbige denen Guths-Herrn ein willkürliches Abmeyerungs-Recht beyleget. Denn ſie läuffet ſolchenfals offenbar gegen die vorhergehende Land-Tags-Abſchiede. Es iſt unnöthig alhier die Frage zu unterſuchen, ob und in wiefern die Einwilligung der Stände bey Abfaſſung aller Geſetze im Stift Hildesheim erforderlich ſey, und es gegenwärtig hinlänglich zu bemercken, daß ohnmöglich denen Herrn Biſchöffen die Befugnis zuſtehen könne, ohne Einwilligung der Stände etwas zu verordnen, welches denen mit dieſen errichteten Receſſen zuwieder iſt, weil man ihnen ſonſt die gegen die Natur eines Vertrags lauffende Befugnis beilegen müſte, die Land-Tags-Abſchiede einſeitig aufzuheben. Daß aber die Stände nicht allein in die Policey-Ordnung nimmer gewilliget, ſondern vielmehr die Ritterſchafft und Städte derjenigen Stelle wiederſprochen haben, von welcher gegenwärtig die Frage iſt, ſolches wird von dem Verf. der Nachricht in keinen Zweiffel gezogen.

Wer das bisher angeführte erweget, der wird hoffentlich überzeuget ſeyn, daß die Policey-Ordnung den Hildesheimiſchen Meyern ihr Erb-Recht nicht nehmen kann Er wird aber auch erkennen, daß wenn man

(*) *Obſervat. To. I. Obſ. 159.*

man ſolche bloß vor Augen hat, es ſchwer ſey, von der Natur der Meyer-Güter in beſagten Stift, ſich einen deutlichen Begriff zu machen. Deswegen hat mein Vatter, bevor derſelbe die Gelegenheit gefunden den ungedruckten Land-Tags-Abſchied von 1652 zu ſehen, in der erſten Ausgabe ſeiner Commentation de jure Villicorum geſchrieben: In Epiſcopatu Hildeſienſi meierias temporarias reperiri ordinatio politica Hildeſienſis Art. 133. docet. Sehr unrecht aber iſt der Herr Verfaſſer der Nachricht daran, wenn er glaubet, daß ihm dieſes Zeugnis zu ſtatten komme, und die nachher von meinen Vatter behaupteten Sätze nicht unpartheiiſch wären. Denn einmahl räumet man noch ein, daß es im Stift Hildesheim Meierias temporarias gebe, und behauptet nur, daß daſelbſt nicht alle Meyer-Güter von dieſer Art ſind, noch ſolches im Zweifel vermuthet werden müſſe. Andern Theils aber würde derjenige, welcher zwiſchen den Meyern und Guths-Herrn parteyiſch wählen wolte, ſchwerlich der erſtern Parthey nehmen, da unter den leztern nicht allein die mächtige Geiſtlichkeit, ſondern auch die mit vielen Meyer-Gefällen verſehene Ritterſchaft ſich befindet, und mein Vatter zur Zeit ſeines Aufenthalts im Stift Hildesheim um ſo mehr nach dieſer Seite hangen können, jemehr Gewogenheit und Vertrauen er von beiden genoſſen hatte. Gleichwie derſelbe daher in ſeinen zulezt vertheidigten Sätzen bloſſerdings der Warheit, und denen das Erb-Recht der Hildesheimiſchen Meyer auſſer Zweifel ſtellenden Gründen, folgen mögen, alſo müſſen dieſe leztere auch allein ergeben, wer recht oder unrecht hat. So wenig man glauben würde den Herrn Verfaſſer der Nachricht wiederlegt zu haben, wenn man die Urſachen entdecken könnte, welche ihm bewogen, das Erb-Meyer-Recht anzufechten, ſo überflüßig würde es ſeyn, zu unterſuchen, warum mein Vatter deſſen Vertheidigung übernommen. Derjenige allein hat den Beifall der Leſer, und inſonderheit der höchſten Reichs-Gerichte zu erwarten, welcher die beſten Gründe anzuführen im Stande iſt.

Das vierte Capittel.

Die Landes-Conſtitution von 1668. theilet den Meyern auf das deutlichſte ein Erb-Recht mit.

§. I.

Nichts beſtärcket die dieſſeitige Deutung des Land-Tags-Abſchiedes von 1652. und der Policey-Ordnung mehr, als ein von Weil. Chur-Fürſt Maximilian Heinrich glorwürdigſter Gedächtnis den 17. Jun. 1668. promulgirtes Patent, worin den Meyern ein Erb-Recht ſo deutlich beygeleget iſt, daß es zu deſſen Beweis allein hinreichete. Dieſer weiſe Fürſt wünſchte, daß die in denen Krieges-Zeiten zum theil verlaſſene Höfe wiederum beſetzet werden mögten, und gleichwie Er zu fürchten Urſach hatte, daß die in der Policey-Ordnung befindliche Stelle von einigen Guths-Herrn misbraucht werden, die Bauers-Leute aber abhalten könnte, die Bebauung der wüſten Stellen zu übernehmen, ſo ſuchte er die leztere durch eine beſondere Verordnung zu beruhigen. Sie lautet folgender Geſtalt:

Wir ꝛc. Maximilian Henrich ꝛc. Demnach Wir mißfällig vernommen, daß in unſern Stift Hildesheim in vorigen Krieges-Zeiten viele Bauer-Höfe daher ganz deſolat worden, daß die Einwohner ſolcher Zeit, die bey einen jeglichen Hofe gehörige Ländereỵ verſetzet, und dadurch die Aecker- und Koth-Höfe nicht nur ganz geſchwächet, ſondern auch hin und wieder noch viele wüſte und unbebauete Plätze befindlich ſeynd, daß ſo wenig davon mehr unſerm Publico die gewöhnliche Praeſtationes abgeführet, als unſerm würdigen Thum-Capitul und andern Guths-Herrn die Zinſſe entrichtet werden können, dabeneben viele Acker-Leute und Koth-Saſſen ihre vorhin bewohnte Plätze gänzlich verlaſſen haben, Wir aber der Armuth ſo wohl als dem gemeinen Weſen hierunter

ter wieder aufzuhelffen, aus Landesväterlicher Vorſorge bewogen worden; So haben wir durch dieſes öffentliche Patent allen und jeden hiemit kund thun wollen, daß ſich alle vorhin in unſern Stift Hildesheim Eingeſeſſene wiederum zu ihrer vorigen Wohnung verſamlen, dieſelbige wiederum bebauen, und abhanden gebrachte Länderey zu einem jeglichen Hof wiederum herbey bringen mögen: Und befehlen Wir demnach inſonderheit unſern Beamten, denen Einwohnern dieſes Stifts und allen dem nach Befriedigung eines jeglichen Creditoris, welcher was erweißliches an ſolchen Ländereyen oder Höfen zu fordern haben mögte, behülflich zu ſeyn, wie Wir dann nichtweniger alle und jede Acker-Leute- und Koth-Saſſen bey ihren alten wohl hergebrachten Gerechtigkeiten und den ehemahligen beſtändigen Beſitz und Cultivirung ihrer unterhabenden Höfe, ſamt den ihrigen, ſo wie andere dieſelbe annoch beſitzen und gebrauchen, hiemit in Gnaden wieder jedermanniglichen zu ſchützen und zu handhaben geſinnet ſeynd, dieſelbe auch Krafft dieſes all ſolcher geſtalt hiemit aufs neue confirmiren und beſtätigen. Urkundlich haben wir dieſe unſere Verordnung von denen Canzeln auf den Dörffern öffentlich publiciren und kund thun laſſen. Geben in Unſer Reſidenz-Stadt Bonn den 17ten Decemb. 1668.

(L. S.) Maximilian Henrich.

Der Sinn dieſes Patens iſt ſo deutlich, daß ohnmöglich etwas gegründetes dagegen eingewand werden kann, wenn man behauptet, daß es den Meyer-Leuten ein Erb-Recht mittheilet. Daher denn auch die Einwürffe, die der Verfaſſer der Nachricht darwieder vorgebracht, von der handgreiflichſten Nichtigkeit ſind.

§. II.

Er wendet erſtlich ein, die Verordnung rede überall nicht von Meyer-Gütern (*).

Der

(*) S. 13, 75.

Der Gegner muß indem er dieſen Einwurf machet, bey dem Leſer entweder eine groſſe Unwiſſenheit der Sprache voraus geſetzet, oder aber geglaubet haben, daß in Ermangelung tüchtiger Gründe, es beſſer ſey, etwas, als nichts zu ſagen, und durch Stillſchweigen der Warheit die ihr gebührende Ehre zu geben. Denn ſonſt könnte er ohnmöglich vorgeben, daß eine Verordnung, die von allen und jeden redet, die im Stift Hildesheim Acker- und Koth-Höfe beſitzen, und dem *Publico* davon die gewöhnliche *Praeſtationes*, einen würdigen Thum-Capittel und andern Guths-Herrn aber den Zins entrichten, nicht auf die Meyer gehe. Sind denn die Hildesheimiſche Meyer keine Acker-Leute und Koth-Saſſen, welche gemeiniglich dem Landes-Herrn Dienſte und Steuren, ihren Guths-Herrn aber den Zins entrichten? Zum wenigſten hätte der Verf. der Nachricht diejenigen Perſonen anzeigen ſollen, von welchen das Patent redet, wenn es nicht von denen Meyern zu verſtehen.

§. III.

Zweitens wird vorgegeben es könne dieſe Verordnung und der darin verſprochene beſtändige Beſitz keine Significationem generalem haben, weil man ſonſt vielen Bauren ein Erb-Recht zugeſtehen müſſe, denen doch ſolches offenbahr nicht zukomme (*).

Nun redet das Edict von der Regul, mithin von denen Acker-Leuten und Koth-Saſſen, womit die Hildesheimiſche Dörffer gemeiniglich beſetzet ſind. Daß dieſes Meyer-Leute ſind, wird der Herr Gegner ſich hoffentlich entblöden in Abrede zuſtellen. Finden ſich einige Ausnahmen von der Regul, ſo heben ſie gleichwol ſelbige nicht auf. Sie ſind auch ſehr ſelten und es giebet wohl Pacht-Ländereyen, aber wenige Pacht-Höfe.

§. IV.

(*) S. 41, 42.

§. IV.

Man wirft drittens ein, daß da in den Edict der Policey Ordnung keine Erwehnung geſchehe, nicht zu vermuthen ſey, daß durch jenes, die in dieſen beſtätigte willkürliche Abmeyerung aufgehoben werden wollen, und beziehet ſich auf die Regel, quod per novam & generalem diſpoſitionem non derogetur legi ſpeciali, ſine huius mentione & derogatione (*).

Dieſe und andere dergleichen Reguln der Auslegung ſetzen aber (1) voraus, daß das zu erklärende Geſetz dunckel ſey, weil, was deutlich iſt, keiner Interpretation bedarf, und wird der Verf. der Nachricht wohl nicht behaupten wollen, daß ein Geſetzgeber das Gegentheil desjenigen, ſo vorhin verordnet worden, nicht feſt ſtellen könne, ohne ausdrücklich zu erwehnen, daß er ein älteres Geſetz aufhebe. Hier iſt es, wie ich ſo eben gezeiget, gantz offenbahr, daß denen Meyern ein beſtändiger Beſitz verſprochen worden, weil eines Theils das Edict ausdrüklich behuf der Acker-Leute und Köther, welche dem Guths-Herrn den Zins entrichten, promulgiret worden, andern Theils die Abſicht des Geſezgebers ſonſt nicht zu erreichen ſtunde. Dieſe war die Beſetzung der unbeſezten Bauer-Höfe. Da nun ſolche im Stift Hildesheim meiſtentheils Meyer-Güther ſind, ſo muſte man nothwendig vor die Meyer-Leuthe hauptſächlich ſorgen. Das Edict kann alſo mit der Policey Ordnung nicht beſtehen, wenn dieſe, wie der Herr Gegner glaubet, eine willkührliche Abmeyerung der Meyere verſtattet, und der Satz: Ein Guths-Herr darf das Meyer-Guth an den meiſtbiethenden verpachten; iſt nicht ſpecialior als dieſer: Die Acker-Leute ſollen bey den ehemahligen beſtändigen Beſitz ihrer Höfe ſamt den ihrigen geſchützet werden; mithin kan einer nicht als eine Ausnahme von den andern angeſehen werden, ſondern der lezte hebet allenfals den erſten auf.

Der-

(*) S. 42.

Dergleichen Aufhebung brauchet man jedoch (2) nicht anzunehmen, ſondern kann die Regul, worauf das gegenſeitige Argument gebauet iſt, beobachten, wenn die Policey-Ordnung von Agris ambulatoriis verſtanden wird, auf welche das Edict von 1668. freylich nicht zu ziehen. Der von dem Gegentheil gemachte Einwurff beſtärket alſo die Erklährung der Policey-Ordnung, welche man dieſſeit svorhin gemachet hat.

§. V.

Endlich ſoll das mehrmahlen erwehnte Patent den Meyer-Leuten viertens deswegen nicht zu ſtatten kommen, weil es ſelbige nur bey ihren alten wohlhergebrachten Gerechtigkeiten, und den ehemahligen Beſitz der Höfe, ſo wie andere dieſelbe annoch beſitzen und gebrauchen, geſchützet haben will, das Herbringen und der ehemahlige Beſitz dem Erb-Meyer-Recht aber nicht zu ſtatten komme, daher unter den damahligen Beſitz kein anderer, als derjenige verſtanden werden könne, welchen der Geſetzgeber durch die Policey-Ordnung beſtätiget hätte (*).

Es wird dieſer Einwurff einen Titio in den Mund geleget, der vorhin behaupten wolte, die Meyer wären keine Acker-Leute, die den Guths-Herrn den Zins entrichten. Unterdeſſen iſt ſolcher ſo glücklich geweſen, dem Cajo, womit er redend eingeführet wird, dennoch zum gänzlichen Stillſchweigen zu bringen.

Hätte dieſer gefällige Mann aber nicht, wenn er gewolt, darauf antworten können, daß ſein Gegner Sätze als ausgemacht annehme, die irrig und wenigſtens im Streit ſind? Denn es iſt falſch und beſtändig geleugnet, daß A. 1668. die wohlhergebrachte Gerechtigkeit der Meyer in einen Pacht-Recht beſtanden. Nimmer iſt ſolches von Lud-

(*) S. 77.

Ludwig und Kappeln, noch in der Commentation de jure Villicorum behauptet, und offenbahr, daß der Salzthalumſche und Gandersheimſche Land-Tags-Abſchied wenigſtens ſo viel auſſer Zweifel ſetzen, daß während des Braunſchweigſchen langjährigen Beſitzes den Meyern ein Erb-Recht zugeſtanden, mithin muß im Jahr 1668. die Obſervanz das Erb-Meyer-Recht nothwendig beſtätiget haben. Eben ſo unerwieſen iſt es, daß vermöge der Policey-Ordnung die Meyer-Güter nicht erblich ſind, und vorhin gezeiget, wie ſolche entweder von Agris ambulatoriis zu verſtehen, oder keine verbindliche Kraft habe.

Wenn man ſich aber auf dieſes alles auch nicht beruffen wolte, ſo kann gleichwohl Chur-Fürſt Maximilian Heinrich p. m., auf deſſen Meinung und Willen es ankomt, nicht geglaubet haben, daß nach den Herkommen und damahligen Beſitz den Meyern kein Erb-Recht zuſtehe. Denn er verſprach denen, welche zu ihren Höfen wiederum kommen würden, und derſelben Erben einen beſtändigen Beſitz ſolcher Höfe, welches voraus ſetzet, daß Er geglaubet, wie A. 1668. das Erb-Recht unter die alt hergebrachte Befugniſſe der Meyer gehöret habe. Jederman ſiehet, daß ſonſt in den Patent ein offenbahrer Wiederſpruch enthalten, und dasjenige, was mit der einen Hand gegeben, mit der andern wieder entzogen, folglich diejenige, welche in der Hofnung, ſich und den ihrigen einen beſtändigen Beſitz der unterhabenden Höfe zu erwarten, deren Cultur übernommen, auf das Eiß geleitet und veranlaſſet wären, andern zum Beſten groſſe Mühe und Koſten aufzuwenden. Dergleichen Abſicht dem glorwürdigſten Geſetzgeber beyzulegen, ein ahndungswürdiges Verbrechen ſeyn würde.

Das

Das fünfte Capittel.

Das Erb-Recht der Hildesheimiſchen Meyer iſt durch viele Reſolutiones der Landes-Regierung und richterliche Erkäntniſſe beſtätiget.

§. I.

Diejenige, welche von keinen Erb-Meyer-Recht etwas wiſſen wollen, geben ſolches für eine neue Geburth und dem Herkommen zuwieder lauffendes Paradoxon aus. Um deſſen Ungrund zu zeigen, iſt in den Bericht von Abmeyerungs-Recht mit vielen ältern und neueren Erkäntniſſen dargethan, wie nicht nur verſchiedene Juriſten-Facultäten, ſondern ſelbſt die Stift Hildesheimiſche Regierung das Erb-Recht der Hildesheimiſchen Meyer erkannt, und ihre Urtheile darauf gegründet haben. Dieſe ſuchet der Verfaſſer der Nachrichtt theils zu beſtreiten, theils anders auszulegen, weswegen ſeine dagegen gemachte Einwendungen geprüfet werden müſſen.

§. II.

Er wirft alſo erſtlich ein: Die in den gründlichen Bericht von Abmeyerungs Recht befindliche Anlagen O. P. Q. T. wären nie in beglaubter Form produciret (*).

Jederman erkennet leicht, wie es nicht möglich ſey, gedruckten Schrifften Anlagen in Originali beyzufügen. Die für das Erb-Meyer-Recht angeführte Erkäntniſſe, ſind alle in der Stift Hildesheimiſchen Regierung Händen, und wenn ſie verfälſcht wären, hätte ſelbi-

(*) S. 78.

ſelbige deſſen Beweis der Welt lange vor Augen geleget, und dem Verf. der Nachricht richtigere Abſchriften davon mitgetheilet um das abgegebene Atteſtat zu behaupten. Von denen Urkunden, welche aus den Landſchaftlichen Handlungen genommen ſind, können aber die Originalia dem Richter auf Erfordern, jedesmahl vorgeleget werden.

§. III.

Es ſollen zweitens die Gravamina deswegen in gegenwärtiger Sache nichts erheben, weil ſelbige keine Landes-Geſetze ſind (*)

Sie erweiſen aber (1) wie die Ritterſchafft und Städte zu aller Zeit die Meinung geheget, daß denen Meyern vermöge des Herkommens und der Land-Tags-Abſchiede ein Erb-Recht zuſtehe, mithin dieſes keine neuerliche Erfindung ſey.

Es ſind auch (2) nicht blos Gravamina, worinn man ſich gründet ſondern als das Sede impedita adminiſtrirende Hochwürdige Dohm-Capitul, auf ſelbige, mithin auf die über die Abmeyerung geführte Beſchwerden nichts verfügen wolte, ſo iſt ihm ſolches per Reſolutionem Caeſaream befohlen, und ſolcher zu Folge, in deſſen Nahmen, von den Canzley-Director Berning den 9. März 1712. bey einer Verſamlung der Stände zu Protocoll gegeben:

> Man wüſte ſich ſolcher angegebenen Abmeyerung nicht zu entſinnen, es könnte dann ſeyn, und wohl mehrmahlen geſchehen, daß der Colonus dem Guths-Herrn, ſo wie ſich das gebührte, nicht vorginge, ohne deſſen Vorwiſſen und Belieben von der unterhabenden Länderey verſezte, oder in Abführung des jährlichen Canonis ſäumig würde, und ſolchen von Jahren zu Jahren aufſchwillen lieſſe, welchen-

(*) S. 44. 85.

chenfals denn hart ſeyn wolte, wenn dem Guths-Herrn nicht erlaubt und frey ſtehen ſolte, eine Veränderung hierunter zu machen, und an ſtatt dieſes übeln oder ſonſt per puram culpam herunter gekommenen Haußhalters einen andern anzunehmen. Wann nun ſolche Abmeyerung etwa vorgienge, und der abgemeyerte dabey acquieſcirte, ſo bliebe es dabey, geſchähe es aber, daß derſelbe ſich darob graviret befinde, und deswegen bey Fürſtl. Canzley Klagen einführte, ſo würde er gehöret, die Sache ausgeführet und ihm ohnpartheyiſche Juſtitz darunter adminiſtriret

Wolte man auf dieſe, eine willkührliche Abmeyerung offenbahr ausſchlieſſende und misbilligende Erklährung, ſo wie der Verfaſſer der Nachricht auf die Anlage P. des Berichts vom Abmeyerungs-Recht thut (*), erwiedern, daß die Reden des Canzley-Directoris Diſcurſe wären, welche weniger Glauben verdienten, als das von Churfürſtl. Regierung ertheilte Atteſtat, ſo würde die Unerheblichkeit ſolcher Antwort jedermann in die Augen fallen. Denn eines Theils mag dasjenige, was bey Landſchaftlichen Verſammlungen zu Protocoll gegeben wird, ohnmöglich als nichts bedeutende Unterredungen angeſehen werden, und mögte man wiſſen, warum die Landes-Regierung, wenn es dergleichen ſind, ſolche niederſchreiben und den Ständen mittheilen lieſſe, wie von derſelben allemahl geſchiehet. Andern Theils ſind die damahligen Zeugniſſe der Hildesheimiſchen Regierung viel unpartheyiſcher, mithin auch glaubwürdiger, als diejenige, welche zu einer Zeit abgefaſſet worden, da bereits der Entſchluß genommen war, von denen Grundſätzen der Vorfahren abzugehen, und das veteres migrate Coloni ſo viel möglich in Uebung zu bringen.

§. IV.

(*) S. 79.

§. IV.

Gleichwie demnach beſagte Regierung und E. Hochwürdiges Dohm=Capitul daß Erb=Recht der Meyer anerkant hat, alſo ergiebet die dem **Bericht vom Abmeyerungs=Recht** beigefügte Anlage T. wie ein gleiches von denen ſieben Stifften und Feld=Clöſtern geſchehen. Hiergegen wird **drittens** eingewandt daß ſelbige die Meyer=Güter pro bonis emphyteuticis gehalten haben müſten (*).

Es läuft aber ſolches (1) gegen die Einſicht jener Anlage. Darin wird beydes des Emphyteutae und Coloni, der Erben=Zins= und Meyer=Güter gedacht, und ſelbige keinesweges verwechſelt, ſondern gebeten, daß ſowohl dem Emphyteutae als Colono ſub poena priuationis verbothen werden möge, Erben=Zinß oder Meyer=Güter ohne Willen des Domini Directi oder Guths=Herrn zu verkauffen oder zu verſetzen. Dem Colono allein aber ſolte aufgegeben werden, bey Verluſt der Meyerſtatt in 3, 6, oder 9 Jahren den Contract zu erneuern. Man ſonderte alſo dieſe beyde Gattungen von Gütern ſehr wohl von einander.

Geſezt jedoch (2) es wäre nicht geſchehen, ſo thäte ſolches der Sache nichts. Denn die Frage iſt nur davon, ob die ſieben Stifter und Feld=Clöſter den Meyern ein Erb=Recht eingeräumet und behauptet haben, daß ſelbige nicht ohne zureichende Urſachen ihrer Höfe entſetzet werden können. Dieſes bleibet allemahl gewis, ſelbige mogten nun mit vielen ältern Rechts=Lehrern glauben, das was die Römiſche Geſetze de emphyteuſi verordnen, bey Meyer=Gütern ſeine Anwendung fände, und ſie deswegen vor erblich halten, oder aus andern und gegründetern Urſachen der dieſſeitigen Meinung beipflichten.

§. V.

Es iſt noch übrig, daß auch die gerichtliche Erkäntniſſe gerettet werden, welche zu Beſtärkung des Erb=Meyer=Rechts beigebracht, in der Nachricht aber angefochten ſind.

Nach

(*) *p. 78.*

Nach des Herrn Gegners Meinung, handelt alſo viertens das Reſcriptum vom 22ten Sept. 1651. (*), von etwas zufälligen, und man ſoll, ſo wie darin geſchehen, dem Meyer-Zinß ein Vorrecht bey entſtehenden Concurſen beilegen können, ohne zu glauben, daß denen Meyern ein Erb-Recht zuſtehe (**).

Allein, wenn der Contractus villicalis eine bloſſe Conductio temporaria iſt, ſo iſt der Meyer-Zinß weiter nichts als ein Locarium, dem kein mehreres Vorrecht im Concurs, als jedem andern Pacht-Gelde zukomt. Dieſem haben nimmer, weder Struv und Richter, noch ſonſt jemand deswegen einen Vorgang beigeleget, weil es certam ac determinatam quantitatem ausmacht. Die Verfaſſer des Reſcripts müſſen alſo den Meyer-Zinß vor etwas anders gehalten haben, und es iſt daher nichts zufälliges, ſondern ein deutliches Zeichen ihrer Meinung, wenn ſie wollen, daß, vermöge der Rechte und Landes-Conſtitutionen, ſolcher andern Schuldforderungen vorgezogen werden ſolle. Denn dieſe Rechte und Landes-Conſtitutiones legen nirgend den Meyer-Zins dergleichen Vorrecht ausdrücklich bey, ſondern finden bey ſelbigen nur alsdenn Platz wenn man ihn nicht als ein ſimplex locarium betrachtet (***).

§. VI.

Fünftens ſoll die Anlage Q. (****) nicht vor, ſondern gegen das Erb-Meyer-Recht ſtreiten, weil darin ausdrücklich enthalten, daß dem Cloſter frey ſtehe über ſein Land nach Belieben zu diſponiren, mithin ſelbiges nur auf die Regulas charitatis verwieſen worden.

Allein

(*) In der Anl. zum gründlichen Bericht vom Abmeyerungs-Recht *Lit. O. p. 26.*

(**) S. 78.

(***) S. meines Vatters *Comment. de Iure Villicorum X, 4.*

(****) Gründl. Bericht von Abmeyerungs-Recht p. 27, 28.

(*) S. 79.

Allein die Stift Hildesheimiſche Regierung war in dieſem Beſcheide der Meinung, daß, nach Anleitung der vorhin auf die geführte Land-Tags-*Gravamina* ertheilten *Reſolution* (*), es wieder die chriſtliche Liebe wäre, einen Meyer, wenn er die praeſtanda richtig praeſtiret, dabey die Landes-Onera der Gebühr abträgt, andern zum Vortheil abzumeyern. Es iſt alſo das Erkäntnis auf eine chriſtliche Liebe gegründet, welche die auf die Gravamina ertheilte Reſolution zum Iure perfecto machet. Auf eine andere Verbindlichkeit zur Tugend kann auch der Richter keine Rechtsſprüche bauen. Hieraus ergiebet ſich ebenfals, wie die freye Diſpoſition, die man dem Cloſter von ſeinen Lande einräumet, nur von dem Fall zu verſtehen ſey, wenn ſolche Umſtände eintreten, welche die Abmeyerung erlauben.

§. VII.

Gegen das den 31ten März 1718. abgelaſſene Reſcript ſub R. (**), worin dem Amt Poppenburg befohlen wurde, einen Meyer Nahmens Schiermann, den ſein Guths-Herr das Collegium Societatis Ieſu des Hofes entſetzen wolte, bey der Meyer-Statt zu ſchützen, wird ſechſtens eingewand, daß ſolches Mandat vielleicht nachher caßiret worden, oder das Factum beſonders beſchaffen geweſen ſeyn werde; wenigſtens könne ſelbiges einen dritten nicht präjudiciren, noch ein Ius inter omnes bewürken (***).

Wäre in den angeführten Fall nachher ein anders erkandt, oder bey ſelbigen ſonderbahre Umſtände fürhanden geweſen, ſo hätte der Verfaſſer der Nachricht, dem die Regiſtraturen der Chur-Fürſtl. Regierung ſo wohl, als der Clöſter offen geſtanden, ſich gewis nicht mit den bloſſen vielleicht beholffen, ſondern die Sententiam reformatoriam,

(*) Worunter vermuthlich diejenige verſtanden wird, welche §. 2. angeführet worden.

(**) Gründl. Bericht S. 28.

(***) S. 90, 91.

toriam, oder die beſondern Umſtände ans Licht gebracht. Beides thäte jedoch nicht einſt etwas zur Sache. Denn es komt gegenwärtig bloß auf die Grund-Sätze an, welche die Stift Hildesheimiſche Regierung damahls von der willkührlichen Abmeyerung hatte. Dieſe ſind in den Mandat deutlich enthalten, und darin mit vielen Gründen gezeiget, wie man dem Guths-Herrn die Befugnis, ſeinen Meyer nach Belieben zu verſtoſſen, nicht zugeſtehen könne. Hätte das Collegium Soc. Jeſu den ſtreitigen Fall nachher erläutert, mithin dadurch, daß es gezeiget, wie gegründete Urſachen zur Abmeyerung fürhanden, ein ander Erkäntnis ausgewürket; ſo blieben jene Sätze dennoch richtig, und kämen denen Meyern, welche, ohne hinreichende Urſachen, ihrer Höfe entſetzet werden wollen, zu ſtatten. Uebrigens behauptet man keinesweges, daß allein dieſes Mandat ein Ius inter omnes bewürken könne. Solches beſtärket aber nebſt ſo vielen andern Praejudiciis den Satz, daß die willkührliche Abmeyerung der Landes-Obſervanz zuwieder läufet.

§. VIII.

Es ſoll ſiebendens nichts hindern, wenn in der Anlage S. (*) das Cloſter S. Michaelis ſchuldig vertheilet worden, Berend Wittenberg bey einer halben Hufe Meyer-Landes zu laſſen, und ſelbigen damit gewöhnlicher maaſſen, zu bemeyern, weil die vorgeweſene Abmeyerung hinterliſtig geſchehen ſey (**).

In beſagten Erkänntniß wird aber nicht die von dem Guths-Herrn intendirte Abmeyerung hinterliſtig genannt, ſondern nur geſaget, daß der Amts-Voigt Wellerſen die Abmeyerung hinterliſtig geſucht habe, und er wegen der darin angeführten Umſtände in Strafe vertheilet. Hierdurch mogte der Guths-Herr an ſeiner Befugnis keinen Abbruch leiden, wenn er dergleichen hatte, noch wurde ſelbiger einer

(*) Gründl. Bericht S. 29. (**) S. 92.

einer Hinterliſt beſchuldiget. Man mag auch nicht behaupten, daß es eine hinterliſtige Abmeyerung zu nennen, ſo oft der Guths-Herr das Land andern vor den bisherigen Zinß einthun will. Denn nicht zugedencken, daß derſelbe auch hierzu gute, alle böſe Abſichten ausſchlieſſende Urſachen haben, und ihn inſonderheit die beſſere Eigenſchaften des neuen Meyers dazu bewegen können, ſo würde auf ſolche Weiſe die Abmeyerung bloß in den Fall erlaubt ſeyn, wenn zugleich der Zinß erhöhet wird. Eben dieſer Fall iſt es aber, worin nach denen in der Anlage R. ſehr wohl ausgeführten Urſachen das gemeine Beſte ſolche nicht erlaubt, und daher höchſt unwahrſcheinlich, daß der Geſezgeber die Verjagung der Meyer, wenn ſie ihm und dem Lande nachtheilig, zugelaſſen, unter weniger ſchädlichen Umſtänden aber verbothen haben ſolle.

§. IX.

Auf das in Sachen Algermiſſen gegen die Brabeckiſche 4 Koth-Saſſen Anno 1729. abgegebene Erkäntnis wird (*) achtens geantwortet, daß ſolches bloß das Poſſeſſorium entſchieden habe (**).

Allein auch ſolchenfals iſt dadurch das Gegentheil von demjenigen gebilliget, was der Verf. der Nachricht (***) zu behaupten ſuchet, wie nemlich das Petitorium ſo offenbahr gegen die Meyer ſey, daß ſelbigen nicht einſt eine Manutenenß angedeihen könne.

§. X.

Die in Abmeyerungs-Sachen Heynemeyer wieder den Schatz-Raht von Bock den 17. April 1734. eröfnete Urtel (****) ſoll neuntens

(*) *Comment. de Iure Villic. Cap. 8. §. 5. Not. (a) p. 301.*

(**) S. 95.

(***) S. 56.

(****) *Comment. de Iure Villic. cit. loc. p. 302.*

tens deswegen gegen den Guths-Herrn ausgefallen ſeyn, weil die Meyer-Jahre noch nicht verſtrichen geweſen (*).

Dieſes Angeben iſt aber eines Theils nicht erwieſen, und andern Theils nicht glaublich, weil ſolchenfals der Meyer auch nur auf gewiſſe Jahre bey den Hofe hätte müſſen geſchützet werden.

§. XI.

Endlich zehntens meinet der Verfaſſer der Nachricht, das Argument, welches aus dem Bericht der Stift Hildesheimiſchen Regierung in Sachen Caſſebaums wieder Daubers Erben genommen iſt (**), dadurch ſchwächen zu können (***), daß er vorgiebet, es ſey (1) in ſolchen Bericht von einer Abmeyerung vor verfloſſenen Meyer-Jahren die Frage geweſen, (2) geſchähe darin des Salzthalumſchen Land-Tags-Abſchiedes nur enunciatiue Erwehnung, und es ſey (3) das Wort auch disiunctive zu verſtehen; endlich werde (4) dem Meyer darin ausdrücklich ein bloſſes Ius ſimplicis coloniae eingeräumet, mithin komme ſolchen und ſeines gleichen kein Ius perpetuae coloniae zu.

Allein (1) iſt mit nichts erwieſen, daß von einer Abmeyerung vor abgelauffenen Meyer-Jahren die Frage geweſen. Müßte man indes ſolches zugeben, ſo behielte dennoch der aus dieſem Bericht geführte Beweis ſeine Kraft. Denn man will damit nur zeigen, daß die Hildesheimiſche Meyer ſich in den Salzthalumſchen Land-Tags-Abſchied gründen können, und dasjenige, was darin verordnet worden, im Hochſtift recipiret und hergebracht ſey.

Dieſes wird aber in den Bericht ausdrücklich behauptet, wie denn (2) die Stift Hildesheimiſche Regierung auf ſolchen Land-Tags-Ab-

(*) S. 95.

(**) *Acceſſion. ad Commentat. de Iure Villicor. Obſ. 36. p. 97.*

(***) S. 83, 184.

Abſchied zu Rechtfertigung ihres Erkäntniſſes ſich ohnmöglich beruſen mögen, ohne voraus zu ſetzen, daß derſelbe eine geſetzliche Kraft im Hochſtift habe.

Eben ſo deutlich ergiebet (3) die bloſſe Einſicht des Berichts, daß nach ſolchen der Salzthalumſche Land-Tags-Abſchied und die Obſervanz übereinſtimmen ſollen, wie denn bekandtermaaſſen die Particula *aut* vim augmentandi hat, und iſt gar kein Verſtand heraus zu bringen, wenn man das auch alhier disiunctiue nehmen wolte.

Endlich (4) war das Ius ſimplicis Coloniae, ſo dem Meyer eingeräumet wurde, ein ſolches, welches dem Salzthalumſchen Land-Tags-Abſchied gemäs iſt, und man nannte die Coloniam nur in der Abſicht ſimplicem, um das Meyer-Recht von dem Iure emphyteuſeos zu unterſcheiden.

§. XII.

Nicht allein durch die bisher vertheidigte Rechtsſprüche iſt aber denen Meyern ein Erb-Recht beigeleget, ſondern es ſind eine Menge anderer Erkäntniſſe vorhanden, worin ein gleiches geſchehen. Von ſolchen ſind mir folgende zu Handen kommen.

1) Durch einen vom Amt Ruthe den 12ten Jun. 1716. ertheilten Beſcheid, wurde dem Guths-Herrn unterſaget, die Länderey einem andern Meyer einzuthun und den Zins zu ſteigern; laut Anl. 3.

2) In Sachen Schlüters Erben wieder den Cammer-Raht und Amtmann Coſterus, ſind beſagte Erben durch eine den 18. May 1720. von der Stift Hildesheimſchen Regierung geſprochene Urthel bey der väterlichen Meyerſtatt geſchützet, weil keine zur Abmeyerung hinlängliche Cauſales beſcheiniget worden, der Guths-Herr alſo nicht befugt geweſen, ohne Urſach mit den qu. Lande einen tertium zu bemeyern; laut Anl. 4.

3) Eben

3) Eben dieſelbe legte in Sachen des Predigers Candeler zu Wieri, wieder den Voigt Mildſchuh und Cord Mühlenberg, den erſten als Guths-Herrn, per Sententiam vom 17. Nov. 1734. nicht allein den Beweiß auf:

Daß die Pfarr-Länderey 30 und mehr Jahre an keine gewiſſe Meyerſtatt gebunden, ſondern unterſchiedlichen Colonis oder Meyern, Titulo locationis & conductionis ſeparatim ausgethan, und von denenſelben ohne Contradiction der Inhabere des Thielen Buſchen Hofes, gegen einen jährlichen Canonem oder Meyer-Zinß, beackert worden;

ſondern ſie behielt ſogar den Meyer dem Gegen-Beweis vor:

daß die, in dem Lauenburgiſchen Erb-Regiſter de 1593. befindliche Zehntfreye Pfarr-Länderey qu. dero Zeit dienſtpflichtig geweſen, in ſolcher Qualitaet als ein Pars integrans des gedachten Buſchen Hofes eingeſchrieben, und von den Patrono eccleſiae davor erkandt und gewilliget worden,

wie ſolches die Anlage 5. ausweiſet.

4) In der den 25. April 1740. bey den Chur-Fürſtlichen Hof-Gericht eröffneten Urthel, in Sachen Baſſe wieder den Herrn Dohm-Dechant und Statthalter von Loe, haben die Gieſſenſche Rechts-Lehrer die willkührliche Abmeyerung und Steigerung des Meyer-Zinſes, und zwar, wie die Rationes decidendi ergeben, aus denen in dem gründlichen Bericht vom Abmeyerungs-Recht angeführten Gründen mißbilliget. Siehe die Anlage 6.

5) Ein gleiches iſt von ſelbigen in Sachen des Vicarii Thoſſen wieder deſſen Meyer A. 1742. geſchehen, laut Anlage 7.

6) Dieſes Urthel iſt A. 1745. von der Erfurtiſchen Juriſten-Facultät, vermöge der Anlage 8. beſtätiget, und dem Guths-Herrn der Beweis auferleget, daß das qu. Land denen Bauren von alters her, nur allein pachtweiſe eingethan, auch, nachdem ſolcher Beweis

angetreten, aber nicht geführet worden, der Meyer bey der Stätte, per Sententiam vom 19. April, gelaſſen. S. Anlage 9.

7) In Sachen des Schafmeiſters Liehen, zu Wehmi, gegen den von Harleſſen, ſchützte das Amt Ruthe, vermöge der Anlage 10. den erſtern bey ſeinem Meyer-Recht, den 8. May 1744.

8) Das Chur-Fürſtliche Hof-Gericht hat gleichfals, wie die Anlage 11. ausweiſet, in einem, zwiſchen Heinrich Claren und der Wittwe Lütgers geführten Rechts-Streite, per Sententiam vom 27. Octobr. 1744. den Claren bey den prätendirten Erb-Meyer-Recht ſo lange manutenirt, bis leztere ein anders erweiſen würde.

9) Nicht weniger hat ſolches in Sachen Hames und Bohin, gegen die Gebrüdere Crimmeſſen das Erb-Meyer-Recht zum Grunde, ſeines den 11ten Mart. 1748. abgegebenen Erkäntniſſes geleget. Siehe die Anlage 12.

10) Ein gleiches iſt von ihm, in Sachen Engelcke und Stofregen wieder Bürgermeiſter und Raht zu Bockenem, geſchehen, laut Anlage 13.

11) Dieſes Erkäntnis wurde auch von der Göttingiſchen Juriſten-Facultät nach der Anlage 14. beſtätiget.

12) In Sachen des Hof-Cammer-Raht Abell gegen Berend Bültemann, haben die ICti Helmſtadienſes, in einer, den 10. Sept. 1748. eröffneten, in der Anlage 15. beigefügten Urthel, nicht einſt den Meyer, einer vorgehabten Veränderung wegen, des Guths entſetzet wiſſen wollen.

13) Noch in der, den 25. Octobr. des 1751. Jahrs, eröffneten, von Kiel eingeholten Urthel, in Sachen Iſenſen wieder die Vicarien bey der Dom-Kirche zu Hildesheim, ward abermahls auf das Erb-Meyer-Recht erkandt, wie die Anlage 16. zeiget.

13) End-

13) Endlich läſſet das löbliche Stift Hildesheimiſche Schatz-Collegium, um nicht das Anſehen zu haben, als billigte es eine Steigerung des Meyer-Zinſes, in ſolchen Fällen, da der Meyer ſie ſich gefallen laſſen, den Scheffel-Schatz nach den neuen Fuß nicht einfordern, und hat vielmehr in der Anlage 17. ausdrücklich ſich erkläret, wie es an der Steigerung des Meyer-Zinſes keinen Theil nehme.

§. XIII.

Das Argument, welches dieſe viele, das Erb-Meyer-Recht beſtätigende Erkäntniſſe enthalten, iſt um ſo ſtärker, da der Verfaſſer der Nachricht nicht mehr als vier Fälle auftreiben können, in welchen ſeinen Angeben nach, dem Guths-Herrn ein willkührliches Abmeyerungs-Recht zugebilliget ſeyn ſoll. Die von ihm zu ſolchem Ende beigebrachte Urtheile (*), ſind insgeſamt von auswärtigen Juriſten-Facultäten abgefaſſet, deren Ausſprüchen derſelbe jedoch weniger Kraft beileget, als denen, welche die Stift Hildesheimiſche Gerichte abgeben. Dieſſeits würde man ſie gerne gelten laſſen, wenn die Einſicht derſelben nur nicht ergäbe, wie faſt allemahl beſondere, das Erb-Meyer-Recht ausſchlieſſende Umſtände eingetreten.

In Sachen Bültemann wider Lehmann (**) hatte der Guths-Herr den Beweis, daß der Hof ein würkliches Pacht-Guth ſey, nicht nur übernommen, ſondern er war auch dadurch geführt, daß man dargethan, wie derſelbe vorhin an andere, titulo locati, ausgethan geweſen (***), und an dem Meyer nur auf gleiche Weiſe kommen.

In den Fall, wovon die Anlage N. 2. (****) handelt, geſchahe keine Praeſtatio canonis vniformis (*****), woraus die Qualitas praedii locati geſchloſſen worden.

In

(*) Anlage I. S. 135, 152.
(**) S. 135.
(***) S. 139.
(****) S. 140.
(*****) S. 143.

In der Anlage N. 3. (*) ſolte das Kauf- und Immißions-Document, wodurch dem Beſitzer das Guth eingeräumet war, ergeben, daß derſelbe ein nudus Colonus ſey (**).

Die Verfaſſer der Rationum decidendi N. 4. (***) äuſſern ausdrücklich (****), wie ſie nicht in Zweifel ziehen, daß die Landes-Fürſtliche Verordnungen, ein Ius perpetuae coloniae immutabile einführen, und leugnen nur, daß die angezogene Rationes, auf den in Frage gekommenen Fall anzuwenden ſind, weil der Canon öfters verändert, dem Meyer auch blos ein Ius coloniae limitatum ad certum tempus ſub clauſula reſolutiua ertheilet war.

Dieſe Entſcheidungen wiederſprechen alſo den dieſſeitigen Sätzen keinesweges, ob gleich in denen Rationibus decidendi verſchiedenes enthalten, womit man nicht einig ſeyn kan.

Das ſechſte Capittel.

Der Meyer iſt währenden Streits über der Frage: ob ihm ein Erb-Recht zuſtehe? bey dem Beſitz des Hofes zu laſſen.

§. I.

Es iſt von den hochpreißlichen Kayſerl. Cammer-Gericht (*), auch den Stift Hildesheimſchen Hof-Gericht erkandt, daß, wenn der Guths-Herr das Erb-Recht ſeines Meyers in Zweifel ziehet, und darüber

(*) S. 145.
(**) S. 148.
(***) S. 149.
(****) S. 150.
(*) *Acceſſ. ad Ius Villic. Obſ. 35. p. 88.*

darüber mit ſelbigen in Streit geräth, der leztere ſo lange bey den Beſitz des Hofes gelaſſen werden müſſe, bis jene Frage durch richterlichen Spruch entſchieden worden. Auch dieſen Satz hat der Verfaſſer der Nachricht als einen der verfänglichſten, wie er ihn nennet (*), nicht unangefochten gelaſſen, und wenn er ſelbigen über den Hauffen werffen könnte, ſo würde es faſt unnöthig ſeyn, ſich mit Erörterung der Haupt-Frage viele Mühe zu geben. Die mehreſte Meyer gerathen, ſo bald ſie ihrer Höfe entſetzet ſind, in eine ſolche Armuth, die ſie unvermögend machet, ihr Recht in Petitorio auszuführen, und inſonderheit die Koſten zu tragen, welche die im Stift Hildesheim unvermeidliche Appellationes an die höchſte Reichs-Gerichte, und die Executiones der Käiſerlichen Erkäntniſſe erfordern. Selbige ſind alſo dem Guths-Herrn völlig in die Hände geliefert, wenn mit ihrer Entſetzung, der Anfang des Proceſſes gemachet werden kann. Daher dasjenige nicht unbeantwortet zu laſſen, was zu Erreichung ſolcher Abſicht in der Nachricht vorgebracht worden.

§. II.

Der Haupt-Einwurf des Gegners iſt dieſer, der Guths-Herr habe das gemeine Recht vor ſich. Was dagegen eingewand werde, wären Zweifel und keine Geſetze, welche von dem Richter zum Grunde eines Erkäntniſſes nicht geleget werden mögten (**).

Nun verordnen zwar (1) die gemeine Rechte, daß nach abgelauffener Pacht-Zeit dem Pächter kein Beſitz zu ſtatten kommen ſolle; ſie ſagen aber nicht, daß die Pacht-Zeit eines Meyers mit deſſen Tode ablauffe, ſondern überlaſſen es dem Willen der contrahirenden Theile, wie lange ſolche dauren ſolle, und wollen, daß, wenn dieſe Zeit nicht klar beſtimmet iſt, alsdenn dasjenige angenommen werde, was in gleichen Fällen andere, den Herkommen und Landes-Ver-

(*) S. 56.

(**) S. 56.

Verordnungen gemäs zu thun pflegen (*). Auf eben dieſe Weiſe iſt die Frage auszumachen: Ob alsdenn, wenn in den Meyer-Briefe gewiſſe Jahre ausgedrücket ſind, ſolches in der Abſicht geſchehen, daß nach deren Ablauf der Colonus den Hof verlaſſen ſolle, oder ob man nur eine deſto öftere Entrichtung des Weinkaufs auszudingen geſuchet? So lange hierüber geſtritten wird, muß derjenige, welcher im Beſitz iſt, dabey gelaſſen werden. Denn das Interdictum recuperandae poſſeſſionis findet gegen den Pächter nur Platz, wenn kein Zweifel obwaltet, daß die Pacht-Zeit abgelauffen, welcher Fall hier nicht fürhanden. Der Guths-Herr hat alſo keinesweges die gemeinen Rechte für ſich, und kann ich es dem Urtheil des unpartheiiſchen Leſers ruhig überlaſſen, ob diejenige Gründe, welche zu deſſen Beweiſe angeführet ſind, als nichts bedeutende Zweifel anzuſehen, auf die kein Richter ein Erkäntniß bauen möge.

Wenn man aber auch zugeben wolte, der Meyer müſſe ſich in einer Ausnahme, von der in den Römiſchen Rechten enthaltenen Regel gründen, ſo folgte dennoch hieraus (2) nicht einſt, daß ſelbiger, bevor ausgemacht worden, ob ſolches von ihn mit Recht geſchehen? des Hofes entſetzet werden könne. Denn ſolchenfals beruft man ſich nicht darauf, daß dieſem oder jenem Meyer eine Ausnahme zu ſtatten komme, ſondern behauptet, daß dasjenige, was in den Römiſchen Rechten von den Interdictis contra conductores competentibus feſtgeſtellet worden, überhaupt bey denen Meyern im Stift Hildesheim, wegen der daſelbſt vorhandenen Landes-Ordnungen und Verträge keinen Platz finde. Wer hat aber jemahls gelehret, daß wenn es zweifelhaft, ob dem Iuri communi per ſtatuta derogiret worden, der Poſſeſſor pendente lite des Beſitzes entſetzet werden könne? Auch derjenige, welcher ſich in einen beſondern ihm allein zu ſtatten kommenden Pacto gründet, muß deswegen ſo lang in Poſſeſſorio geſchützet werden, bis ſeine Exception in petitorio verworffen iſt. Der von dem

(*) Dieſe Sätze ſind im 1. Cap. §. 3. ausgeführet.

dem Gegentheil angeführte Mevius, redet von gegenwärtiger Frage gar nicht, ſondern von einen Erkäntniß in petitorio, und die aus dem Lyncker angezogene Stellen treffen nicht zu. Es kann auch kein Mandatum S. C. abgegeben werden, ſo lange der Recht-Satz worauf ſolches zu gründen, Zweifeln unterworfen. Ein Satz iſt aber gewiß zweifelhaft, von dem mit Anſchein behauptet wird, daß er durch die Provinzial-Rechte abgeändert ſey. Wenn auch das Ius Commune noch ſo liquid iſt, der Impetrat zeiget aber, daß ſolches auf den in Frage kommenden Fall nicht zu appliciren, und z. E. ſich einer ſeines Rechts begeben hätte, ſo erfolget eine Caſſatoria Mandati S.C. Eben ſo wenig mag man einwenden, daß der Titulus, woraus der Meyer bey dem Hofe geſchützet zu werden ſuchet, währender Pacht hinzugekommen ſey; nach klarer Maasgabe der Römiſchen Rechte, aber der Pächter, bey den ihm eingethanen Guth, nicht einſt unter den Vorwand des erlangten Eigenthums, gelaſſen werden möge. Denn auch dieſe Regel trit nur alsdenn ein, wenn die Pacht-Jahre abgelauffen, und der Pächter die gepachteten Sachen ex alio & nouo titulo behalten will: Es iſt aber ſo eben angemerket, daß hier darüber der Streit ſey, ob die Pacht-Zeit verfloſſen? Der Meyer will das Guth nicht anders als Pächter beſitzen, ſondern ſchützet nur vor, daß ihm ein erbliches Pacht-Recht ertheilet ſey.

§. III.

Dieſe Gründe ſind um ſo wichtiger, da ſie durch die Erkäntniſſe der höchſten Reichs-Gerichte beſtätiget worden, und es hat das hochpreißliche Cammer-Gericht, den Meyer mehrmahlen bey den Beſitz des Meyer-Hofes geſchützet.

Mittelſt des Mandats in Sachen Schaumburg wieder Schaumburg (*) geſchahe zwar ſolches hauptſächlich deswegen, weil dieſe Sache

(*) *Acceſſ. C. I.* S. 94.

che von dem Stift Hildesheimiſchen Hof-Gericht bereits rechtskräftig entſchieden war. Es iſt jedoch gegen den von den Verfaſſer der Nachricht gemachten Einwurf: daß ſolches Erkäntniß durch das irrige Vorgeben, als hätten die Braunſchweigiſche Land-Tags-Abſchiede im Stift Hildesheim eine geſetzliche Kraft, veranlaſſet ſey, wegen der dagegen von der Stift Hildesheimiſchen Regierung und den Appellaten geſchehenen Vorſtellung aber eine Paritoria nicht bewürket werden mögen; zu bemerken, wie bloß das Unvermögen, der aus ihrem Hofe verſtoſſenen, und dadurch ganz verarmten Klägerin, ſelbige gezwungen habe, den Proceß liegen zu laſſen.

Dieſer Umſtand thut jedoch zur Sache nichts, da keine Caſſatoria erfolget iſt, ſolche auch nur auf Exceptiones facti, nicht aber iuris hätte gegründet ſeyn können.

Es fehlet an andern Fällen nicht, und iſt Reichskundig, was in Sachen des Johann Joachim Wieſenhavern zu Graſtorf, gegen ſeinem Guths-Herrn den Vicarius Bertram ergangen. Man hat, um den erſtern das Erb-Recht an dem inne habenden Guth ſtreitig zu machen, ſich nicht nur auf die allgemeine Befugnis der Guths-Herrn, ſondern beſonders darauf berufen, daß ſein Hof ein Fundus dotalis Eccleſiae ſey. Er iſt indeß bey deſſen Beſitz nicht allein durch Cammergerichtliche Mandata und paritorias geſchützet, ſondern es ſind auch dieſe Erkäntniſſe, des dagegen ergriffenen höchſt unſtatthaften Recurſes auf den Reichs-Tag ohnerachtet, zur Würklichkeit gebracht, und nicht abzuſehen, was man hiergegen einwenden wolle (*).

Gleiche Grund-Sätze ſind von den höchſtpreißlichen Cammer-Gericht, wie die Anlage 19. und 20. zeigen, in Sachen Schierding gegen Schwalenberg befolget.

§. IV.

(*) S. auſſer denen beſonders herausgekommenen Schriften, hiervon Hn. **Moſers Einleitung zu den neueſten deutſchen Staats-Angelegenheiten**, *L. 3. Membr. 2. N. 9. Cap. 3. p. 201.*

§. IV.

Selbſt die Stift Hildesheimiſche Regierung ſchützte, nach des Verfaſſers eigenen Geſtändnis (*), in Sachen des Forſt-Schreibers Algermiſſen gegen die Brabeckiſche 4 Kothſaſſen, die Meyere in poſſeſſorio.

Eben dieſes iſt A. 1748. von dem Amt Ruthe durch die Anlage 21 geſchehen.

Das ſiebente Capittel.

Das gemeine Beſte des Landes erfordert, denen Meyern ein Erb-Recht zu gönnen, und die Stift Hildesheimiſche Land-Stände der Ritterſchaft und Städte ſind befugt der willkührlichen Abmeyerung zu widerſprechen.

§. I.

Es iſt in dem gründlichen Bericht vom Abmeyerungs-Recht nicht als ein Beweis des Erb-Meyer-Rechts, ſondern als ein Umſtand angeführet, der theils deſſen Urſprung erläutert, theils die Bemühungen rechtfertiget, welche die Stift Hildesheimſche Ritterſchaft und Städte ſich gegeben, um ſolches aufrecht zu erhalten, daß das gemeine Beſte des Landes erfordere, denen Meyern ein Erb-Recht beizulegen. Es lehret die tägliche Erfahrung, wie in denen Provinzen, wo die gemeine Laſten fürnemlich auf Aecker und Wieſen geleget ſind, der Bauers-

(*) S. 95.

Bauersmann gemeiniglich ſo viel an Landes- und Guthsherrlichen Abgiften von den cultivirenden Gründen abzutragen habe, daß man ihn, ohne ſeinen Ruin, nicht mit mehren beſchweren kann. Solte aber dem Guths-Herrn erlaubet werden, die Höfe denen meiſtbiethenden zu vermeyern, ſo leidet keinen Zweifel, daß ſie die Meyer-Zinſe noch höher treiben werden, als es bisher geſchehen. Gleichwie bey Pachtungen ſich vielfältig begiebet, daß die neue Pächter mehr ausloben, als ſie leiſten können, ſo geſchiehet es auch ohnfehlbar von denen Meyer-Leuten, wenn der Guths-Herr es auf eine Licitation ankommen laſſen darf. Dadurch würde der Landmann auſſer Stande geſetzet, die Onera publica auf die Länge abzuführen, und er könnte am wenigſten dasjenige bey auſſerordentlichen Zufällen aufbringen, was der Landes-Herr künftig zu fordern Urſach haben mögte. Die Steigerung der Zinſe läuffet alſo deſſen und des Landes Beſten entgegen, und dennoch verbirget es der Verf. der Nachricht ſo wenig, daß es eben dieſe ſey, die er vertheidiget, daß er ſogar nur diejenige Abmeyerung, wobey der Guths-Herr den Zinß erhöhet, vor erlaubt, alle übrige aber vor hinterliſtig, und deswegen für verbothen hält (*).

§. 11.

Die Gründe, womit ſelbiger zu zeigen ſuchet, daß ſeine Meinung dem gemeinen Beſten nicht entgegen lauffe, ſind überaus ſchlecht. Er wendet erſtlich ein, der Landes-Herr wiſſe am beſten, was des Landes Wohlfahrt erfordere, und würde Chur-Fürſt Maximilian Heinrich die willkührliche Abmeyerung in der Policey-Ornung nicht erlaubt haben, wenn ſie derſelben zuwieder ſey (**).

Allein (1) iſt vorhin bemerket, wie es annoch ſtreitig, ob in der Policey-Ordnung allen und jeden Guths-Herrn eine willkührliche Abmeyerung verſtattet worden.

Müßte

(*) S. 80. (**) S. 10.

Müßte man ſolches aber auch zu geben, ſo wäre dennoch (2) der Behelf ungegründet. Denn die Frage, ob eine Verordnung dem gemeinen Beſten gemäs ſey? läſſet ſich nicht aus der Gewalt und den Anſehen des Geſetzgebers entſcheiden, ſondern es müſſen die vor und gegen ſolche angeführte politiſche Gründe geprüfet werden. Wie oft ändert auch der weiſeſte Fürſt die von ihm vorhin publicirte Geſetze? welches nicht geſchehen könnte, wenn was derſelbe verordnet, allemahl unverbeſſerlich wäre.

Das Anſehen des Geſetzgebers kommt jedoch (3) dem Gegentheil nicht zu ſtatten. Denn ſelbſt Weyl. Chur-Fürſt Maximilian Heinrich hat nach publicirter Policey-Ordnung die Meyere und ihre Erben durch das Edict von 1668. eines beſtändigen Beſitzes verſichert, und darin die Gründe, warum ſolches nöthig ſey, angeführet. Er hielte alſo die willkührliche Abmeyerung vor ſchädlich, und eben dieſes iſt mit vielen triftigen Beweisthümern in den Regierungs-Mandat vom 31ten Märtz 1718. (*) dargethan.

§. III.

Man wirft zweytens ein, dem gemeinen Weſen ſey mehr an der Aufnahme des Hofes, als des Meyers gelegen. Jener würde aber alsdenn füglicher erhalten, wenn dem Guths-Herrn frey bleibe, den tauglichſten Meyer auszuwählen, und den Hoff damit zu beſetzen, als wenn derſelbe ſich einen Müßiggänger, Sauff- und Spiel-Bruder aufdringen laſſen müſſe (**).

Nun iſt (1) bereits angeführet, wie dasjenige, was der Verf. der Nachricht vertheidiget, eigentlich die Art der Abmeyerung ſey, welche in der Abſicht geſchiehet, um den Meyer-Zinß zu ſteigern. Wie dieſe zu der Aufnahme des Hofes gereichen könne, iſt nicht abzuſehen. Ein

(*) S. den gründl. Bericht von Abmeyerungs-Recht S. 28.

(**) S. 105, 106.

Ein jeder erkennet auch leicht, daß derjenige, dem ein Erb-Recht an den Hofe zuſtehet, ſich deſſen Cultur mit mehrern Fleiß angelegen ſeyn laſſen werde, als ein fremder, dem derſelbe Pachtsweiſe eingethan iſt, und der alſo nur dahin ſiehet, wie er ſolchen, währender kurzen Zeit ſeines Beſitzes, am beſten nutze, es mag das Land ausgeſogen werden oder nicht.

Daß (2) zu vermuthen, ein die Erhöhung des Zinſes zum Endzweck habender Guths-Herr werde denjenigen Meyer wehlen und erhalten, welcher dem Hofe am beſten vorſtehet, und die öffentlichen Abgaben am richtigſten abträget, daran zweifelt man billig ſehr. Der meiſtbiethende würde gemeiniglich den Vorgang haben. Inſonderheit ſehen die geiſtlichen Guths-Herrn natürlicher Weiſe mehr auf ſich, als ihre Nachfolger, und mögten wohl die wenigſte mit geringern Aufkünften ſich vergnügen, damit ihre Nachfolger die Höfe im beſſern Stande empfangen.

Wie indes (3) kein Guths-Herr, auch nach den diſſeitigen Sätzen ſchuldig ſey, einen Meyer auf den Hoff zu nehmen, der ſolchem vorzuſtehen auſſer Stande, hat der Herr Gegner ſelbſt angeführet (*). Die proceſſualiſche Weitläuftigkeiten, welche derſelbe fürchtet, wenn die Abmeyerung nur aus gegründeten Urſachen geſchehen darf, ſind auch theils unerfindlich, theils würden ſie es nimmer rechtfertigen, wenn man um ſolche zu verhüten, denen Meyern das ihnen zuſtehende Erb-Recht nehmen wolte. Die Beſchwerlichkeit, welche den Guths-Herrn daraus zuwächſt, kan in keine Vergleichung mit den Nachtheil geſetzet werden, den die öffentlichen Caſſen erleiden, wenn der Meyer-Zinß willkührlich geſteigert werden dürfte.

§. IV.

Es ſoll drittens die willkührliche Abmeyerung dem gemeinen Beſten deswegen nicht entgegen ſeyn, weil ſolche in den Chur- und Fürſtl. Braun-

(*) S. 106.

Braunſchweigiſchen Landen üblich, daſelbſt aber keine übele Folgen nach ſich ziehe (*).

Nun lieſſen ſich zwar Urſachen angeben, warum allenfals im Calenbergiſchen und Göttingiſchen die willkührliche Abmeyerug weniger ſchädlich wäre, als im Stift Hildesheim, weil nemlich daſelbſt die Steuren nicht hauptſächlich von der Länderey abgeführet werden, und bey den eingeführten modo collectandi der groſſe Meyer vorzüglich wohl fähret. Es iſt jedoch bereits oben gezeiget, wie ſelbige wederin den Chur-noch Fürſtl. Braunſchweigiſchen Landen in regula erlaubt ſey.

§. V.

Es heiſſet viertens, man müſſe den guten Gebrauch des Abmeyerungs-Rechts wegen des zu befürchtenden Mißbrauchs um ſo weniger verwerffen, als die Stift Hildesheimiſche Regierung nicht abgeneigt ſey, Abmeyerungen, die dem gemeinen Weſen ſchädlich, zu verhüten (**)

Allein eine jede Abmeyerung, die um den Zinß zu ſteigern geſchiehet, iſt ſchädlich, und ein Geſetzgeber ſuchet billig, wenn der Mißbrauch häufiger, als der Gebrauch iſt, auch die Gelegenheit zu jenen abzuſchneiden. Von der Stift Hildesheimiſchen Regierung kan nicht verhütet werden, daß keine dem gemeinen Weſen ſchädliche Abmeyerung geſchehe, wenn ſie annimmt, daß in Meyer-Sachen kein Poſſeſſorium Platz finde, der Meyer ein bloſſer Pächter ſey, und der Guths-Herr ſeinen Hof den meiſtbiethenden einthun dürfe. Denn auf die chriſtliche Liebe und Billigkeit mag ſelbige ſolchenfals den Guths-Herrn nicht verweiſen, und dieſer würde ſich, wenn es geſchähe, mit Recht an die höchſten Reichs-Gerichte wenden. Der Meyer muß alſo den Hof ſo fort räumen, und in petitorio einen ſchweren, ja den mehreſten ganz ohnmöglichen Beweis führen, daß nemlich, beſonderer Umſtände halber, bey ihm eine Aus-

(*) S. 100, 101. (**) S. 109.

Ausnahme eintrete. Es wäre zu wünſchen, daß der Verfaſſer der Nachricht wenigſtens angezeiget hätte, in was vor Fällen die Billigkeit und das gemeine Beſte erfordere, daß ein Guths-Herr den Meyer das Guth laſſe. Er führet das Reſcript in Sachen Schiermann gegen das Collegium Soc. Jeſu als einen Beweis an, wie die Stift Hildesheimiſche Regierung nicht abgeneigt ſey, die Meyer befundenen Umſtänden nach bey den Höfen zu ſchützen. Man könte zufrieden ſeyn, wenn die in ſolchen enthaltene Grund-Sätze als die Regel angenommen würden, nach welcher die Billigkeit, oder Unbilligkeit einer Abmeyerung zu beurtheilen. Eine an keine Regel gebundene, und nach der bloſſen Wikühr des Richters zu beſtimmende Billigkeit, iſt aber etwas ſehr mißliches.

§. VI.

Da dieſemnach die Wohlfahrt des Landes allerdings erfordert, daß man denen Guths-Herren keine willkührliche Abmeyerung verſtatte, ſo haben löbl. Ritterſchaft und Städte groſſe Urſach ſich dawieder zu ſetzen, daß die das Erb-Recht der Meyer befeſtigende Geſetze umgeſtoſſen werden. Der Verf. der Nachricht äuſſert aber an verſchiedenen Stellen derſelben fünftens, es würde nicht ſowohl des gemeinen Beſtens als der Religion wegen denen Abmeyerungen wiederſprochen, und ſolche ſo beſchwerlich gemacht, weil die Bauren das Mäntelchen der Glaubens-Genoſſenſchaft kennen gelernet.

Es thäte nun nichts zur Sache, wenn dieſe Vorwürfe wahr wären, weil man nur fordert, daß denen Meyern dasjenige gelaſſen werde, was ihnen die Land-Tags-Abſchiede und Landesherrliche Edicte zu billigen, und hierauf beſtehen kann, es geſchehe aus welchen Urſachen es wolle.

Man mag den Evangeliſchen Ständen nicht anmuthen, daß ſie der catholiſchen Geiſtlichkeit die Freyheit bewürken helffen ſollen, die Evangeliſche Meyer zu verjagen. Im Stift Hildesheim ſind die mehreſten

reſten Richter catholiſch, und bey denen höchſten Reichs-Gerichten von beyden Religionen. Wie kann man alſo glauben, daß die, denen Meyern zu ſtatten kommende viele Iudicata durch die Glaubens-Genoſſenſchaft veranlaſſet worden? Vielmehr iſt zu vermuthen, daß die Glaubens-Genoſſenſchaft die catholiſche Guths-Herrn beweget, das Erb-Recht der Meyer ſo heftig zu beſtreiten, und daß ihre Abſicht dahin gehe, mit Ausſchaffung der bisherigen Beſitzer aus weniger fetten Landen Colonien von ihren Glaubens-Genoſſen ins Hildesheimiſche zu führen, ſo bald das willkürliche Abmeyerungs-Recht behauptet iſt.

Man wünſchet nichts mehr, als daß die Religion nicht in den gegenwärtigen Streit geflochten werde. Sie thut zu deſſen Entſcheidung überall nichts, weil man den Evangeliſchen Meyern weder ein neues Recht beilegen, noch denen catholiſchem Guths-Herrn eine ihnen zukommende Befugnis nehmen will, ſondern die Frage nur davon iſt, was die bereits vorhandene Geſetze mit ſich bringen? Iſt die willkührliche Abmeyerung gegründet, ſo kann denen Guths-Herrn nicht gewehret werden, ihre Güther, an welche ſie wollen zu verpachten, wenn gleich viele von ihnen ſolches als ein bequemes Reformations-Mittel anſehen ſolten. Stehet hingegen den Meyern ein Erb-Recht zu, ſo muß ihnen ſolches bleiben, wenn es auch zum Nachtheil der catholiſchen Religion gereichte. Der Augenſchein erweiſet, wie der 10te §. der Vindiciarum (*), wogegen der Verf. der Nachricht ſeine Wiederlegung (**) hauptſächlich gerichtet, bloß durch die der löblichen Ritterſchaft und Städte gemachte gehäßige Vorwürffe veranlaſſet ſey. Man weis auch nicht, was der Gegner mit denen in Strackiſchen Sachen gegen den catholiſchen Clerum angehobenen Stachel-Schrifften, und darauf von den clöſterlichen Advocato geſetzten Trumpf ſagen wolle, weil weder ich, noch mein Vatter dieſe Schrif-

(*) *Acceſſ. ad Com. de Iure Villic. p. 159.*

(**) S. 97.

Schriften jemahls geſehen. Durch Stachel-Schriften, Trümpfe und Injurien gewinnet man übrigens keine Proceſſe.

§. VII.

Die löbliche Ritterſchaft und Städte bewegen aber nicht allein politiſche Urſachen billig, die willkührliche Abmeyerung nach allem Vermögen zu behindern, ſondern ſie ſind auch befugt ſolches zu thun. Der Verf. der Nachricht ſucht ihnen dieſes Recht ſtreitig zu machen, und mahlet ihren Wiederſpruch auf das gehäßigſte ab. Weil man ſich auf die von ihnen übergebene Grauamina berufen, ſo giebet derſelbe ſechſtens vor, man ſuchte den Willen des Landes-Herrn in ein Votum conſultatiuum, der Land-Stände ihren aber nicht allein in ein Votum deciſiuum, ſondern ſogar in legislatoriam poteſtatem zu verwandeln, und alſo den Statum publicum im Stift umzukehren (*).

Nun iſt zuförderſt der Gebrauch, welcher von den Gravaminibus gemacht worden, vorhin ſattſam gerechtfertiget, auch angemerket, daß, ſo viel das Gewicht dieſer Grauaminum in gegenwärtiger Sache betrift, die Frage von einem Rechte ſey, welches in den Land-Tags-Abſchieden gegründet iſt. Dieſe ſind Verträge, welche mit denen Ständen errichtet worden. Sie können alſo nicht anders als mit deren Einwilligung geändert werden, und ſelbige haben ein vollkommenes Recht dagegen zu ſprechen, wenn etwas ihnen zuwiederlauffendes vorgenommen werden will, weil auch derjenige Fürſt, deſſen Gewalt Geſetze zu geben, am wenigſten eingeſchränket iſt, ſolche dennoch ſo üben muß, daß keine Pacta publica dadurch aufgehoben werden (**). Alles dieſes, ob gleich es in dem **gründlichen Bericht von Abmeyerungs-**

(*) S. 86.

(**) S. HORN. *Conſ. Cl. 2. R. 7. p. 98.* *Parerga Göttingenſia T. 1. L. 2. O. 2. p. 59. 62.*

rungs-Recht (***) bereits angeführet worden, hat der Gegner dennoch unbeantwortet gelaſſen.

§. VIII.

Es ſoll ſiebentens das Votum der löblichen Ritterſchaft durch die Mehrheit der Stimmen, nemlich eines Hochwürdigen Thum-Capittels und der ſieben Stifter überwogen ſeyn (*).

Allein, wenn auch gleich das von dieſen beiden Ständen ertheilte Atteſtatum, als ein Votum angeſehen werden könnte, ſo wäre dennoch die Mehrheit der Stimmen nicht gegen das Erb-Meyer-Recht. Denn die Stift Hildesheimiſche Landſchaft beſtehet bekandlich aus vier Ständen, nemlich aus den Thum-Capittul, denen ſieben Stiftern, der Ritterſchaft und denen Städten. Von dieſen halten die zwey leztern das Erb-Meyer-Recht vor gegründet, und dem Lande zuträglich. Ihre Stimmen gelten aber ſo viel als der beiden übrigen Stände, die ſich eines Vorzugs bey dergleichen Berathſchlagungen nimmer angemaſſet haben, und da die Frage von der Aenderung eines Land-Tags-Abſchiedes entſtehet, ſo iſt melior ratio prohibentis; auch ſelbſt der geiſtlichen Stände Bekäntnis nach, die Reſolution der Landes-Herrſchaft bey Abfaſſung eines Landſchaftlichen Concluſi in keine Rechnung zu bringen (**).

E N D E.

I. Nos

*) S. 13, 100.

(**) S. meines Vaters *Obſ. Iuris & Hiſtor. Germ. Obſ. IV. §. 27. p. 208.*

K

Anlagen.

I.

Nos Sigfridus Dei Gratia Epiſcopus Hildeſimenſis Eccleſiae, notum facimus praeſentibus & futuris; quod cum ſuper cenſus retentione & diſtractione bonorum Villicationis in Laſſerde pertinentis ad Eccleſiam Stae Crucis Hildeſimenſis inter Cap̃lum ejusdem Eccleſiae ex una, & filios quondam Hermanni Litonis & Villici jam dictae Eccleſiae parte ex altera, coram Nobis in forma Judicij quaeſtio verteretur, tandem prudentum Conſilio, noſtroque mediante conſenſu concordatum eſt taliter inter partes: Cap̃lum Stae Crucis Hermanno quondam dicti Villici filio Allodium ſuum cum Villicatione in Lafferde committebat, non ex jure, ſed gratia quam ei Cap̃lum large faciebat, in eo, quod pro ſexaginta talentis de cenſu retentis, libras triginta recepit, unde idem Hermannus cautionem promiſſoriam, & fidejuſſoriam praeſtitit Nobis, & dicto Cap̃lo Stae Crucis, quod qui ſuâ dicent intereſſe, renunciare deberent expreſſe, usque ad feſtum Walburgis tunc proximum, omni jure, ſi quod in Allodio & Villicatione viderentur habere; Item, quod ipſe usque ad jam dictum terminum colligere & redintegrare deberet omnia bona ab Allodio & Villicatione praedictis alienata quomodolibet vel diſtracta, nec ipſe amplius alienare debebit; Item, quod deinceps ſtatutis temporibus ſolvet cenſum debitum de iisdem bonis Cap̃lo Stae Crucis, Item quod in Probsding praeſidendo vel Bumede ſeu Beddemunt recipiendo jus ſibi non dicet; Praeterea, *ſi idem Villicus habuerit plures filios, ex illis Cap̃tulum Stae Crucis unum quem maluerit, aſſumet in Villicum*, & nihil juris reliquis fratri-

fratribus recognoſcit; Si autem Villicus absque filio moritur, Allodium & Villicatio cum juribus & pertinentiis ad Eccleſiam Stae Crucis abſolutê redibunt; Item ſi Villicus cenſum tempore ſuo non ſolverit, vel bona praedicta diſtraxerit, ſine contradictione qualibet cedet bonis eisdem. Quae omnia Nos Sigfridus Hildeſimenſis Eccleſiae Epiſcopus partibus praeſentibus requiſitis & conſentientibus, in figura Judicii ſententionando pronunciavimus, ſtare & firmiter obſervari debere; ſuper quibus, ne dubium oriatur, Nos praeſentem litteram inde conceptam & noſtro ſigillo munitam, ſaepe dicto Cap̃lo Stae Crucis dari juſſimus ad cautelam: Teſtes inſuper hujus rei ſunt: Bernhardus Scholaſticus, Joannes Plebanus, Henricus & Otto de Wohldenberg Can[ci] Hildeſim. Gotſchalk de Elſe, Tydericus de Premunt, & Conradus deSaldere laici, & plures alii fide digni. Actum & datum Hildenſen in Palatio Noſtro Anno Milleſimo trecenteſimo primo, Kalend: Januarii.

II.

Jch Lülff von Harlßen, zu mit Behueff meines Brudern Chryſey hiemit vor mich und meine Erben thue kund und bekenne, daß ich heute dato unten geſetzt Heinrich Rottmanns ſeel. gelaßnen Kinder verordneten Vormünder zu Rößing und Wehmy unſern Hoff nebſt zweyen Hueffen Landes und einer freyen Schäfferey, ſo hiebevor Hanß Robecke bebauet und von uns Meyers-Weiſe innen gehabt, in und für den Dorff Wehmy gelegen, hinwiederum zwölff Jahr lang von dato an zu rechnen Meyersweiſe elociret und eingethan folgender geſtalt und alſo, daß ſie mich oder meine Erben, jedes Jahrs zwiſchen Michaelis und Martini-Tagen in mein gewarſam in oder auſſerhalb Hildesheim an guten reinen Marcktgebe Korn ſechszehn Malter dreyerley Korn, alß Rocken, Gerſten und Habern, jedes gleich viel, Braunſchweigiſcher Maaße, untheilbar, wie auch drey Thaler Hoff-Zinß, nebſt zweyen feiſten Hameln, ſo unſträflich, oder da ſie uns mit anzunehmen,

nehmen, mit Gelde, was unparteiiſche Leute erkennen können, bezahlen, und davon auch der Lämmer Zehend nicht gezogen, ſich deswegen, wie hiebevor geſchehen, abfinden, zu lieffern und bezahlen ſollen und wollen. Weilen auch die Kinder annoch unmündig und den Hoff ſelber nicht bebauen können, ſollen die Vormünder niemandts, es ſey dann mit meinen guten Fürwiſſen, druff ſetzen, und ſoll ſonſten **der Hoff nach dieſer alten Gewohnheit und Landtsgebrauche bey den Männlichen Erben bleiben**, wofern ſie aber ſäumig oder niederfällig an obgerührten Zinſen, ſollen ſie ſich dadurch der Meyerſtadt verluſtiget gemacht und verwircket haben, wie denn nach Verlauff der zwölf Jahren, den Hoff ſamt deſſen Pertinentien uns wiederum anheim fallen, und ſie deswegen weiter handlen und ihnen in voriger ſtatt hinwieder beweinkauffen ſollen, getreulich und ohne Gefährde. Zu Uhrkundt ſeind dieſe Meyer-Zettel zwene gleichlautend auseinander geſchnitten, jeden Theil ſich darnach zu richten verfertiget, und mit eigenen Händen geſchrieben und unterſchrieben. So geſchehen Malerten im Jahr Tauſend Sechshundert und zwantzig an dem heiligen Oſtern.

Lüleff von Harlßen. mppr.

III.

Hochwollgebohrner Frey-Herr
Hochgebietender Herr Droſte,

Ew. Hochwollgeb. Freyherrl. Gnaden wird annoch Gnädig, und Hochgeneigt erinnerlich ſeyn, waß geſtalten vorhin bey daſigen Chur-Fürſtl. Ambte wegen des von den Magiſter Sander zu Sarſtedt eigenmächtiger Weiſe, den Bülowſchen Meyers weckgenommene 5. Morgen Landes, und ein Fuder Wieſen-Wachſes geklaget, und gebeten worden.

Wann nun gemelter Magiſter ſeitdeme mit Tode abgegangen, und ſich alſo, mit dem Bülowſchen Meyers ratione der von ſolchen 5. Morgen Landes, und 1. Fuder Wieſen-Wachſes reſtirenden Dienſt-Geldes Landſchatz-Krieges- und andern bekanten Beſchwerungen noch nicht abgefunden; Alß erſuche Ew. Hochwohlgeb. Freyherrl. Gnaden nove meines Herrn Principalen gantz dienſtl. vor mich aber gehorſamſt, nachtrücklichen Befehl an die Witwe Sanders ergehen zu laſſen, daß ſie von obgedachten 5. Morgen Landes und ein Fuder Wieſenwachſes, von der Zeit ihr ſehl. Mann ſolche zu ſich gezogen, die Onera an die Bülowſche Meyers refundiren und ſich dieſerhalb mit demſelbigen zu vergleichen, wiedrigenfalß einen Areſt auf das Korn, ſo auff dem Lande ſtehet, biß zu erfolgenden Abtrag Hochgl. zu verhengen, ſondern auch daß die Witwe Sanders vielmehr aber die Succeſſores der Pfarre die quaeſtionirte Huffe Landes bey dem Bülowſchen Meyers laſſen, und mit dem alten im Rutiſchen Erb-Regiſter befindlichen Canone friedlich ſeyn müſſen, den anders mit ſolcher ungebürlichen und übermäßigen Steigerunge der Bulöwſche Meyer Hoff merklich verſchwächet wird, daß ſo weinig das Chur-Fürſtl. Ambt alß der Guths-Herr, die Gebürniſſen darvon erhalten können. Dannenhero getröſte mich gewieriger Amts Hülffe, und beharre in ſolchen Vertrauen.

Ew. Hochwollgeb. Freyherrl. Gnaden.

gehorſamſter Knecht
Timotheus Kaſtens Bülowſcher
Verwalter.

Communicet. und weilen daß Landt notorie contribuabel undt dienſtpflichtig iſt, als müſſen die geklagte nachſtändige Onera davon anderen gleich abgeführet werden, wie dan auch nicht zuläßig iſt die Ländereyen wegen deren dem Hoffe aufliegenden gemeinen Laſten davon abzureiſſen, und den *Canonem* gegen uhralte hergebrachte *Poſſeſſion* zu ſteigern, alß wirdt Beklagtin Witwe Mag.

 San-

Sanders die geklagte Pöſte abzuführen ſchuldig erkandt. Ruhte den 12ten Junij 1716.

Fürſtl. Ambt daſelbſt.

IV.

Sententia.

In Sachen der Schlüters Erben Klägern eines wieder dem Cammer-Rath und Ambt-Mann Coſterus Beklagten andern Theils iſt die Sache vor beſchloſſen angenommen, und darauff allen An- und Vorbringen nach zu Recht erkandt, aldieweilen *in actis* keine zur Abmeyerung hinlängliche *Cauſales* beſcheiniget worden, der Ambts-*Paſtor* alſo ohne Urſach nicht befugt geweſen iſt, mit dem *quæſt.* Lande einen *tertium* zu bemeyern, daß Klägere dannenhero (falß ſie die bisherige praeſtanda davon zu praeſtiren erbietig ſeyn werden) zu der Meyer-Statt ihres Vatters zu admittiren und dabey zu ſchützen ſeyn, maſſen wir Chur-Fürſtl. Cölln. zur Regierung des Hoch Stiffts-Hildesheim hochverordnete Stadthalter Cantzler und Räthe damit zu Recht erkennen, allenfals admittiren und ſchützen V. R. W.

Publ. Hildesheim in termin.
prorogato den 18ten May 1720.

V.

Sententia.

In Sachen des Predigers zu Wieringen Johan Matthias Kandlers Ambts Ruthe Kläg. an einen wieder den Voigt Mildſchuh und Conrad Rautenberg zu Lühnde Bekl. am andern Theile in pcto qualitatis & quantitatis derer bey des ehemahligen Thiele Buſchens Dienſtpflichtigen Ackerhoff an. 1595. beſchriebener 2. Höffen, oder

54½. Morgen in den Lühnder Felde belegen zu Wieringiſcher Pfarr gehöriger Zehntfreyer Ländereyen und demſelben alß partis integrantis angeblicher Anhängigkeit, auch nicht eingehaltenen Contracts und dahero beſchehener Loskündigung des qu. Landes ꝛc. iſt die Sache für beſchloſſen angenommen und auf Einſehung des Verfolgs allen vorbringen und woll erwogenen Umſtänden nach zu Recht erkannt: würde Kl. das in ſeinen Replicis zu Außfindigmachung der Morgen Zahl und deren Situation angezogene Original-Kirchen-Buch de an. 1521. Beklagte aber den in ihren Exceptionibus beygelegten Extractum des Lauenburgiſchen Erb-Regiſters de an. 1593. ſub lit. A. zuſamt denen Anlagen ſub lit. B. & C. in glaubwürdiger Form zufodriſt produciren, und die Originalia in einen dazu anzuberahmenden Termino ad hinc inde recognoſcendum vel jurato diffitendum vorlegen, auch davon reſp. copias clauſularum concernentium in Cancellaria vidimatas ad acta laſſen und darneben beyde Theile ihre Aſſerta binnen denen nächſten 4 Wochen, ſo ihnen ſub præjudicio angeſetzet ſind, beſſer als annoch geſchehen, mit beſtande Rechtens darthun und erweiſen, und zwar jener daß die Pfarr-Ländereyen 30. und mehr Jahre an keine gewiſſe Meyerſtatt gebunden geweſen, ſondern unterſchiedlichen Colonis, oder Meyern Titulo locationis & conductionis ſeparatim außgethan und von denenſelben ohne Contradiction den Inhaberen des Thielen Buſchen Hoffes gegen einen jährlichen Canonem oder Meyer-Zinß beackert worden, dieſe aber nemlich Beklagte, daß die in den Lauenburgiſchen Erb-Regiſter de an. 1593. befindliche Zehntfreye Pfarr-Ländereyen quæſt. derozeit dienſtpflichtig geweſen, und in ſolcher Qualität alß Pars integrans des gedachten Buſchiſchen Hoffes eingeſchrieben, und von den Patrono Eccleſiæ und Paſtore dafür erkannt und eingewilliget worden, nicht weniger daß ſie des damahligen Thielen Buſchen eigentlichen Acker-Hoff inne haben, und davon ſeither bis anjetzo conjunctim wöchentlich 2 mahl den Herrn-Dienſt mit dem Spann an das Ambt Ruthe geleiſtet haben und annoch leiſten müſſen, daß alßdann nach beyderſeitiger genugſahmer

Anhör

Anhör- und Vorſtellung ihrer ſchließlichen Nothurfft in cauſa principali forderſahmſt definitive ergehen ſolle was Rechtens; In deſſen hätten Beklagte die bereits verfallene ſo woll alß verfallende Meyer-Zinſe ſalva cauſa ſo fort gegen Quitung ſub poena executionis an Kläg. zu bezahlen.

Dann iſt der Procur. Turtual, weil er keine Vollmacht ad acta beygebracht, replicas nicht beantwortet, und in termino inrotulationis ſich nicht eingefunden, ſondern alles in contumaciam ergehen laſſen, reſervata ulteriori poena in die Straffe der Ordnung hiemit condemniret; alß Wir zur Chur Cöllniſchen Regierung des Hoch Stiffts Hildesheim verordnete Stadthalter Cantzler und Räthe hiemit reſpective erkennen, anweiſen und Terminum ad producendum Originalia auf Mitwochen den 15ten einſcheinenden Monats Decembr. morgens zu 9 Uhr anſetzen, und beyderſeitige Partheyen dazu verabladen, und hiedurch genugſahm und zwar peremtorie citiret ſeyn ſollen, auch reſp. condemniren. A. V. R. W.

Public in præſentia in termino
Hildesh. den 17ten Nov. 1734.

VI.

Sententia.

In Sachen Johann Bartold Baßen in Eltze Kläger an einem entgegen und wieder den Herrn Dohm-Dechant und Stadthalter von der Loe Appellaten am andern Theil; Erkennen Chur Fürſtl. Collniſch. Stifft Hildesheimſch. Hoff Richter und Aſſeſſores auf eingehohlten Rath außwärtiger Rechts-Gelahrten für Recht: Daß die Appellation für zuläßig, und quoad formalia zu Recht beſtändig, dannenhero dieſe Sache zu gebührender Rechtfertigung anhero erwachſen, auch quoad Materialia die Gravamina für erheblich zu halten, mithin

hin die von Chur-Fürſtl. Amt Poppenburg erkandte Verpachtung der qu. Meyer-Länderey als null und nichtig wieder aufzuheben, und Appellant dabey, gegen jährliche Abführung des in ſeinen Meyer-Brief von 12. Octobr. 1727. determinirten Canonis zu ſchützen, Herr Appellate hingegen ſolchen zu ſteigern nicht befugt ſey; Immaſſen wir alſo reſpective erkennen, aufheben und ſchützen, die Unkoſten aber aus bewegenden Urſachen compenſiren und vergleichen. V. R. W.

Daß dieſes Urtheil denen Rechten und uns zugeſchickten Actis gemäs, bekennen wir Decanus, Doctores und Profeſſores der Juriſten-Facultät bey Hochfürſtl. Heßiſch. Univerſitaet zu Gieſſen, Uhrkundl. unſers aufgedruckten Facultaet-Inſiegels.

Public. den 25ten Apr. 1740.

Rationes Decidendi.

Als des Herrn Dohm-Dechant und Stadthalters von der Loe Hochwürdige Gnaden, vermittelſt zweyer an das Stifft Hildesheimiſche Ambt Poppenburg abgelaſſenen Schreiben ſub dato 15 und 30 Jan. 1738. ſich dahin declariret, daß weilen der itzige Inhaber der Archidiaconal-Länderey, Johann Bartold Baſſen in Eltze, zu denen jährl. Zinſen, ſo wie der vormahlige Diaconus Freyherr von Schmiſing dieſelbe genoſſen, und per proceſſus evinciret, anjetzo zugeben, laut Ambts-Protocolli vom 17ten Jan. d. a. ſich nicht verſtehen wollen, daß ſothane Länderey, Wieſen und übrige Zubehör zum beſten der hohen Dohm-Kirche, ante terminum Cathed. St. Petri lauffenden Jahrs, Amtswegen öffentlich angeſchlagen, und an den meiſtbiethenden elociret werden möge, zu dem Ende auch vom Ambt Poppenburg per literas patentes ſub dato 3ten Febr. 1738. Terminus auf den 4ten Martij zur Abmeyerung ermeldten Johann Bartold Baſſen, und Einſetzung des meiſtbiethenden angeſetzet worden,

act. prim. inſt. ſub [II.]

So hat davon Bartoldt Baſſen intra decendium à die notitiae unterm 20ten Febr. d. a. coram Notario & teſtibus appelliret, und den 25ten ejusd. pro plenariis appellationis proceſſibus ſupplieiret, ingleichen auch libellum Appellationis übergeben,

act. n. 1. 2. 3. 4. 5. & 6.

und darauf die gebethene proceſſus ſamt einen Mandato attentatorum revocatorio erhalten.

act. n. 7. 9. & 10.

Es hat aber der Herr Appellatus exceptionem judicis incompetentis, inadmiſſibilis & non devolutae appellationis dilatorie, eventualiter aber Exceptionem deficientis gravaminis opponiret

act. n. 13. 14. & 15.

worüber replicando

act. n. 16.

duplicando

act. n. 19.

triplicando

act. n. 28.

& quadruplicando

act. n. 37.

verfahren, darauf die Acta inrotuliret, und zum Spruch Rechtens anhero verſendet worden. Ob nun aber wol 1) die eingewandte Appellation um deswillen für unzuläßig gehalten werden mögte, weil noch zur Zeit wieder Appellanten die Abmeyerung und depoſſedirung von den quaeſt. Meyer-Lande, eben ſo wenig als die anderweite Verpachtung ins Werck gerichtet, mithin à gravamine futuro appelliret worden, cujusmodi appellationes ne quidem canonico jure permiſſae ſunt, quoniam gravamen, praecedere appellationem debet, nec auditur appellans, niſi ejus jam interſit

A. Faber in Cod. Lib. VII. tit. 26. d. 3.

2) auch

2) auch das erkandte proclama, für nichts anders als eine bloſſe Citation angeſehen werden kann, der Appellant die in hac appellationis inſtantia fürgebrachte vermeintliche Behelffe, in erſter Inſtantz fürzutragen Zeit und Raum genug, und alsdann allererſt zu appelliren gegründete Urſache gehabt haben würde, wann ihm ſolche per ſententiam verworffen worden. Nam a ſententia tantum appellatur, non a citatione

L. 7. c. quor. appellat. non recip.

Lauterb. Coll. Th. Pr. lib. 49. tit. 5. §. 1.

über das 3) die Frage, ob ein Guths-Herr demjenigen, ſo das meiſte biethet, ſeine Länderey und Güther vermeyern könne? in der Stifft Hildesheim. Policey-Ordnung art. 133. ſo klahr und deutlich für die Guths-Herrn decidiret iſt, daß davon, cum à jure certo keine Appellation ſtatt haben kan, cauſae enim politicae appellabiles non ſunt,

R. I. Nov. de anno 1654. §. wie nun ſolches 106.

allenfals aber 4) die Appellation für zuläßig gehalten werden mögte, dennoch ſcheinen will, daß dadurch die Sache an das Churfürſtliche Hof-Gericht um deswillen nicht devolviret werden können, weil bereits vor Churfürſtl. Regierung über die Qualitaet des quaeſt. Landes, ob nemlich ſolches pro colonia perpetua zu halten ſey, mit Appellantens Vorfahren Kipp litigiret, von dieſer aber ſolches ab ejusmodi nexu gäntzlich frey geſprochen worden, welche Sententz 5) wieder Appellanten ohnſtreitig gelten muß, indem derſelbe cauſam poſſeſſionis von erſagten Kipp erhalten, folglich kein mehreres Recht als jener gehabt, acquiriren, und dahero auch eine von der Chur-Fürſtl. Regierung längſt abgeurtheilte Sache, vor das Chur-Fürſtl. Hof-Gericht, quaſi ad judicium reviſorium zu ziehen, keine Befugniß haben können. 6) Quoad Materialia ohnedem ein erheblich Gravamen nicht ausgeführet worden zu ſeyn ſcheinen will, wann in rechtliche Betracht ge-

zogen wird, daß 7) in dem obangezogenen 133ten Articul der Stift Hildesh. Policey-Ordnung außdrücklich verſehen, daß

> Niemand den andern hinterliſtig abmeyern bey Straffe 5 Thl. jedoch den Guths-Herrn dadurch nicht benommen ſeyn ſolle, ihre Ländereyund Güther demjenigen, ſo das meiſte biethet, zu vermeyern,

mithin 8) nicht abzuſehen, unter was Schein Appellant ſich mit Fug darüber beſchwehren könne, daß Herr Appellat, ſich dieſes in lege provinciali denen Guths-Herrn zugeſtandenen Rechtens, ſein Meyer-Land demjenigen, ſo das meiſte biethet, zu vermeyern, zu gebrauchen intendiret, da zumahlen 9) die gemeinen Rechte einem jeden Eigenthums-Herrn mit dem ſeinigen nach Belieben zu ſchalten und zu walten ebenfals Befugniß geben. Quilibet enim rerum ſuarum liber moderator & arbiter eſt

L. 21. C. Mandat.

10) Dagegen gar nichts verfangen kann, wann ſchon hiebevor des Appellantens Verkäuffers Erblaſſere anfänglich kein Geld, ſondern einen ſichern Korn-Zinß von dem quaeſt. Lande entrichtet, indem daraus nicht folget, daß das qu. Kirchen-Landt vor keinen höheren Frucht- oder Geld-Zinß verpachtet werden könne, da nicht nur die oben angezogene Stift Hildesheimiſche Policey-Ordnung ſolches überhaupt allen Guths-Herrn geſtattet, ſondern auch inſonderheit, was das qu. Landt betrift, bereits durch das Regierungs-Judicatum vom 29ten May 1709. act. n. 14. ausgemacht worden, daß ſolches mit keiner colonia perpetua behafftet ſey, dannenhero 11) Appellant ſich gantz vergeblich auf die Braunſchw. und Lüneb. Landes-Conſtitutiones und Land-Tages-Abſchiede beruffet, indem ſolche extra territorium und im Stifft Hildesheim contra expreſſam legem provincialem keine vim legis haben, 12) aber die von Stift Hildesh. Ritterſchaft Anno 1652. übergebene Land-Tags-Gravamina eines

theils

theils mehr für Interceſſionales vor die in vormahligen alten Krieges-Zeiten Noth und Elend erlittene Bauers-Leute, und deren Conſervation bey ihren Meyer-Stätten, biß ſie ſich in geruhigern und beſſern Zeiten wieder erholet, als für ein beſtändiges Geſetz zu halten, andern Theils ſolche allenfals 13) durch die darauf im Jahr 1665. publicirte Policey-Ordnung ceu legem poſteriorem aufgehoben ſeyn, 14) auch, das von einigen aus dem Mittel der Stift Hildesheim. Ritterſchaft Anno 1726. ertheilte Atteſtat, welches Herr Hof-Rath Strube ſeinem Anno 1730. zum Druck beförderten Bericht von Abmeyerungs-Recht einverleibet, ob ſolte nemlich die Ritterſchaft und Städte dem angezogenen 133ten Articul der Policey-Ordnung wiederſprochen haben, um deswillen nicht in Conſideration gezogen werden kan, weil 15) ſowol die Chur-Fürſtl. Stift Hildesheimiſche Regierung, als auch die übrige Land-Stände, nemlich daß Hochwürdige Dohm-Capitul, nebſt 7 Stiftern ſolchen angeblichen geſchehenen Wiederſpruch noch in Zweiffel ziehen, allenfals aber 16) ein ſolcher einſeitiger Wiederſpruch, der von den Landes-Herrn gemachten Conſtitution vim legis nicht benehmen kann, quoniam ſtatus provinciales ad conſtitutionem legis tantum per modum conſilii concurrant, adeoque diſſenſione, in lege ferenda, exorta, princeps exuperat, nam concluſum in diaetis provincialibus der Land-Tags-Schluß à ſolo Principe fit, ita ut ordines ſe ſubmittere teneantur.

Berger. Oec. Iur. L. 1. tit. 1. §. 24. not. 1. p. 26.

Da zumahlen 17) die Ritterſchaft und Städte in die Publication der Policey-Ordnung gewilliget, dieſe auch ſonſten in allen Stücken in viridi obſervantia und ohnedem bekandten Rechtens iſt, quod obſervantia legis ſemper praeſumatur, ita ut neganti onus probandi incumbat

Ziegler de Jure majeſt. L. I. c. V. §. 77.

Hingegen 18) die im folgenden 1666ten Jahr angeblich erfolgt ſeyn

 ſollende

ſollende Reſolutio gravaminis worauf ſich das Ritterſchaftliche Atteſtat de anno 1726. beziehet, ſo wenig, als die angeblichen Land-Tags-Abſchiede und Conſtitutiones, wodurch der Policey-Ordnung derogiret ſeyn ſoll, jemahls in forma authentica produciret worden, 19) auch was inſonderheit die Conſtitutionem Maximiliani Henrici vom 17ten Decembr. 1668. betrifft, derſelben angeblicher Inhalt allenfals der Policey-Ordnung art. 133. gar nicht zuwieder laufft, vielweniger darin der Meyer-Güther, und daß der 133. art. ſothaner Policey-Ordnung abrogiret ſeyn ſolle, Erwehnung geſchiehet.

Dannenhero auch 20) die von dem Herrn Hoff-Rath Strube und Appellantiſchen Anwaldt angezogene Praejudicia um deweniger zu attendiren, je bekandter es iſt, quod praejudicia regulam ne quidem caſuum ſimilium, conficiant

Lyncker. in Comment. ad D. tit. de legib. §. 44. p. 92.

wann zumahl 21) wie bey dieſer Quaeſtion, ob die Meyer im Stift Hildesheim ein Erb-Recht haben? in utramque partem praejudicia fürhanden ſind vid. act. n. 20. & 21. tunc autem praejudicia pro conſuetudine & jure obſervanda ſunt, ſi perpetuo ſimiliter judicatum ſit.

L. nam imperator 38. D. de legib.

Mev. P. 5. d. 282. n. 7.

vielweniger 22) die Dienſt-Ordnung, ſamt der von Chur-Fürſtl. Hildesheimiſcher Regierung im Jahr 1718. den 28. Jul. an die Beamten im Hoch-Stift Hildesheim ergangenen Verordnung, Appellant für ſich anziehen kann, weil es mit den Höffen in der Stadt Eltze eine gantz andere Beſchaffenheit hat, als mit andern Meyer-Höffen, bey welchen Umſtänden 23) Appellant ſich vergeblich auf die von Weyl. des Herrn Biſchoffs von Twickel Hoch-Freyherrl. Gnaden erhaltene Belehnung beruffet, maſſen alleinfals demſelben nicht zugekommen,

dieſes

dieſes Kirchen-Guth mit einem Erb-Meyer-Recht zu beläſtigen, contractus enim villicationis in rebus eccleſiae vel monaſteriorum, vix aliter locum invenit, quam adhibitis ad alienationem neceſſariis requiſitis, quia ad perpetuam locationem vergit

Böhmer. Inſt. jur. can. C. 3. tit. 18. §. 3.

und dahero 24) keiner Abmeyerung vonnöthen iſt, weil Appellant von Herrn Appellaten noch nicht bemeyert worden, die Annehmung des Canonis aber 25) dem Herrn Appellaten, da er von der Beſchaffenheit des Landes noch nicht informiret geweſen, nicht praejudiciren kan.

Jedennoch aber und dieweilen 1) das den 3. Febr. 1738. affigirte Proclama oder literae patentes dem Appellaten bereits ein Gravamen dadurch würcklich zufügen, daß ſein Meyer-Land darin dem meiſtbiethenden angebothen, und zur Abmeyerung ſowol, als Einſetzung des meiſtbiethenden Terminus angeſetzet worden, 2) dieſes Gravamen, ob es ſchon ratione perfectionis noch pro futuro angeſehen werden kann, pro certo & perpetuo zu achten, indem Appellant, wann er es dabey bewenden laſſen, der würcklichen Abmeyerung ſich zu befürchten hätte. Si autem gravamen ita ſe habeat, ut quid injuſti nunc ſentiatur, illudque certum & perpetuum ſit; tunc ad effectum appellationis ſufficit quod nunc in praeſenti eſt, & ex jam facto imminet.

Lyncker. de Grav. extraj. Cap. III. Part. III. §. 11. n. 11. ſeq. p. 277.

3) auch das affigirte proclama bey ſo bewandten Umſtänden in Anſehung des Appellanten, der darinn nicht citiret, ſondern dem ſein Meyer-Recht würklich dadurch abgeſprochen wird, pro ſimplici citatione keinesweges angeſehen werden kann, wie wohl ohnedem bekand iſt, daß auch dieſe Regul à citatione ſimplici non licere appellare,

lare, alßdann ihren Abfall leide, ſi citatio aliquid iniquitatis & Gravaminis habeat,

Mev. p. 4. dec. 89.

4) Die Abmeyerung eines Coloni um des willen, daß in der Hildesheimiſchen Policey-Ordnung davon zu gleich mit diſponiret worden, eines Theils für eine ſolche Policey-Sache wovon der jüngere Reichs-Abſchiedt diſponiret, keinesweges gehalten werden kann, indem ſothane Diſpoſition nur allein auf diejenige Ordnungen gerichtet iſt, welche ein Stadt-Magiſtrat in Marck-Sachen, Handwerken, Gewerben, und dergleichen verfüget, denen aber ein Bürger, oder deren viele auch etwa eine Zunfft, oder Geſelſchafft ſich wiederſetzen, und davon ad Caeſarem appelliren wolte,

Lyncker. Vol. I. Rſ. 185. n. 35.

andern theils in denen Rechten nicht gegründet iſt, daß in Policey-Sachen ohne Unterſcheid nicht ſolte appelliret werden können,

Lyncker. c. l. & de Grav. extr. cap. VI. §. XVII. p. 516.
Mev. p. 3. d. 154.

5) auch die von der Chur-Fürſtl. Regierung an. 1709. den 29ten May publicirete act. n. 14. befindliche Urtheil den Appellanten, der titulum & cauſam poſſeſſionis von des verſtorbenen Herrn Biſchoffen von Twickel Freyherrl. Gnaden erhalten, gar nichts angehet, folglich auch wieder ihn weder Actio noch Exceptio rei judicatae darauf gegründet werden kann. Quoad Materialia zwar 6) die Stifft Hildesheimiſche Policey-Ordnung Art. 133. denen Guths-Herrn zuläſſet

ihre Ländereyen und Güther demjenigen, ſo das meiſte bietet, zu vermeyern,

und darnach geſprochen werden müſte, wann nicht contra obſervantiam hujus legis ſo viele wichtige rationes ſtreiteten, welche der Herr

Hoff-

Hoff=Rath Strube nicht nur in ſeinem Bericht vom Abmeyerungs-Recht, ſondern auch in der neuen Edition de jure villicorum Cap. VIII. §. V. zuſammen getragen, woraus demjenigen, was pro Obſervantia der Policey=Ordnung in rationibus dubitandi angeführet worden, um demehr ſtandhafft begegnet werden kann, weil 7) die von ihm all. loco not. à. angezogene neuere Praejudicia vom 22ten Octob. 1729. 16ten Nov. 1731. 17ten April 1734. ſamt dem Ambts=Urtheil vom 13ten April 1731. zur gnüge beſtätigen, daß dieſer Articulus 133. vim legis im Stifft Hildesheim nicht habe, mithin darauf nicht zu reflectiren ſey; paria enim ſunt non eſſe legem, & non eſſe receptam.

Mev. p. 3. dec. 154. n. 8.

Was aber 8) die von Herrn Appellaten angezogene praejudicia in contrarium anbelanget, ſo iſt in der den 19. Sept. 1725. publicirten Marpurgiſchen Sententz eigentlich nicht dieſer Caſus decidiret, ob ein Guths=Herr ſeine Länderey einem andern, der mehr biethet, vermeyern könne, ſondern es wird der Meyer ſchuldig erkláhret, dem Guths=Herrn, die Länderey zu ſelbſt eigenen Gebrauch abzutreten und einzuräumen; Die im Jahr 1726. publicirte Urtheil aber ſupponirt in hypotheſi, daß in der qu. Kirchen= und Vicarie-Länderey keine perpetua colonia ſtatt habe. Ohnedem können 9) dieſe ältern Judicata, da nach der Hand deutlicher ans Licht gebracht worden, daß die Policey=Ordnung quoad hunc paſſum niemahl zur Obſervantz gekommen, und eben deswegen die Fürſtl. Regierung ſelbſten wieder die willkührliche Abmeyerung geſprochen, nicht weiter in Conſideration gezogen werden 10) Die von dem Herrn Biſchoffen von Twickel an Appellanten beſchehene Vermeyerung um deswillen für null und nichtig um deweniger gehalten werden kann, weil die qu. Länderey von alten Zeiten her, gegen einen Meyer=Zinß vermeyert worden. Tunc autem in rebus quoque eccleſiae & monaſteriorum con-

tractus Villicationis locum invenit, ſi res ab antiquo jure villicationis concedi ſolitae ſint,

Cap. un. Extrav. Comm. de reb. Eccleſ. alien.
Böhmer Inſt. Jur. Canon. L. 3. tit. 18. §. 2.

und 11) Herr Appellat bereits den Meyer-Zinß ſelbſt angenommen, und dadurch Factum anteceſſoris ſui tacite approbiret hat: Als haben wir Inhalt der Urtheil billig erkandt, die Unkoſten jedoch, da Herr Appellat viele wichtige Gründe vor ſich hat, welche denſelben à temerario litigio loßſprechen, compenſiret und vergleichen. Gieſſen den 13ten Febr. 1740.

VII.

Urtheil.

In Sachen des Vicarii Thoſſen, Klägers an einen, gegen und wieder deſſelben Meyers in Actis benahmt, Bekl. andern Theil, erkennen Chur-Fürſtl. Cöllniſche zum Hof-Gerichte des Fürſtenthums und Hoch-Stifts Hildesheim verordnete Hof-Richter und Aſſeſſores, allen An- und Fürbringen nach, auf eingeholten Rath auswärtiger Rechts-Gelehrten hiemit vor Recht: Daß das erlangte Mandatum manutenentiae Act. n. 6. zu beſtätigen, und die Bekl. bey ihrem wohlhergebrachten Meyer-Recht der Ländereyen qu. zu ſchützen, Kläger aber mit ſeiner unbefugten Klage ſowol der intendirten Abmeyerung, als Erſteigerung des gewöhnlichen Canonis, ab und zur Ruhe zu verweiſen ſey. Inmaſſen Wir dann ſolchergeſtalt beſtätigen und ſchützen, auch reſpect. zur Ruhe verweiſen, und die auf dieſen Proceß aufgegangene Unkoſten, auſſer den Verſchickungs-Koſten, als welche die Beklagten allein zu tragen ſchuldig ſind, um bewegender Urſachen halber gegen einander aufheben und vergleichen; V. R. W.

(L.S.) Daß dieſes Urtheil denen Rechten und uns zugeſchickten Actis gemäß, bekennen wir Decanus, Doctores und

Pro-

Profeſſores der Juriſten-Facultät bey Fürſtl. Heßiſchen Univerſität zu Gieſſen. Urkundlich unſers aufgedruckten Facultät Inſiegels.

Publ. in Jud. Hildesheim den 7ten Febr. 1743.

Rationes Decidendi.

Der Herr Vicarius Thoß zu Hildesheim, hat verſchiedene zu ſeinen Vicariat gehörige Ländereyen, von welchen der Burgemeiſter Vietgen zu Sarſtedt mit 5. Huffen bemeyert iſt, beſage Meyer-Briefs ſub Lit. A.

Act. n. 2.

Die übrigen aber werden von Martin Sander, Staaß Flebben und Cosmus Freymann gegen einen gewiſſen Canonem bebauet. Als nun der Burgemeiſter Vietgen zu Sarſtedt mit Todt abgangen, und der Herr Vicarius deſſen hinterlaſſene Erben von der Meyerſtätte verſtoſſen wollen,

in adj. Lit C.
Act. n. 3.

haben dieſe bey den Hoff-Gerichte zu Hildesheim, um ein Mandatum manutenentiae angehalten,

Act. n. 1. cum adj. & n. 6.

anbeneben ſich mit den Herrn Vicario auf Erſteiger- und Veränderung des gewöhnlichen Canonis, in einen ſtändigen Geld-Zinſſe, nach der Morgen-Zahl, auch zu den Ende auf Werdirung und Aeſtimation der Ländereyen ſelber zu ihren Schaden eingelaſſen, wie aus den

Act. n. 9. 15. 16. 17. & 18.

kann nachgeſehen werden; welches dem Herrn Vicario nicht übel angeſtanden und deshalber gebeten, daß auch die übrige zu ſeiner Vica-

rie gehörige Ländereyen, ſo Martin Sander, Staats Flebbe und Cosmus Freymann bebauen, bey dieſer Gelegenheit zugleich mit werdirt werden möchten, um zu erfahren: wie viel in Zukunfft ein jeder Morge auch davon jährlichen Geld ertragen könnte,

Act. n. 19.

Hierwieder hat ſich zuerſt Martin Sander geſetzt, Copiam ſeines Meyer-Briefes beygelegt und behauptet, daß vermöge deſſelben der Herr Vicarius Thoſſ weder ihn abmeyern, oder von der Länderey verſtoſſen, noch den gewöhnlichen Canonem verſteigern könnte,

Act. n. 20. & 21. n. 26. cum adj.

deme dann des Burgemeiſters Vietgen Erben, benahmentlich Henrich Pape

Act. n. 29. cum adjtis 30. biß 33.

und die übrige beyde Meyers Cosmus Freymann und Cord Flebbe aus Sarſtedt beygetreten, und gegen des Vicarii Unternehmen ihre Nothdurfft vorgeſtellt

Act. n. 34. cum adjtis 35. biß 37.

Der Herr Vicarius aber hat darzuthun vermeint, daß die Ländereyen qu. ihren Einhabern anders nicht als per modum ſimplicis locationis conductionis eingegeben worden. Ueberdem ſey der Meyer-Brief, den Pape produciret, ſub & obreptitie erſchlichen, mithin um ſo vielweniger verbindlich, als er einen andern von an. 1737. beygelegt, worin ſtatt des ſonſt gewöhnlichen Canonis, 193. Rthlr. an Geld-Zinß jährlich zu geben ſtipuliret worden, wie dann auch die übrige Coloni nicht würden ſagen können, daß ſie beſtändig uniformem canonem geliefert hätten, vielmehr geſtehen müſten, daß ſie zu Zeiten ebenfalls ſtatt des Canonis an Früchten, Geld-Zinſe bezahlet hätten,

Act. n. 38. & 39.

Hierauf

Hierauf haben die ſämtlichen Meyer ihre Schluß-Handlung übergeben,

Act. n. 42. cum adjectis

und nachdem der Herr Vicarius ein gleiches verhandelt

Act. n. 45.

iteratam ſubmiſſionem beygebracht, cum petito pro transmittendis Actis ad Impartiales extraneos

Act. n. 46.

worauf dann auch die Acten inrotuliret, und zum Spruch Rechtens anhero verſendet worden.

Ob nun wol 1) die Meyer-Güther ſelber, ihrer eigentlichen Natur und Beſchaffenheit nach, vor nichts anders als pro bonis locatis können gehalten werden, welches ſonderlich daraus erhellet, weil die Leihe alle 9. oder 12. Jahre renoviret, und ſodann die Güther von neuen Meyersweiſe übernommen werden müſſen, damit nicht, wie im Fürſtl. Braunſchw. Landt-Tags-Abſchied zu Saltzdahlen de an. 1597. enthalten, aus Meyer-Erb- oder Erb-Zinß-Güther nach Langheit der Zeit gemacht werden.

apud Iuſt. Hahn de jure colonar. Concl. 76.

Inſuper bona haec majoratus pro locatis habenda eſſe, & hoc ſigni ſat eſt, quod coloni ob non ſolutas penſiones expelli item bona ipſa neque in dotem dari, donationis vel legati titulo transferri, oppignorari vel alio quovis modo alienari poſſint. Expelluntur etiam inde coloni, ſi male in fundis conceſſis verſentur aut bona illa deteriora reddant, vel etiam, ſi Dominus, der Guths-Herr, propriis uſibus ea neceſſaria probet, quae omnia in bonis locatis locum inveniunt.

L. 3. C. Locat. Iuſtus Hahn. d. l. concl. 77.

2) Die gegenwärtige, zu des Herrn Klägers Vicarii gehörige Ländereyen qu. nicht einmahl ſo gut als Meyer-Güther zu halten ſeyn möchten, welches daher abzunehmen, weilen, wie die Coloni ſelber nicht in Abrede ſtellen können,

in Protoc. Act. n. 40.

davon nicht immer uniformis penſio, ſondern zu Zeiten an ſtatt der Früchte, ein proportionirlicher Geld-Zinß, gegeben, auch wohl darin noch von Zeiten zu Zeiten variiret worden. In eo ſiquidem contractus colonarii provincialis nota conſiſtit, quod colonus praeter certam penſionem nihil aliud ſolvat, quodque dominus, accepta illa certa penſione, colono liberam poſſeſſionem relinquere teneatur

Cothmann. Vol. 2. reſp. 79. n. 140.
Molin. Tom. II. Diſp. 449. n. 5.
Strube de jure Villicor. c. 8. §. 9. & 10.

mithin 3) bey ſo bewandten Umſtänden kein Zweiffel übrig zu ſeyn ſcheinet, daß die Ländereyen qu. von den Colonis nur Pachtsweiſe beſeſſen werden, und der klagende Herr Vicarius alſo wohl berechtiget ſey, finito locationis tempore die Zinſen davon zu verändern und zu erhöhen, oder die Ländereyen ſelber wieder zu ſich zu nehmen, und andern zu verpachten. Si enim uno anno plus quam alio fructuum inſpecta qualitate praeſtitum ſit à colono, merito ut conductor aut colonus temporalis poſſidere praeſumitur.

arg. L. II. §. 11. ff Locat. conduct.

Ex diverſitate ſiquidem penſionis certa obligatio non praeſumitur ut notant.

Bart & Baldus in L. ſolent §. fin de offic. Proconſ. adel.
Roderic. Lib. I. de ann. redit. qu. 15. n. 59. & L. 2 qu. 22. n. 73.
Hieron. Schurff. cent. 1. Conſ. 58. n. 5.

Carp-

Carpzov. P. 2. C. 40. de f. 2. ubi praejudicium.
Cothmann. d. conſ. 79. n. 14. 7.

Conductor autem finita locatione rem conductam reſtituere tenetur locatori,

arg. L. 39. ff. Locati
Bonae in de Contract D. 3. qu. 7. punct. 3. n. 3.

adeo quidem ut nec conductor locatori rem locatam repetenti quaeſtionem dominii referre poſſit, ſed poſſeſſionem prius reſtituere debeat & tunc de proprietate litigare

L. 25. C. Locat.
ubi Brunn. & DD.
Chriſtin. Vol. 3. Dec. 118.
Gail. 11. Obſ. 25. n. 1.

Dieweilen aber dennoch 1) die eigentliche Meyer-Güther in dem Hildesheimiſchen durchgehends üblich und gebräuchlich ſind, wie ſolches die vorangezogene Doctores, Iuſtus Hahn, ſo in Hildesheim Syndicus geweſen, und der Herr Strube in den gleichfalls angeführten Tractatibus bezeugen; daß 2) der klagende Herr Vicarius die gegenwärtige Bekl. insgeſamt mit den Ländereyen qu. ordentlich bemeyert, und dieſelbe ihnen Jure colonario zu benützen übertragen habe, aus den Meyer-Brieffen ſelber zu erſehen, als worin die Coloni Meyers genennt, die Ländereyen Meyerſtätten, und das belehnen mit denſelben bemeyern, benahmet wird, womit dann des Herrn Vicarii Vorgeben, als wann dieſe Ländereyen nur agri ambulatorii wären, ſich von ſelbſten wiederleget. Ex nomine enim cognoſcitur res, & nomen requirit rei conformitatem

L. 1. ff. de offic. Praeſect. urb.
L. 7. C. de Codicill.
Beſold. 1. Conſ. 19. n. 27.
Tabor. Dec. ac Conſult. 37. n. 9.

und

und daran nicht hindert 3) daß die bekl. Coloni nicht allemahl uniformem penſionem davon bezahlt haben, denn ſolches nicht ſowohl der Natur des getroffenen Contractus villicalis ſeu colonarii zu zuſchreiben, als vielmehr des Herrn Vicarii übelen Haußhaltung; vermöge welcher er von ſeinen Meyers beſtändig Geld aufgenommen, welches wieder zu bezahlen keine andere Mittel vorhanden geweſen, als daß dieſe davor die bedungene Penſionem annuam oder Meyer-Zinß an Früchten, nach und nach einbehalten, und ſich daran bezahlt machen müſſen, wie deſſen das angez[illegible]ene Protocoll Act. n. 40. und die Beylagen.

Act. n. 3. 32. 37. & 43.

gute Zeugnis ablegen, 4) Nicht zu läugnen, daß der Herr Vicarius daher Gelegenheit genommen, die Meyer-Brieffe und Quitungs-Bücher der Colonorum in Unordnung zu bringen, auch hierunter ohne Zweiffel wohl die Intention und Meynung gehabt, daß er hiernächſt einmahl ſeine Colonos deſto eher abmeyern, oder ihnen den Canonem erſteigern könte, unter dem Vorwandt, weil keine uniformis canonis praeſtatio, mithin auch kein verum jus colonarium vorhanden wäre, welches aber den Colonis, als innocentibus & deceptis, in ihren von ihren Vorfahren wohlhergebrachten Jure colonario provinciali nicht ſchädlich ſeyn darff: in ſpecie 5) des Burgemeiſter Vietgen Erben und Succeſſoribus, indem der intendirte ſchädliche Vergleich, wodurch von der hergebrachten Praeſtatione uniformi abgegangen, und hergegen ein proportionirlicher Geld-Zinß jährlich gegeben werden ſollen, nicht zu ſeiner Vollenkommenheit gediehen. Ohnerachtet nun ferner, 6) nach Anleitung Rationis dubitandi primae die Meyer-Güther ebenfalls anders nichts als Bona ſeu praedia locata ſind, ſo ſind ſelbige doch, ſowohl ſecundum leges provinciales als nach den Meyer-Brieffen ſelber, in ſo weit von ſchlechten Pacht-Güthern, oder praediis locatis, unterſchieden, daß der Guths-Herr einen ordentlichen Meyer, auch nach Ablauf der gewöhnli-

wöhnlichen Meyer Jahre, ohne ſonderbare Urſache der Leyhe nicht entſetzen, oder abmeyern, noch den ſtipulirten Canonem eigenen Gefallens ihm erſteigern könne, quia regulariter perpetuo jure villici ſunt praediti, idque transmittunt ad heredes.

Srube de jure Villicor. c. 8. §. 6.

Welches ſich denn auch 7) in den Hildesheimiſchen alſo verhält. Magis quidem dubium videtur nonnullis villicorum Hildeſienſium jus, qui autumant, ordinationem politicam Hildeſienſem Art. 133. arbitrariam dominorum facultatem expellendi colonos firmare, quando ſic diſponit: Niemand ſoll den andern hinterliſtig abmeyern, bey Straff 5. Thlr. jedoch den Guths-Herrn dadurch nicht benommen ſeyn, ihre Ländereyen und Güther demjenigen ſo das meiſte bietet, zu vermeyern. Aſt, ut loquitur laudatus Dn. Strube in peculiari ſcripto von dem Abmeyerungs-Recht, fürnemlich in Stifft-Hildesheim, ao. 1730. edito, ſatis a me demonſtratum, & Hildeſienſes Villicos jure haereditario gaudere: nec poſſe expelli ſine gravi cauſa &c. ubi poſtea fuſius ad Ordinationem politicam Hildeſienſem reſpondet

Strube de jure Villicor. d. cap. 8. §. 5.

und iſt 8) nicht der Mühe wehrt, auf dasjenige insbeſondere zu antworten, was der klagende Herr Vicarius gegen des Papens Meyer-Brief eingewendet hat, daß derſelbe um deswillen vor erſchlichen zu halten wäre, weil der Herr Vicarius einen andern produciret, als welches ſich von ſelbſten wiederlegt. Dannenhero wir kein Bedencken getragen, das erlangte Mandatum manutenentiae zu beſtättigen, die Bekl. bey ihren wohlhergebrachten Meyer-Recht der Ländereyen qu. zu ſchützen, und den Herrn Vicarium mit ſeiner Klage, ſo wohl der intendirten Abmeyerung als Erſteigerung des Canonis halber zur Ruhe zu verweiſen, und endlich 9) die auf dieſen Proceß aufgegangene Unkoſten, auſſer den Verſchickungs-Koſten, als welche die Bekl. weil ſie

darum angehalten, allein zu tragen ſchuldig ſind, um deswillen gegen einander aufgehoben und verglichen, weil die Bekl. anfänglich ſelber zu viel nachgegeben, die Rationes dubitandi auch noch ſo beſchaffen ſind, daß der Kläger darum pro temerario litigatore nicht kann gehalten werden. Gieſſen den 14ten Decemb. 1742.

VIII.

Urtheil.

Auf eingewandte Leuterung deren Juſtification und erfolgte Wechſel-Schrifften, in Sachen des Vicarii Jodoci Edmundi Thoß, Leuterantens an einem, entgegen und wieder Heinrich Papen und Conſorten, Leuteraten am andern Theile erkennen Chur-Fürſtl. Cöllniſche zum Hoff-Gericht des Fürſtenthum und Hoch-Stiffts Hildesheim, Wir verordnete Hoff-Richter und Aſſeſſores nach vorgehabten Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, vor Recht: Daß es, der eingewandten Leuterung ungeachtet, bey dem am 7. Febr. 1743. eröffneten ſub Num. Act. 47. befindlichen Urthel nochmahls billig zu laſſen; jedoch mit dieſer Erklährung: Es könte und wolte denn Leuterant ſein Vorgeben, daß die in Frage ſeyende Länderey denen Leuteraten und ihren Vorfahren von alters her nur allein Pachtweiſe eingethan worden, verfolglich er aus dieſer oder andern in Rechten gegründeten Urſachen nach Ablauff derer in denen Meyer-Brieffen beſtimmten Jahre die Meyer nach ſeinen Gefallen zu entſetzen, oder den bis anhero von ihnen entrichteten jährlichen Zinß zu erhöhen, berechtiget ſey, binnen Ordnungs-Friſt beſſer, als noch zur Zeit geſchehen, erweiſen, damit wäre er billig zu hören, und ergehet ſodann, mit Vorbehalt derer Leuteraten Gegenbeweis Eydes Delation und andern rechtlichen Nothdurfft, ferner in der Sache, was recht iſt. V. R. W.

Daß dieſes Urthel denen Uns zugeſandten Actis und Rechten gemäß, bekennen Wir Decanus Senior und andere

Docto-

(L.S.) Doctores der Juriſten Facultät bey der Univerſität zu Erfurth mit unſern hieneben aufgedruckten Inſiegel.

Publ. in Jud. Hildesh. den 20ten Julii 1745.

Rationes Decidendi.

Obwohlen Leuterant darauf beſtehet, daß die quäſtionirte zu ſeiner Vicarie gehörige Ländereyen denen Leuteraten und ihren Vorfahren nur allein pachtweiſe überlaſſen worden ſey, allermaſſen er desfalß auſſer der rechtlichen Vermuthung, nach welcher kein Contractus coloniae perpetuae, ſondern eine ſimplex locatio & conductio errichtet zu ſeyn in dubio praeſumiret würde,

Leiſer Iur. Georgico Lib. 1. Cap. 21. n. 9.

auch fürnemlich dieſes vor ſich habe, daß kein gleichförmiger Zinß, wie bey Erb-Meyer-Güthern gebräuchlich, bis hieher davon abgegeben, ſondern ſelbiger, da er vormahls in Frucht und andern Naturalien Lieferungen beſtanden, nachhero mit derer Leuteraten ſelbſteigener Bewilligung und Zufriedenheit erhöhet, auch auf ein gewiſſes Geld-Quantum geſetzet worden, und ob ſchon Leuteranten ſich dermahlen auf ihre ſo genannten Meyer-Brieffe beruffen, und daraus ein vermeintliches Erb-Meyer-Recht erzwingen wolten, jedennoch ſelbige eines theils nicht recognoſciret, andern theils aber dergeſtalt beſchaffen wären, daß vielmehr eine ſimplex locatio, als eine Colonia perpetua daraus geſchloſſen werden könte, geſtallten nicht nur in ſolchen, daß ſie denen Leuteraten auf ihr geziemendes Nachſuchen ertheilet, ausdrücklich enthalten, ſondern auch die Clauſul: **Wiewohl ohne Conſequentz und Präjuditz meiner künfftigen Herren Succeſſoren;** darinnen zu befinden ſey, welches alles mit dem vorgeblichen Erb-Meyer-Rechte keineswegs beſtehen könne; worzu ferner komme, daß die Ländereyen qu. als praedia ambulatoria, ſo zu keinem gewiſſen Hoffe, und inſonderheit zu denen in Sarſtedt belegenen Häuſſern nicht gehörig anzuſehen wären, verfolglich vor Erb-Meyer-Land, welches nothwendig einen dingpflichtigen Hoff

erfodere, füglich nicht gehalten werden möchte; hierüber auch weiter in rechtliche Betrachtung zu ziehen ſey, daß in keines Beneficiati Mächten ſtehe, jemanden ein Ius reale ac perpetuum in bonis eccleſiaſticis zu conſtituiren.

Cap. 5. X. de reb eccleſ. alien.

und alſo gegenwärtig, daß man dergleichen intendiret habe, um ſo weniger zu glauben ſey, als ohnehin in dem Hoch-Stifft Hildesheim das Erb-Meyer-Recht nicht eingeführet, noch diejenige Land-Tags-Abſchiede, ſo zur Zeit der Stiffts-Fehde, als das ſogenandte gröſſere Stifft unter Braunſchweig-Lüneburgiſcher Bothmäßigkeit geſtanden, verfaſſet worden, in dem Hoch-Stifft angenommen wären, wie ſolches die von E. Hochwürdig. Dohm-Capitul und denen ſieben Stifftern, desgleichen von der Stifft Hildesheimiſchen Regierung ausgeſtellte und von Leuteraten

ſub lit. E. & F. ad Num. Act. 4.

beygebrachte Atteſtata, welche auch in

Ludolffi Obſervat. Forenſ. Part. II. Obſervat. 158. n. II.

gedruckt zu leſen, des mehreren bekräfftigten, und endlich, wenn gleich geſetzten Falls das Erb-Meyer-Recht in dem gröſſern Stiffte admittiret ſeyn ſolte, jedennoch ſolches in dem kleinern Stiffte notorie nicht obtinire, conſequenter, da die Stadt Sarſtedt vorhin zum Ambt Steuerwaldt geſchlagen, mithin zum kleinern Stiffte gehörig geweſen, zu dem Amt Ruthe aber erſt in anno 1649. verleget worden, ſich hieraus deutlich zu Tage lege, daß bey denen Sarſtedter Ländereyen ein Erb-Meyer-Recht nicht ſtatt finden könne, bey welcher Bewandniß denn, daß beſchehener maſſen nicht zu erkennen geweſen, es ſich anſehen läſſet.

Den-

Dennoch aber und dieweilen das Erb-Meyer-Recht beynahe in gantz Nieder-Sachſen recipiret, und dahero in zweiffelhafften Fällen pro colono zu präſumiren iſt,

Pufendorf in Obſervat. Iuris univerſi Obſervat. 220.

welche Vermuthung auch inſonderheit vor die Meyer in dem Hoch-Stifft Hildesheim militiret, und das Onus probandi auf denjenigen, ſo coloniam temporariam vel ſimplicem locationem zu behaupten vermeinet, transferiret,

Struben Comment. de Iure Villicor. Cap. 8. §. 5. & in Acceſſ. Part. 1. Obſervat. 49. p. 144. ſeqq.

wohlfolglich in praeſenti nicht minder um ſo mehr Platz greiffet, als das Vorgeben, daß Leuteraten und ihre Vorfahren von der in Frage gezogenen Länderey keinen Canonem uniformem entrichtet, mit nichts erwieſen, und das Wiederſpiel aus denen von Leuteranten ſelbſt producirten und

in Adj. ſub A. & C. ad Num. Act. 48.

enthaltenen Meyer-Brieffen nicht undeutlich abzunehmen iſt, geſtalten in ſolchen der ſonſt geliefferte und in gewiſſen Naturalien an Korn, Gerſte, Hafer, Heu und dergleichen beſtandene jährliche Zinß ausdrücklich exprimiret, und daß ſolcher erſt in annis 1725. & 1727. auf baares Geld geſetzet, zu erkennen gegeben, im Gegentheil aber, daß vor beſagten Jahren mit dem jährlichen Canone jemahlen eine Aenderung vorgegangen, und ſolcher geſteigert, oder vermindert worden wäre, nicht einſten vorgewendet, weniger erweißlich gemachet worden, vielmehr aus denen ad Acta gebrachten

in Adiunct. ſub D. ad Num. Actor. 29. und in Adj. ſub A. ad Num. Act. 1.

befindlichen Meyer-Brieffen vom 20ten Martii 1665. und 20ten

Januarii 1714. erſcheinet, daß Heinrich Papens Vorfahren in beſagten Jahren eben diejenigen Naturalien die in dem Meyer-Brieffe vom 5. Julii 1727. ſpecificiret, abzugeben verbunden geweſen; quod ſi vero quis praedium per triginta vel 40. annos tenuit, & ejus nomine in ſingulos annos certam ac uniformem penſionem praeſtitit, dominus vero illud tanquam locatum repetit, utique pro poſſeſſore eſt iudicandum, qui etiam quam diu canonem ſoluit, a domino expelli non poteſt,

Leiſer Iur. Georg. Lib. 1. Cap. 21. n. 2.

da hingegen dasjenige, was Leuterant in annis 1725. 1727. und nachhero unternommen, und woraus derſelbe hauptſächlich, daß der Canon nicht uniformiter präſtiret worden ſey, inferiren will, als eine unbefugte Neuerung anzuſehen iſt, wodurch denen Leuteraten ihr vorlängſt erhaltenes Jus quaeſitum um ſo weniger entzogen werden mögen, als ſolche ohnehin zu keinen vollkommenen Effect gediehen, indem die Leuteraten ſich theils zu Entrichtung des neuerlich beſtimten Geld-Quanti gar nicht verſtehen, theils aber damit nicht continuiren wollen, und eben daher der gegenwärtige Proceß entſtanden iſt, nicht zu gedencken, daß der dem Leuteranten von einigen Leuteraten von Zeit zu Zeit beſchehene Geld-Vorſchuß, welcher von denen jährlichen Meyer-Gefällen wieder decourtiret werden ſollen, die vornehmſte Gelegenheit mitgegeben, daß die jährliche Meyer-Zinſe nicht in natura geliefert, ſondern auf Geld geſchlagen, und die vorgeſchoſſene Capitalien davon abgekürtzet worden, welches jedoch denen Leuteraten zu einigen Nachtheil keinesweges gereichen kan, im übrigen, wenn vorangeregte von Leuteranten ſelbſt producirte und alſo vor richtig agnoſcirte Meyer-Brieffe

in Adjunct. ſub A. & C. ad Num. Act. 48.

nur mit einiger Attention eingeſehen werden, daraus gantz evidente Merckmahle eines denen Leuteraten zuſtehenden Erb-Meyer-Rechts wahr-

wahrzunehmen ſind, in fernerer Erwegung dieſelbe nicht allein Meyer darinnen genennet, und mit der quäſtionirten Ländereÿ ausdrücklich bemeyert, auch die darüber gefertigte Urkunde, ein gewöhnlicher Meyer-Brieff intituliret, ſondern auch in ſolchen ausdrücklich gemeldet wird, daß Heinrich Papen gegen Erlegung 20 Rthlr. und Statz Flebben gegen Erlegung 8 Rthlr. Meyer-Gelder, welche unſtreitig ſpeciem laudemii haben, mit dem unterhabenden Lande wieder bemeyert worden, und ſelbige nach Ablauff derer geſetzten zwölff Jahre, unter Erlegung obiger Meyer-Gelder, de novo ſich hinwieder bemeyern zu laſſen ſchuldig, hiernächſt auch alle Onera, ſie mögen Nahmen haben wie ſie wollen, zu übernehmen gehalten ſeyn ſollen, welches alles die Fines nudae ac ſimplicis locationis offenbahr überſchreitet, quando autem talia adſunt, quae colonarium jus indicant, nempe uniformis per multos annos ſolutus canon, & hic ſeu minor fructibus, ſeu onera ea, quae alias conductor non ſuſtinet, a poſſeſſore praeſtita, & quae eſſe poſſunt ſimilia; tunc coloniae jus conſtitutum intelligitur, & poſſeſſorem praeſumtio defendit, donec contrarium probatur, & ideo in aduerſario, ſi acquieſcere nolit, probationem neceſſariam facit,

Mev. Part. IX. Deciſ. 74. num 9. & 12.

worgegen nichts hindert, daß die Leuteraten, um dem Leuteranten, als ihrem Guths-Herrn, die geziemende Ehrerbietung zu erweiſen, ſich der Wiederbemeyerung halber bey demſelben gemeldet, und darum nachgeſuchet haben, als wodurch ihnen an ihren hergebrachten Rechten ſowenig etwas benommen worden, ſo wenig Leuterant daher einige Befugniß zu Steigerung des Canonis, oder Entſetzung derer Meyer erhalten, wie denn auch ferner die neuerlich eingerückte Clauſul: ohne Conſequentz und Nachtheil meiner Herren Succeſſoren; die Bemeyerung an ſich nicht angehet, ſondern nur den neuerlich ſurrogirten Geld-Zinß betrifft, zu deſſen künfftiger noch weiterer Erhöhung Leuterant allen Anſehen nach ſich und ſeinen Succeſſoren den Weg darmit wor-

bahnen wollen; endlich auch nichts zur Sache thut, daß die verglichene Meyer-Jahre in denen Meyer-Brieffen Pfacht-Jahre genennet worden, immaſſen auch die Meyer-Güther unter die praedia locata in gewiſſer maſſen zu rechnen, und die Meyer pro conductoribus zu halten ſind,

Struben de iure Villicor. Cap. 2 §. 3. ſequ. & in Acceſſ. Part. 1. Obſeruat. 1.

indem ein jedes Meyer-Recht auch ein Pacht, nicht aber ein jeder Pacht auch ſofort ein Meyer-Recht iſt,

Coccejus Tom. II. Conſil. 443. n. 7.

nachgehends, was de praediis ambulatoriis vorgeſchützet worden, auf keiner genugſahmen Gewißheit beruhet, weil eines theils aus dem von dem Amt-Schreiber Winckler ertheilten und von Leuteranten ſelbſten

in Adjunct. ſub lit. A. ad Num. Actor. 24.

beygelegten Atteſtato ſich veroffenbahret, daß die qu. Ländereÿ nach dem Dorffe Wennerden ehedeſſen gehöret, ſolches aber belli tempore verwüſtet, und die Ländereÿ nach Sarſtedt geackert und vermeyert worden, conſequenter dadurch, daß die Höffe, zu welchen hiebevor das qu. Land geſchlagen geweſen, ruiniret und nicht wieder aufgebauet worden, das Land an ſich die Qualität und Rechte eines Meyerlandes keinesweges verlohren hat, andern theils aber noch nicht einmahl ausgemacht iſt, ob die Eigenſchafft eines wahren und ohngezweiffelten Meyerlandes nothwendig und ohnumgänglich erfordere, daß ſolches zu einem dingpflichtigen Hoffe gehöre, cum potius ius perpetuarium nec illis denegandum ſit, qui colunt agros villae ruſticae haud inſeparabiliter unitos.

Struben in Acceſſ. ad Comment. de iur. Villicor. Part. 1. Obſervat. 37.

ſo-

ſodann die Canoniſche Rechte denen Leuteraten um deswillen nicht entgegen ſtehen, weilen ſolche auf diejenigen Praedia, ſo denen Colonis von Alters her gegen gewiſſe jährliche Praeſtationes ausgethan worden, gantz und zu mahl nicht zu erſtrecken ſind,

Böhmer Iur. Eccleſiaſt. L. III. Tit. 18. §. 5.

wiedrigenfals Leuterant nicht einmahl die Befugniß gehabt haben würde, ſolche auf zwölff nacheinander folgende Jahre zu elociren

per C. Ambitioſae un. Extrauag. commun. de reb. eccleſ. non alienand.

und überhaupt bewährte Canoniſten dafür halten, quod, ſi notabile tempus à rerum eccleſiaſticarum alienatione facta effluxerit, non facile praetextu omiſſæ ſolennitatis alienationes reſcindendae ſint, niſi dolus vel colluſio aliqua interveniſſe appareat.

van Eſpen in Iur. Eccleſiaſt. Univerſ. Part. II. Tit. 36. Cap. 4. §. 46.

Letzlich was es mit dem Erb-Meyer-Recht im Hoch-Stifft Hildesheim vor eine Bewandniß habe, in Anſehung des von denen Deputatis der Ritterſchafft und Städte ausgefertigten und in

Ludolffi Obſeruat. Forenſ. Part. II. Obſerv. 158. n. I.

ebenfalls gedruckt zu befindenden contrairen Atteſtati ſo wohl, als derer in particulari hin und wieder ausgeführten Rechtsgründe ſo wenig auſſer allen Zweiffel geſetzet, als wenig von Leuteranten, daß die Stadt Sarſtedt, zur Zeit der Stiffts-Fehde, im kleinern Stiffte gelegen geweſen, durch die Anlage

ſub D. ad Num. Actor. 56.

hinlänglich dargethan worden iſt,

Als ſind Wir das vorige Urthel zu beſtätigen jedoch Leuteran-

ten zu allen Ueberfluß einen beſſeren Beweis ſeiner angeblichen Gerechtſame, wenn er damit fortzukommen ſich getrauet, in Betracht ihme vorhin noch kein Beweis auferleget worden, zu reſerviren, mithin die in Sententia enthaltene Erkláhrung anzufügen rechtlich bewogen worden. Signatum Erfurth den 25ten Junii. 1745.

IX.

Sententia.

In Sachen Jodoci Edmundi Thoß Leuterantens an einem, entgegen und wieder Heinrich Papen und Conſorten Leuteraten am andern Theil, die Abánderung, und Erhöhung des Zinſes auf einigen vor Sarſtedt gelegenen Feldern, und darüber dem Leuteranten aufgetragenen beſſeren Beweiß belangend: Erkennen Churfürſtl. Cöllniſche im Hochſtifft Hildesheim verordnete Hoff-Richter, und Aſſeſſores, auf eingeholten Rath auswärtiger Rechts-Gelehrten vor Recht, daß Leuterant, der den 20. Julii 1745. publicirten Urtheil kein Gnügen geleiſtet, mithin die in erſterer Inſtanß ausgefallene Urtheil nunmehro lediglich zu beſtätigen ſeyn;

Als wir hiemit beſtátigen, und die aufgelauffene Proceß-Koſten (ausgenommen deren Verſchickungs-Koſten, ſo Leuteraten allein zu tragen) aus erheblichen Urſachen compenſiren; V. R. W.

Decanus Senior cœterique
Doctores & Profeſſores
Facultatis Juridicæ in Univerſitate Würceburgenſi.

(L.S.)

Publ. in Jud. Hildesh. den 19ten April 1747.

Ra-

Rationes Decidendi.

Nachdeme Uns Decano, Seniori und übrigen Profeſſoribus der Juriſten-Facultät auf der Hochfürſtl. Univerſität zu Würtzburg, aus denen von dem Hochlöblichen Churfürſtl. Hoff-Gericht zu Hildesheim, unter den 24ten Januar. nup. an Uns prævia inrotulatione verſchickten Actis primæ & ulterioris inſtantiæ, zwiſchen Jodoco Edmundo Thoſs Vicario Mille Martyrum in dem Dohmſtift zu Hildesheim, Leuteranten an einem, entgegen und wieder Heinrich Papen, Martin Sander und Conſorten, in Actis benant, Leuteraten am andern Theil, ſich verhaltend, und die Erhöhung des Korn-Zinſes auf einigen vor Sarſtedt gelegenen Feldern betreffend des mehreren zu vernehmen geweſen:

Welchergeſtalt ihm Leuteranten, Vicario Thoß, durch die in Inſtantia Leuterationis den 20ten Jul. 1745. eröffnete Urthel aufgetragen worden, ſein Vorgeben, daß die in Frage ſeyende Ländereyen, denen Leuteraten, und ihren Vorfahrern von Altershero nur allein pachtweiſe eingethan worden, verfolglich er aus dieſer oder anderen im Rechten gegründeten Urſachen, nach Ablauff deren in den Meyer-Briefen beſtimten Jahren, die Meyer nach ſeinen Gefallen zu entſetzen, oder den bisanhero von ihnen entrichteten jährlichen Zinß, zu erhöhen berechtiget ſeye; binnen Ordnung-Zeit beſſer als geſchehen, zu erweiſen;

Und er Leuterant, gegen nur gedachte Urtheil, ausweis ejusdem quadranguli, anfänglich Remedia ſuſpenſiva zwar einzuwenden vermeinet, nachgehends aber, das ſelbige per Sententiam publicatam den 10ten Nov. 1745. verworffen worden

Videatur Protocoll. Judiciale.

ſich [65] der Urtheil gefügt, ad probandum Zeit geſuchet, und [67] den Beweiß würcklich angetreten, daraufhin von beyden Seiten durch genugſahm bevollmächtigte Anwalde ſchließlich gehandelt,

und

und von Leuteraten [74] umb abermahlige Tranſmißion deren Acten gebeten worden ſeyn.

So komt zwar billig in rechtliche Erwegung, daß

Rationes Dubitandi.

Erſtlich er Vicarius Thoß aus dem [68] von Gegentheil ſelbſten producirten alten Meyer-Brieff de anno 1665. ein vorhero in Actis nicht vorgekommenes Argument ziehet, daß weilen in nur gedachtem Meyer-Brieff einer, die würcklich in frag ſeyende Felder und den davon zu geben ſeyenden Canonem betreffenden, Anno 1646. bey dem Amt Steurwald ausgefallener Urthel Meldung geſchiehet, die Stadt Sarſtedt und Felder qu. vormahlen nothfolglicher Weiſe unter das Amt Steuerwald, und alſo zu den kleinern Stifft müſſen gehöret haben, welchen Satz er ferners mit dem Atteſtato ſub [73] beſtärcket, auch

Zweitens ex eodem [68] darthut, daß vermög nur gedachter Urtheil über die vorausgeſetzte Korn, Gerſten, und Haber-Abgab noch alle Jahr zwey Fuder Heu, oder an ſtatt deſſen 5. Mfl. item ein jährig Schwein, ſo gut es von denen Stöppeln gehet, oder dafür drittehalb Mfl. nach belieben des Guths-Herrn habe gereichet werden müſſen, mithin damahlen ſchon die Zinſen ſeyn erhöhet worden; Ueber dieſes aber

Drittens über einige die Zinß-Steigerung betreffende Poſitiones [67] Leuteraten das Juramentum judiciale aufträget. Welche ſämtliche Gründe zu denen vorhin ſchon vorgekommenen, nicht nur die in Sententia aufgelegte beſſere, ja die ad condemnationem reorum hinlängliche und vollſtändige Prob zu erzwingen, allerdings das Anſehen gewinnen. Jedoch dringet anderen theils hervor, daß

Rationes Decidendi.

Erſtlich aus dem [68] nicht erſichtlich daß die Stadt Sarſtedt zur

zur Zeit der Stiffts-Fehde, und deren damahlen errichteten Saltzdahlumſchen- und Gandersheimſchen Receſſen unter der Jurisdiction des Amts Steuerwald geſtanden, einfolglich zu dem kleinen Hoch-Stifft gehörig geweſen ſeyn, indem die angeführte Urtheil erſt Anno 1646. den 14 Febr. ergangen ſeyn ſolle, da die Stiffts-Fehde bereits Anno 1643. durch den Braunſchweigiſchen Receß gehoben wäre, mithin die von Leuteraten [57] §. 9. wohlgegründete Zweiffel, worauf die Herrn ICti Erfortenſes in Rationibus Decidendi circa finem rechtmäßig reflectiret haben, annoch nicht gehoben ſeyn, auch durch das ferners angebrachte Atteſtatum ſub. [73] nicht gehoben werden, cum atteſtans ibi nullam atteſtati ſui rationem afferat, welches doch in gegenwärtigen Fall, da ſo viele Rationes in contrarium vorhanden ſeyn, hauptſächlich vonnöthen wäre.

Und geſetzten Falls, es wären auch die Gandersheimiſche, und Saltzdalumſche Receſſen hier pro Norma nicht anzuſehen, ſo wären doch die übrige von denen Herrn ICtis Gieſenſibus in ratione decidendi 2da und Erfortenſibus aus denen Meyer-Briefen ſelbſten hergenommene Beweg-Gründe, als da ſeynd, daß die ertheilte Briefe, Meyer-Briefe, die Innhabern deren Felder Meyer, die Felder ſelbſten Meyerſtätte genennet, und bey Ausfertigung deren Briefen, Meyer-Geld genommen worden, hinreichig genug, die Coloniam perpetuam in denen Feldern qu. zu erweiſen.

Quoad 2dum Iſt aus dem [68] keinesweges erwieſen, daß per Sententiam de anno 1646. eine Erhöhung vorgenommen worden, ſondern es erſcheinet daraus nur ſo viel, daß über die alldorten ſpecificirte Abgab deren 2. Fuder Heu, und eines Schweins ꝛc. Streit entſtanden, und ſelbiger ſo viel das alldorten ſpecificirte betrifft, in favor des Guths-Herrn entſchieden worden ſeyn. Ja es läſſet ſich vielmehr im Gegentheil dahin rechtlich ſchlieſſen, daß, wann in des Vicarii Arnoldi Wickers freyen Mächten geſtanden wäre, den Zinß nach Belieben zu erhöhen, ſelbiger nicht nöthig gehabt haben würde,

 den

den Richter darum zu belangen, und ſeine Befugniß mit Sententiis, und Rebus judicatis zu beſteiffen, ſo viel

Quoad 3tium die Delationem juramenti belanget, ſo bezeuget

Stryck. ad Prax. forenſ. C. 20. §. 3.

daß ſelbige in Caſu, da die Probatio per ſententiam auferleget worden, zumahlen in Ländereren, wo die Sächſiſche Rechts-Gebräuche obtiniren, (wie hier im Fürſtl. Hoch-Stifft Hildesheim) nicht erlaubet ſey, um ſo mehr in præſenti caſu, als ſelbige ſchon vorhin geſchehen, und in ſententionando darauf die geringſte Achtung nicht gemachet worden iſt, auch die Poſitiones noch vorgängig bey den in rem judicatam erwachſenen Urtheilen zu dem probando nicht concludiren. Dann in Sententia Leuterationis [59] heiſſet es ausdrücklich, daß Leuterant beſſer erweiſen ſolle, daß die in Frag ſeyende Ländereyen denen Leuteraten NB. und ihren Vorfahren von Alters her nur allein pachtweiſe eingethan worden, die Poſitiones [67] gehen nur auf dermahlige Leuteraten, und des Henrich Papen letzteren Vorfahren Vietgen, keinesweges aber auf dero NB. Vorfahren von Alters her. Daß aber dieſe vor einigen Jahren an erſt geſchehene nicht continuirete Erhöhung, und Abänderung des Korn-Zinſes in Geld-Zinß denen Leuteraten ihr von ihren Vorfahren hergebrachtes Erb-Meyer-Recht zu intervertiren nicht nöthig ſeyn, iſt in Rationibus decidendi, als Gieſenſibus 4ta & 5ta & Erfortenſibus verſu; Dahingegen ꝛc. ſattſam ausgeführet, und

Seynd wir dahero der rechtlichen Meynung, daß die [59] befindliche Urtheil nunmehro pro purificata zu achten, mithin die [47] befindliche Urthel primæ Inſtantiæ lediglich zu confirmiren ſeye.

Den Punctum expenſarum belangend, weilen gleichwohlen Leuterant einige neue, nicht gantz leere Fundamenta zu Führung des ihm per ſententiam auferlegten Beweiſes beygebracht, ſeynd ſelbige billig zu compenſiren, die auf die Transmiſſionem actorum aber

auf-

aufgeloffene Koſten von Leuteraten, die ſolche impetriret allein zu tragen.

Et ita concluſum in Conſilio
Facultatis noſtræ die 6ta
Martii 1747.

X.

Sententia.

Demnach von Seiten des Schaffmeiſters Liehen zu Wehmy, beſchwerend vorgeſtellet, was maſſen der Herr von Harleſſen damit umgienge, ihm die daſelbſtige Schäfferey, ob ſelbe ſchon dem von gedachten Herrn von Harleſſen relevirenden dienſtpflichtigen Meyer-Hoff von ohndencklichen Jahren her, gegen gleichförmige jährliche Präſtation anklebig geweſen, de facto zu nehmen, und der Gemeinde, um einen erhöheten Zinß einzuthun, derſelben auch würcklich einen Contract ausgeſtellet, welche dann die Hürden eigenthätiger weiſe aufgeſchlagen hätte; mit dem Nachſuchen ihm hierunter die rechtliche Hülffe zukommen zu laſſen, worauf dann die Manutenentz dahin erkannt: daß Eingangs gedachter Schaffmeiſter, in dem Beſitz der Schäfferey, worin er ſich befindet, ſo lange zu ſchützen, bis in petitorio ausgemacht ſeyn wird, daß ihm ſolche entzogen, und angeregter Gemeinde gegen eine geſteigerte Präſtation, eingethan werden könne: ſo wird mehrgedachter Gemeinde zu Wehmy bey 50 Rthlr. auf den Contraventions-Fall ſofort zu exequirender Straffe bedeutet, ſich aller Turbation zu enthalten, mithin den Schaffmeiſter Liehen in dem Beſitz der Schäfferey auf keine weiſe zu beeinträchtigen. Ruhte den 8ten May 1744.

J. H. Hentrich mpp.

Reſolutio ad Notarium.

Auf die Nahmens des Herrn von Harleſſen in Hildesheim, durch den Notarium Schröter, am 20ten inſinuirte Schedulam prætenſæ

tenſæ appellationis wird hiemit zur Reſolution ertheilet: Dieweilen die Schäfferey zu Wehmy, des daſelbſtigen Schaffmeiſters, Heinrich Liehen, dienſtpflichtigen Hoffe von ohndencklichen Jahren her anklebig geweſen, und jedesmahlige Hoffs-Poſſeſſores ſelbe gegen eine uniforme Präſtation bis dahero genutzet, durch ſolchen Zeit-Verfall dann ein erbliches, und nur aus gewiſſer in Rechten erlaubten Urſachen zu nehmendes Recht gewonnen, dergleichen aber für der Hand ſo wenig erfindlich, als wenig gemeldeter Herr von Harleſſen die prätendirete Befugniß rechtlicher Gebühr beygebracht, über die Schäfferey qu. pro arbitrio zu diſponiren, und ſolche den angeregten Liehen, für welchen er doch anfänglich wieder die von der Wehmiſchen Gemeinde beſorgte Beeinträchtigung ſich intereßiret, zu einer Zeit da ſelber die Winter-Futterungs-Koſten gehabt und nunmehro erſt einen Nutzen zeigen könte, und zwar ohne vorhergegangene, bewannten Umſtänden nach an ſich ohnſtathaffte Loßkündigung zu entziehen, und der Gemeinde gegen einen höhern als bißherigen Zinß einzuthun, dahero da die jura petitorii in actis weder inſtruiret weder liquid ſeyn, man ſich hieſigen Amts Seiten ſchuldig erachtet, mehr ermeldeten Schaffmeiſter Liehen die Manutenentz wieder die von beſagter Gemeinde mittelſt eigenrichterlicher Aufſchlagung der Hürden und Düngungen der Aecker unternommene und von den Herrn von Harleſſen unterſtützte Turbation angedeyen zu laſſen; wodurch dann dieſer deweniger beſchweret, da die erkannte Manutenentz deſſen vermeintlich habenden und allenfalls in petitorio auszuführen ohnbenommenen Recht gantz ohnſchädlich iſt: So läſſet man hieſigen Amts Seiten die angemaſſete Appellation auf ihren kundbahren Ohnwerth demehr beruhen, da in den abgegebenen Mandato inhibitorio von 8. huj. nicht ein Schatten eines gravaminis obhanden. Welches dann der Notarius inſinuans loco reſolutionis & refutatoriorum ſeinen Requirenten zu hinterbringen und den allenfalls auszufertigenden Inſtrument einzutragen hat. Reſol. Ruthe den 23ten May. 1744.

J. A. Hentrich mpp.

XI.
Sententia.

In Sachen Henrich Claren von Sarſtedt Imploranten an einen, entgegen und wieder die Wittib Schatz-Einnehmerinn Ludgers Imploratin an andern Theile iſt allen An- und Vorbringen auch wohl erwogenen Umſtänden nach, zu Recht erkandt: Daß Kläger bey den Beſitz der ½ Huffe Landes auf den Helperder Felde und daran prätendirten Erb-Meyer-Rechte ſo lange zu ſchützen, biß Beklagtin ein anderes, und daß Klägeren daran nichts mehr als ein bloſſes Pacht-Recht zuſtehe, in petitorio zu Recht dargethan. Dann wird Proc. Schackier um deswillen, daß er der Ordnung zuwieder ſich nicht legitimiret in 2. fl. Straff damit condemniret, und dieſelbe in proxima beyzubringen ihm ſub poena dupli injungiret, die Expenſæ litis aber biß zur Sachen Endſchafft außgeſetzet. Wie Wir Churfürſtl. Cöllniſche zum Hochſtifft Hildesheimiſchen Hoff-Gerichte verordnete Hoff-Richter und Aſſeſſores alſo für Recht erkennen, manuteniren, condemniren, injungiren, und ausſetzen. V. R. W.

Publ. in Iud. Hildeſ. den 27ten Octobr. 1744.

XII.
Sententia.

In Appellations-Sachen Peter Hames und Tönnies Böhny zu Hilvershauſſen Bekl. und Appellanten an einen, wieder die Gebrüder, Joh. Henrich und Jürgen Andreas Behrens zu Crimmeſſen Kläg. und Appellaten am andern Theile, wird wollerwogenen Umſtänden nach hiermit für Recht erkannt; daß die Appellation in ihren Formalien beſtändig und anhero erwachſen, Materialia aber anlangend in erſter Inſtantz übel geſprochen, und woll davon appelliret, dannenhero Kläg. und Appellanten die von Bekl. und deren Vorfahren ſeit undenklichen Jahren gegen Abführung eines uniformen Ca-

nonis cultivirete 2. Huffen Lehn-Ländereÿ quæſt. ex cauſa propriæ indigentiæ einzuziehen, noch zur Zeit und zwar um ſo weniger, da nach ihren eigenen Geſtändniß ihr Vatter alß Lehn-Träger noch am leben, und es alſo ihnen an einem jure agendi fehlet, nicht befuget. Wie Wir Churfürſtl. Cöllniſche zum Stifft Hildesheimiſchen Hoff-Gericht verordnete Hoff-Richter und Aſſeſſores alſo erkennen, auch Appellaten in die veruhrſachte Unkoſten dieſer Inſtantz fällig vertheilen V. R. W.

Publ. den 11ten Mart. 1748.

XIII.

Sententia.

In Sachen Martin Henrich Engelcken und deſſen Schwieger-Sohns Joh. Behrend Stoffregen zu Saltz-Detfurt Imploranten an einem wider Burgemeiſter und Rath zu Bokenem und Joh. Henrich Rätz Imploraten am andern Theile in p̃cto 22½ Morgen Meyer-Ländereyen wird hiemit vor Recht erkannt, daß Imploranten bey dem erlangten Meyer-Rechte an gedachten Ländereyen, ſo lange ſie ihren Pflichten nachkommen werden, alles unerheblichen Einwendens ohngehindert zu laſſen und zu ſchützen, imploratiſcher Magiſtrat auch denenſelben einen neuen Meyer-Brieff zu ertheilen ſchuldig ſey. Uebrigens läſſet man es, was die zur Meyerſtatt gehörige 2. Morgen anlanget, bey denen untern 11ten Sept. 30ten ejusd. und 28ten Decemb. 1737. abgegebenen rechtskräfftigen Decretis nochmahls lediglich bewenden, und wird ſo wol Imploranten als denen Imploraten, binnen 4. Wochen cum ratihabitione retroactorum Procuratorem ad acta zu beſtellen, und mit gehöriger Vollmacht zu verſehen injungiret, Proc. Barch aber wegen nicht beygebrachter Legitimation in 2. Gſl. Straffe damit vertheilet. Wie wir Churfürſtl. Cöllniſche zum Stifft Hildesheimiſchen Hoff-Gericht verordnete Hoff-Richter und Aſſeſſores alſo erkennen, reſp. ſchützen, injungiren und vertheilen Imploraten

ploraten auch in die denen Imploranten verurſachete Koſten nach deren vorgängigen Verzeichniß und Richterlicher Mäßigung verdammen. V. R. W.

Votum.

Von Imploranten iſt, ſo wenig die Beſtellung eines Procuratoris ad Acta, als von den Magiſtrat und Rätz die Bevollmächtigung ihrer Anwälde hinlänglich berichtiget; denn obſchon Procur. Lehner vor Barch, mit Rätzen, und Proc. Warnecke mit denen Imploranten bey den mündlichen Verhöre aufgetreten, ſo iſt jedoch nicht dafür zu halten, quod ad totam cauſam gerendam dati ſint,

Leyſer ad ff. Spec. 53. Med. 12.

Schaumburg princ. prax. C. 2. §. 22.

weswegen dann ſelbige zu ihrer Obliegenheit anzuweiſen, und inſonderheit Proc. Barch, welcher die Handlungen von Rätzen übergeben, in pœnam ordinis zu vertheilen iſt.

Die Gerichtbarkeit dieſes Dicaſterii iſt ohnſtreitig fundiret, weil der Magiſtrat zu Bokenem ohnmittelbahr unter den Hoff-Gerichte ſtehet, und perſonam rei unmöglich decliniren kann, maſſen er dadurch, daß er ſich berechtiget gehalten, die bishero von Imploranten cultivirete Meyer-Ländereyen denſelben zu nehmen, und damit dem Rätzen wieder zu bemeyern, an dem zugefügten Gravamine faſt den mehreſten Antheil hat, welcher Punct vor deſſen unmittelbahrer Obrigkeit, keinesweges aber von den Rath ſelber zu erörtern und zu entſcheiden iſt.

Rätz beziehet ſich zwar auf das beneficium primæ inſtantiæ, und hat nicht nur dem Angeben nach bey den Amte Wintzenburg den 4ten Apr. 1737. wegen der 2. Morgen Mandatum de non turbando ausgewürcket, ſondern auch vorgeſchützet, daß in der dem Pro-

curatori zum mündlichen Verhör zugeſtellet geweſenen ſchrifftlichen Inſtruction das Beneficium primæ inſtantiæ bedungen worden.

Weil aber 1) darauß, daß der Magiſtrat dem Räß mit denen Ländereyen, woran dieſer ein Meyer-Recht zu haben behauptet, zu bemeyern ſich berechtiget hält, die Connexitas cauſæ offenbahr zu Tage lieget, cum unum dependeat à deciſione alterius

Frid. Mind. de Cont. cauſ. c. 1. n. 9.

Fichard. Vol. 1. Conſ. 134. n. 5.

und in Rechten verordnet iſt, ut nulli prorſus audientia præbeatur, qui cauſæ continentiam dividit, & quod in uno eodemque judicio poterat terminari, apud diverſos judices voluerit ventilare

L. 10. C. de judic.

Ueberdem 2) beſagter Räß, wann gleich keine Connexitatas cauſæ vorhanden, dennoch nachhero bey den mündlichen Verhör ſich würklich eingelaſſen, mithin die jurisdictio pro prorogata zu halten wäre, wogegen das Angeben von einer in der ſchrifftlichen Inſtruction enthalten geweſenen Bedingung, weil ſolche in termino nicht produciret, noch ad protocollum dictiret worden, ihm allenfals keinesweges zu ſtatten kommen würde, zu geſchweigen daß 3) dieſe Außflucht ſchon in den Decretis von 30ten Sept. und 23ten Dec. 1737. rechtskräfftig verworffen worden, ſo iſt darauff nicht weiter zu reflectiren.

Bey der Haupt-Sache komt es auf die Frage an: ob der Magiſtrat zu Bokenen befuget ſey, denen Imploranten die Meyer-Ländereу zu nehmen, und dem Räß wieder damit zu bemeyern, welcher daran vor jenen das Meyer-Recht zu behaupten ſuchet? Daß der qu. Vierthel eines Meyer-Hoffes von 22½ Morgen ein eigentliches Meyer-Guth ſey, welches ſeiner Natur und Eigenſchafft nach pro arbitrio domini und ohne begründete Uhrſache dem Colono nicht genommen

werden

werden mag, wird von den Magiſtrat nicht geſtritten, welcher auch keinesweges behauptet, daß eine Colonia temporaria, wovon er nach Ablauff derer Meyer-Jahre willkührlich diſponiren könne, vorhanden ſey, ſondern vielmehr ein jus perpetuum & hæreditarium ſelber dadurch einräumet, wann er ſouteniren will, daß demjenigen, welcher die Hoff-Stelle, wozu die Länderey gehöret, von Alters her inne gehabt, auch den Hoff-Zinß davon beſtändig abgetragen, das Meyer-Recht zuſtehe, und die Länderey von deſſen Hoffe nicht verrücket werden können.

vid. No. act. 6. 7.

Wie dann auch aus denen Worten des Meyer-Briefes de 1652. N. act. 17.

„wann aber die 12. Jahre verfloſſen, daß ſie alsdann aufs
„neue mit uns zu meyern ſchuldig ſeyn ſollen

Conf. etiam der Meyer-Brieff no. act. 2.

gantz deutlich erhellet, daß das Meyer-Recht mit Ablauff derer Meyer-Jahre nicht expiriren ſoll, welches auch ohnedem, wann es gleich der Contract nicht in Munde führete, dem Saltzdahlumſchen Landtags-Abſchiede Art. 19. gemäß iſt, weil darin ausdrücklich verſehen, daß die Meyer bey der Meyerſtatt zu laſſen, wann gleich ſelbige erlediget, oder heimgefallen ſind; woraus dann ſowol als aus denen angeführten Worten des Meyer-Contracts erhellet, daß ein jus perpetuum und die Bedingung einer gewiſſen Meyer-Zeit keinesweges mit einander ſtreiten.

V. Dn. Strube in Acceſſ. ad. Comment. de Jur. villic. Obſ. 2.

Es ſind ſolchemnach die vorgebrachte eigentlichen Urſachen zu unterſuchen, warum Imploratiſcher Theil in den Gedancken ſtehet, daß

Imploranten der Meyerſtatt entſetzet, und ſelbige dem Rätz beygeleget werden müſte?

Zu dem Ende wird angeführet, daß die Länderey vor undencklichen Jahren bey den Hauſe, welches Rätz in Saltzdetfurt bewohnet, cultiviret worden, derſelbe auch noch von der Hauß-Stidde des verwüſteten Dorffs Tidexen, wovon ſelbige ein pertinens geweſen, den Zinß nemlich 1 Hbten Saltz und 2. Hüner der Obedientz abtragen müſte. Weil nun Engelcke, welcher vordem ſein Hauß auf den Saltze ſeiner Schweſter, des Rätzens Mutter, gegen ein gewiſſes Quantum überlaſſen, unrecht gethan, daß er die Länderey von ſolchen Hauſe mit hinweg genommen, und dem Inhaber das Onus zurück gelaſſen, mithin den Guths-Herrn hintergangen, ſo ſtünde Rätzen frey, das Meyer-Recht und die Länderey wieder zu vindiciren. Da auch ferner Imploranten No. act. 15. ſich pro Emphyteutis ausgeben, mithin dem Anſehen nach das Dominium pro parte dem Rath intervertiren wollen, die Veräuſſerung der Meyer-Güther aber in der Policey-Ordnung §. 83. 84. ausdrücklich verboten, und nach den Saltzdahlumſchen Landtags-Abſchiede die Abmeyerung nach ſich ziehet, ſo möchte man dafür halten, daß des Magiſtrats Verfahren auch darum gerechtfertiget werden könnte.

Nun iſt zwar in der Dienſt-Ordnung §. 28. verſehen, daß die Partes integrantes der dienſtpflichtigen Höffe, ſo ſeit 1665. ohne des Dienſt- und Guths-Herrn Conſens davon abgeſpliſſen, denen Höffen wobey ſie gehören, wieder beygeleget werden ſollen; Allein es iſt 1) nicht dargethan, daß die qu. Meyer-Länderey, ob gleich ſolche Engelcke vordem bey des Rätzens Hauſe cultiviret hat, ein Pertinens deſſelben ſey, qualitas autem pertinentiae ab aſſerente probanda eſt

Roſenthal de feud. C. 12. Concl. 15. no. 64.
Harpr. Conſ. 8. no. 535.
Horn Claſſ. 11. Reſp. 49.

nec

nec ſola compoſſeſſio facit pertinentiam

Berger E. D. F. p. 1108.

Leyſer ad ff. Spec. 110. Med. 7.

nec relevat ab onere probandi

Lyncker Vol. 2. R. 76. n. 25.

ſondern es erhellet vielmehr daraus das Gegentheil, daß nicht nur der Rath, wie nicht wiederſprochen wird, ſchon 40. und mehr Jahre her geſchehen laſſen, daß Engelcke die 22½ Morgen Landes, nachdem er ſein damahliges Hauß des Rätzens Mutter überlaſſen, bey ſeiner jetzigen Wohnung cultiviret hat, ſondern ſogar ſelber in actis ſouteniret, daß die Länderey in alten Zeiten ein Pertinens eines Hoffes zu Tidexen geweſen ſey. Weil nun überdem in der Policey-Ordnung nur von dienſtpflichtigen Höffen und deren partibus integrantibus die Rede iſt, des Rätzens Hauß auf dem Saltze aber von ſolcher Qualität allen Vermuthen nach nicht ſeyn muß, weil ſonſten der Dienſt-Herr die Dismembration ſonder Zweiffel verhindert haben würde, ſo findet obiger Lex provincialis hier keine Application

2) Geſtehen zwar Imploranten ein, daß der Magiſtrat zu Bokenem in den vor alters verwüſteten Dorffe Tidexen einen Hoff gehabt, wozu dieſe Meyer-Ländereyen mit gehöret, Rätz aber hat noch nicht einſtens erwieſen, daß er daſelbſt die Hoff-Stelle davon, oder denjenigen Raum, welchen der Hoff vordem eingenommen, in Beſitz habe, und ſo lange ſolches nicht geſchiehet, iſt ſeine Reunions-Klage vergeblich. Es iſt auch irrig, daß Engelcke in den erſten Exhibito eingeſtanden haben ſoll, er hätte den Tidexer Hoff-Platz, wozu die Länderey gehöreten, und wovon jährlich 1. Himbten Saltz und 2. Hüner entrichtet würden, dem Rätz vor Jahren überlaſſen. Denn es iſt daſelbſt nicht von einen Tidexer-Hoff-Platz, ſondern nur in genere von einen überlaſſenen Hoff-Platze, (wozu die Ländereyen des Rätzens Vorgeben nach gehören ſolten) gedacht, und wie das Exhibitum

hibitum vom 8ten Aug. 1737. N. 15. ergiebet von den vor 40. Jahren des Rätzens Mutter käuflich überlaſſenen Vätterlichen Hauſe die Rede.

Daß 3) der Zinß von einen Himbten Saltz und 2. Hüner, welchen Rätz dem Capitulo Stæ Crucis abträget, der Meyerſtatt anklebe, iſt gleichfalß unerwieſen. Das Teſtimonium des Voigts zum heil. Creutze No. act. 5. worin er, daß ſolcher nicht vom Hauſe auf den Saltze, ſondern von Hoffe in Tidexen, gegeben werden müſte, bezeuget, machet keinen Beweisthum, quoniam teſtimoniis injuratis non creditur,

L. 3. §. 3. de teſtib.

Solches iſt auch ſo wol als der Extractus Libri annotationum & redituum obedientiæ Canonici Schwartzen de 1679. No. act. 4. worin bey Tidexen geſchrieben ſeyn ſoll:

„ von die wüſten Hauß Stidden 3. Himbten Saltz it.
„ Hüner:

nur in einer bloſſen Copey bey denen actis befindlich. Ja wenn man gleich dem unerwieſenen Fall ſetzen wolte, daß das Saltz und Hüner von einen wüſten Hoffe, oder Hauß-Stidde in Tidexen gegeben würde, ſo könte jedoch aus der Abgabe eines Canonis von der wüſten Hauß-Stidde in Tidexen keinesweges gefolgert werden, daß ſolcher auf den vor alten Zeiten dabey cultivirten Meyer-Ländereyen mit haffte, ſondern es würde vielmehr daraus folgen, daß dieſer Zinß nur ein Onus des Hoffes ſey, zumahlen er nicht dem Guths-Herrn der Länderey, ſondern einem tertio bezahlet wird.

Geſetzt auch 4) daß Rätz den wüſten Hoff-Platz an den Orte, wo vor dieſem das Dorff Tidexen geſtanden, noch würcklich in Beſitz hätte, ſo würde jedoch eben ſo wenig behauptet werden können, das Engelcke deswegen die von undencklicher Zeit her nicht mehr dabey culti-

cultivirete Ländereŋ ihm abzutreten ſchuldig ſeŋ. Denn in der Dienſt-Ordnung §. 28. wird nur dem Meŋer, welcher einen dienſtpflichtigen Hoff cultiviret, die Reunion verſtattet, und die Ratio legis, warum die partes integrantes eines dienſtpflichtigen Hoffes davon nicht getrennet werden ſollen, beſtehet darin, daß der Hoff in ſeiner Conſiſtenz bleiben, und der Beſitzer deſſelben per ſeparationem agrorum dem Publico und Dienſt-Herrn nicht inutil gemacht werden möge, welche Ratio aber beŋ einer von undencklichen Zeiten wüſte gelegenen Hoff-Stelle eines gänzlich eingegangenen Dorffes, wovon der Dienſt nicht mehr geleiſtet wird, gar nicht einſchläget. Der Guths-Herr aber hat die Trennung der Ländereŋen von den Hoff-Platze längſtens bewilliget, wie die beſtändig geſchehene Bemeŋerungen an die auf dem Saltz wohnende Imploranten, und daß Gudewill daſelbſt die Hälffte der Meŋerſtatt beſitzet, bezeuget, folglich iſt es allenfalß eine Exceptio de jure tertii, daß er unter obigen Vorwande eine Reunion behaupten will.

Daß 5) Imploranten No. act. 15. ſich vernehmen laſſen, der Guths-Herr wäre dem Emphyteutæ ex contractu emphyteuticario verbunden, dagegen hat zwar derſelbe nicht ohnbillig proteſtationem eingeleget, allein es folget dahero keinesweges, daß jene ſich deswegen der Meŋerſtatt verluſtig gemacht. Denn, da hier von den Dominio gar keine Frage iſt, ſo können ſie ſolche Expreſſion nur etwa in den Verſtande gebrauchet haben, daß der Meŋer-Brieff eben die Verbindlichkeit hätte, als ein Contractus emphyteuticarius, weil ſolcher mit den Meŋer-Rechte eine groſſe Verwandſchafft hat; Confeſſio autem dubia confitenti innoxia eſt

Harpr. Conſ. 95. n. 464. & Reſp. 92. n. 168.

& interpretanda in favorem ejus

Mev. P. 8. D. 367. n. 5.

Ludolf Symph. Vol. 2. Conſ. 7. pag. 375.

Hätten ſie aber auch den Meyer-Brieff deswegen und in den Verſtande Contractum emphyteuticarium genannt, weil ſie mit einigen Doctoribus in den Gedanken geſtanden, daß die Conductio perpetua dem Colono ein Dominium mittheile, und die Meyer-Güther ad bona emphyteutica zu referiren wären, ſo wäre nur circa principium juris gefehlet, weil dem Meyer daran kein Dominium zuſtehet

Gandersheimiſcher Landtags-Abſchied §. 19.

Ludewig de Iur. Client. Sect. 3. C. 4. §. 8.

Dn. Strube in Iur. Villic. C. 2. §. 3. ſeqq. & in Acceſſion. Obſ. 1. p. 8. 9. it. pag. 139.

In illis autem, quæ juris ſunt, confeſſio neque obeſt neque prodeſt confitenti.

Surdus Vol. 1. Conſ. 404. no. 72.

Lauterb. de Confeſſ. th. 15.

Aus dieſem allen erhellet alſo, daß Rätz an denen qu. Ländereyen kein Meyer-Recht behaupten kann, ſondern vielmehr Imploranten dabey zu ſchützen, und dem Rath aufzugeben ſey, daß er ihnen einen neuen Meyer-Brieff ertheilen müſſe.

Was endlich die zu dieſer Meyerſtatt gehörige 2. Morgen Landes an der Lamme anlanget, ſo giebet zwar Rätz in ſeinen letzten Exhibito von 10ten Mart. 1737. No. 33. für, daß dieſer Punct nach eingebrachter Juſtification ſeiner Remediorum in ohnerörterten Rechten ſchwebe, und avanciret ferner in actis, daß er die 2. Morgen jederzeit cum onere emphyteutico in Beſitz gehabt, auch nie eingeſtanden, daß er ſolche von Engelcken Arths-Weiſe beſeſſen.

Weilen aber 1) derſelbe nicht allein einräumet, daß die qu. 2. Morgen zu den Meyer-Lande gehören, ſondern auch 2) beym mündlichen Verhör No. act. 13. und beſage von den Ober-Voigt

Lerchen abgehaltenen Protocolli No. 14. geſtanden, daß er ſelbige nur Arths-Weiſe inne gehabt, und Engelken den jährigen Zinß entrichten müſſen, hingegen 3) mit nichts erwieſen, daß der ſogenante Erben-Zinß von eben dieſem Lande entrichtet wird, überdem 4) ſchon in verſchiedenen Decretis von 11ten Sept. 30ten Sept. und 23ten Dec. 1737. erkannt worden, daß er ſich deſſelben enthalten, und Kläg. bey deren ruhigen cultur ohngekräncket laſſen ſollte, welches letzte auch völlig in rem judicatam getreten, quæ firmiſſimum jus tribuit;

Dd. ad Tit. ff. de re jud.

ſo iſt es dabey billig zu laſſen, und nachdem Imploratiſcher Theil dieſen Proceß ohne alle erhebliche Urſache veranlaſſet, und gäntzlich ſuccumbiret, derſelbe in die denen Imploranten verurſachete Koſten, welche der Ordnung nach nur in ſehr zweiffelhafften Fällen compenſiret werden ſollen, zu vertheilen

XIV.

Sententia.

Auf eingewandte Leuterungen, deren Juſtificationes, und erfolgtes ferneres rechtliches Einbringen, in Sachen Martin Henrich Engelcken und deſſen Schwieger-Sohn Johann Behrend Stoffregen, Imploranten an einem, Burgermeiſter und Rath zu Bokenem, und Johann Henrich Rätz Imploraten am andern Theil modo beyderſeits Leuteranten und Leuteraten, erkennen Churfürſtl. Cöllniſchen Stifft-Hildesheimiſche Hoff-Richter und Aſſeſſores auf vorgehabten Rath der Rechtsgelehrten, vor Recht. Daß es eingewandter Leuterungen ohngeachtet, bey der den 8ten Jan. 1739. eröfneten Num. Act. 34. befindlichen Sententz billig verbleibet, jedoch mit dieſer Erklährung daß vorkommenden Umſtänden nach, die beyderſeits aufge-

wandten Unkoſten nicht unbillig gegen einander zu compenſiren und aufzuheben. V. R. W.

Daß dieſes Urthel denen Rechten und uns zugeſchickten Acten gemäß, bekennen wir

(L. S.) Ordinarius, Senior und ſämtl. Aſſeſſores der Juriſten-Facultät auf der Königl. Groß Brit. und Churfürſtl. Braunſchw. Lüneburg. Georg-Auguſtus-Univerſität zu Göttingen. Urkundlich mit unſerm Inſigul beſiegelt.

Rationes Decidendi.

Obwohl die beyderſeits angeführte die Hauptſache betreffende Gravamina dahinaus lauffen, daß Implorant Engelcke die Länderey, welche ſo lange Jahre bey des Imploraten Rätzens Hauſe cultiviret worden, hinweggenommen, und das Commodum der Vermeyerung an ſich gezogen, hingegen das auf derſelben hafftende Onus gefährlicher weiſe ihm zuſamt den Hauſe auf dem Halſe gelaſſen; zu deſſen Beweiß erſtermeldter Rätz nicht nur die

N. act. 36.

befindliche Articulos, ſondern auch

Num. act. 43.

ein beſonderes Atteſtatum des zu dem Ende vorgeſchlagenen Zeugens beygebracht, und endlich ſich noch gar der Eydes-Delation über die

Num. act. 45.

enthaltenen Puncte bedienet; ſolchergeſtalt aber, und wenn dieſes voraus geſetzet: daß die quäſtionirte Länderey als ein Pertinentz des Rätziſchen Hauſes anzuſehen, dieſer Rätz dieſelben juxta tradita

Dni Strube in Acceſſ. ad comment. de jure Villicor. Th. XXXII.

um

um ſo mehr zu vindiciren und mit ſeinem Hauſe zu reuniiren berechtiget zu ſeyn ſcheinet, als dergleichen Reunion derer dienſtpflichtigen Ländereyen in der Dienſt-Ordnung §. 28. nach welcher ſie ohne des Dienſt- und Guth-Herrns Conſens von denen Höfen, wobey ſie ſonſt cultiviret worden, nicht zu trennen, gegründet iſt; folglich ſo wohl des Raths zu Bokenem Beſchwerde, daß er dem Imploranten über die per dolum erſchlichene Meyer-Länderey einen neuen Meyer-Brieff zu geben ſchuldig erkant, als auch des Rätzens damit übereinſtimmendes erſtes Gravamen, daß Engelcke auf ſolche Weiſe bey der Meyerey geſchützet worden, vor erheblich gehalten werden, und deſſen zweytes in Anſehung derer zur Meyerſtatt gehörigen zwey Morgen Landes formirtes Gravamen wenigſtens wegen des demſelben ex capite negligentiæ Advocati angehängten Reſtitutions-Geſuchs nicht auſſer aller Acht zu laſſen ſeyn möchte, mithin, daß die vorige Sentenz auch in dem Hauptwerck vielmehr geändert, als beſtätiget werden ſollen, es das Anſehen gewinnet; Dennoch aber und die weilen die in Quäſtion kommende Länderey ein ohnſtreitiges Meyer-Guth iſt, ſo ohne erhebliche Urſachen dem alten Colono nicht genommen, und einem neuen gegeben werden mag, von denen cauſis expellendi Villicos aber, ſo

Dn. Strube in Comment. de jur. Villic. C. VIII. §. 8. ſeq.

ſorgfältig recenſiret, alhier keine eintzige zu finden, und diejenigen, welche pro coloranda expulſione in gegenwärtigen Caſu angeführet worden, bereits in denen gründlich deducireten Rationibus decidendi der vorigen Sentenz ihre abhelffliche Maſſe erhalten, anerwogen, daß qu. Meyer-Länderey ein Pertinenz des Rätziſchen Hauſes, und folglich der Reunion unterworffen ſey, wie in nur gedachten Rationibus decidendi des mehreren an und ausgeführet iſt, mit nichts erwieſen, alles dasjenige aber, was theils in denen übergebenen Beweis Articuln, theils in denen Puncten worüber zuletzt noch der Eyd deferiret werden wollen, zu dieſem Behuff angebracht iſt, darum nichts releviren mag,

weilen

weilen von der Abgabe eines gewiſſen Canonis, und zwar nicht an den Guths-Herrn, ſondern an einen Tertium auf das Meyer-Recht, wor-von hier eigentlich die Rede iſt, nicht geſchloſſen werden kann, und al-lenfalß Rätzen dieſes Oneris wegen, an Engelcken beſondere Satisfa-ction zu ſuchen, unbenommen bleibet, daher aber weder ihm noch dem Rath zu Bokenem ein Ius zur Abmeyerung erwächſet, hiernächſt das-jenige, was aus der Dienſt-Ordnung angezogen worden, hier keine Application findet, weilen durch die ſo lange Jahre continuirte Meye-rung der Länderey an die auf den Saltz und alſo in einem andern, als den Rätziſchen Hauſe wohnende Imploranten die Trennung des Meyer-Landes von dem Hoff-Platz längſtens tacite und ipſo facto bewilliget worden; Im übrigen das von Rätzen ſeinen zweiten Grava-mini appendicirte Reſtitutions-Geſuch, wieder die rechtskräfftigen De-creta darum keine ſtatt haben mag, weilen es bey der in actis

Num. 13. & 14.

vorkommenden gerichtlichen Confeſſion, daß er die quäſtionirte Morgen-Landes von Engelcken nur Artsweiſe inne gehabt, und dem-ſelben deswegen den jährlichen Zinß entrichten müſſen, an einer Læ-ſion, und alſo an dem Fundamento reſtitutionis in integrum gäntz-lich fehlet; Inzwiſchen dieſe gantze Sache ſo ſehr auſſer allen Zweiffel nicht iſt, daß nicht die Compenſatio expenſarum Platz greiffen ſolte, immaſſen gleichwol Implorat Rätz aus der Abführung des Ca-nonis an das Capitulum St. Crucis einigen Anſchein vor ſich hat, welcher auch dem Rath zu Bokenem zur Befreyung à temeritate liti-gandi mit zu ſtatten kommet, ſo ſind wir vorige Sentenz zu confir-miren und reſpective ratione expenſarum zu declariren bewogen worden.

XV.

Sententia.

In Sachen des Herrn Hoff-Cammer-Rath Abell Kläg. und Leute-raten an einem, entgegen Behrend Bültemann Beklagten und Leu-

teran-

teranten an andern Theil erkennen Churfürſtl. Cöllniſche zum Stifft Hildesheimiſchen Amt Peine verordnete Droſt und Beamte auf eingeholten Rath auswärtiger Rechtsgelahrten vor Recht. Nunmehr aus den Acten ſo viel zu befinden, daß die Klage immaſſen ſie angebracht, folgbahr auch das Zeugen-Verhör nicht ſtatt finde, Beklagter mithin von der Inſtantz zu entbinden, die Koſten aber aus beweglichen Urſachen zu compenſiren. V. R. W.

(L. S.) Daß dieſes Urthel den Rechten und uns zugeſandten Acten gemäß, bekennen wir Decanus. Senior und andere Doctores der Juriſten Facultät auf der Hertzogl. Braunſchw. Lüneburg. Julius-Carl-Univerſität zu Helmſtedt. Uhrkundlich Unſers hiebeygedruckten Inſiegels

Publicata hæc ſententia citatis partibus Peine 10ten Septembris 1748. Herrn Ritter nom. Leuteranten bedanckte ſich für die in der Hauptſache wohlgeſprochene Urthel; ra͂one Expenſarum compenſatarum aber reſervirte reſervanda, copiam ſententiæ & rationum petendo. Herr Lohnau ex ſubſtitutione Pro͂ris Meyer n͂oie Leuteraten appellirte ſtante pede & viva voce ad judicium ſuperius, requirirte Acta 1. 2. & 3tia vice offerendo ſe ad ſolennia copiam ſententiæ cum rationibus bittend.

In fidem
Fl. de la Tour

Rationes Decidendi.

Der Herr Cammer-Rath Abell hat Beklagten ſeinen Meyer, darum der Meyerſtätte vor verluſtig zu erklähren gebetten, weil er ſolche ohne Guths-Herrl. Conſens verkauffet, Beklagter hat dieſes geleugnet, worauf der Herr Kläger ſo fort zum Beweiß ſchreiten wollen, indem er Articul übergeben, und gebeten, den Käuffer ſelbſt über ſolche abzuhören. Da Beklagter hierauf nicht gehandelt, iſt erkannt wor-

worden, daß mit Abhörung des Zeugens zu verfahren ſey. Gegen dieſes Erkäntniß hat Beklagter Leuterung eingewendet, und als in dieſer Inſtantz Acta geſchloſſen worden, ſeyn ſolche an uns zu Abfaſſung einer Urthel gelanget.

Ob nun wohl in Teutſchlandt es hin und wieder Rechtens und Herkommens iſt, daß alle Veräuſſerungen der Meyer-Güther auch die Oppignorationes und Dationes in dotem, wann ſolche ohne Guthsherrlichen Conſens vollzogen worden, mit der Pœna caducitatis beſtraffet werden. Ob auch wohl ferner dieſes ſeine Richtigkeit hat, daß ein Kläger ſofort non expectata judicis interlocutoria zum Beweiß ſchreiten, und wo der Product gegen den Zeugen keine erhebliche Einwendung machet, noch Interrogatoria übergiebet, in Contumaciam gar wohl mit Abhörung des Zeugens verfahren, und dann, waß der Product noch vorzuwenden vermeinet, in den ſogenandten Diſputir-Sätzen beygebracht werden kan; demnächſt dieſes nichts zur Sache thun will, daß Herr Kläger nur einen Zeugen aufgeſtellet, indem doch nach der Praxi judiciorum es alsdann darauf ankomt: ob nach Maaßgabe der Auſſagen entweder aufs ſuppletorium oder purgatorium jusjurandum erkandt werden könne, mithin es anſcheinen will, daß letztere Urthel durchgehends beſtättiget und Beklagter in die Koſten des verzögerten Proceſſus vertheilet werden müſte; So wollen jedennoch alle dieſe Gründe hier nicht anſchlagen.

Dann da iſt

I) in Erwegung zu ziehen, daß in ſubſtrato inter perfectionem & conſummationem contractus ein Unterſcheidt muß gemacht werden, wenn auch alles wahr iſt, was Herr Kläger vorbringet. Die Perfectio contractus beſtehet darinnen, wann die Contrahenten ſuper re & pretio eins worden, die Conſummatio aber erfolget, wann der Verkäuffer tradiret.

Wann nun

II) wie Herr Kläger auch der Meinung iſt, diesfals à bonis emphyteuti-

teuticis ad villicalia argumentiret werden kan, ſo iſt ja dabey zu betrachten, daß der vorhabende Kauff- und Verkauf dem Guths-Herrn nur darum denuntiiret werden darff, ob er ſich des Näher- und Vorkauf-Rechts bedienen wolle?

L. 3. C. de jur. emph.

mithin muß ja der Villicus ſchon vorher mit jemand einig ſeyn, wie viel dieſer geben will? ſo lange er aber in dieſem Schranken bleibet, iſt das Negotium annoch imperfectum, und muß mithin auch die Privatio und Caducitatis poena ceſſiren.

dieſem tritt

III) bey, daß nach der Hildesheimiſchen Policey-Ordnung Art. 84. & 85. dem Villico, neglecto Domini conſenſu, alienatori nur eine Geld-Buſſe von 10. fl. nebſt Annullirung des Contracts, keinesweges aber Poena caducitatis dictiret werden kan;

wann nun gleich ſonſt

IV) der anzutretende Beweiß noch ſo viel Favorem hat, ſo kann er doch von einem Richter unmöglich anders zugelaſſen werden, als wann er aus denen Articuln ſiehet, daß wann der Zeuge ſolche bejahe, nothwendig pro producente müſſe geſprochen werden. Ea enim ſaltem ſunt probanda, quæ, ſi probata fuerint, probanti ſunt profutura; quæ vero licet probata fuerint, tamen momentum in cauſa non faciunt, ea temere probantur. Da aber nun

V) Herr Kläger bloß auf einen geſchloſſenen Kauff-Handel libelliret, auch darauf nur articuliret, davon hingegen daß zur Uebergabe geſchritten worden ſey, nichts gedacht, worauf es doch ankomt, alſo der Libell nicht concludent iſt, und die Articul nicht pertinent ſeyn, mithin, wann der Zeuge ſolche ſchon ſchlechterdings bejahete, dennoch nicht juxta petita libelli geſprochen werden könte, und dieſes.

VI) Um ſo weniger, alß Herrn Klägern die Hildesheimiſche Policey-Ordnung entgegen ſtehet:

So haben Wir nothwendig ſo, als in ſententia enthalten erkennen, die Unkoſten aber deſſen ohngeachtet aus der Urſache compenſiren müſſen; weil Beklagter das vorige Erkäntniß per contumaciam guten Theils veranlaſſet, auch ſonſt durch ſeines Advocaten ſchlechtes Schreibwerck, da er nicht gleich Exceptionem incompetentis actionis opponiret und ſolche demonſtriret, Herrn Klägern abgewieſen, ſondern, durch gäntzliche Negation der Klage dieſem auf die Gedancken gebracht hat, daß er nun zum Beweiß ſchreiten könne. A. V. R. W.

XVI.

Urtheil.

Auf übergebene Leuterungs-Schrifften, und erfolgtes ferneres Verfahren, in Sachen Hans Hinrich Iſenſee zu Sarſtedt, Klägers an einem, entgegen und wieder die Vicarien bey der Dom-Kirche zu Hildesheim, wie auch Hans Hinrich Steinweden zu Sarſtedt, Beklagte am andern Theil, erkennen Churfürſtl. Cöllniſche zum Hoff-Gericht des Hoch-Stiffts Hildesheim verordnete Hoff-Richter und Aſſeſſores, auf eingeholten Rath auswärtiger Rechts-Gelehrten, hiemit für Recht: Nunmehro aus den Acten ſo viel zu befinden, daß es bey dem am 11ten Januar. 1748. publicirten Num. Act. 52. befindlichen Altorfiſchen Urtheil lediglich ſein verbleiben habe. Von Rechtswegen.

(L. S.) Daß dieſes Urtheil denen Rechten und uns zugeſchickten Acten gemäß ſey, bekennen Wir Decanus, Senior, Doctores und Profeſſores der Juriſten-Facultät auf des Groß-Fürſten aller Reuſſen Käyſerl. Hoheit, Hochfürſtl. Hollſteiniſchen Univerſität zu Kiel. Uhrkundl. unſers Facultät-Inſiegels. Actum in Collegio noſtro Kiel den 17ten Sept. 1751.

Publ. in Iud. Hildesheim den 25ten Oct. 1751.

Ratio-

Rationes Decidendi.

Es hat Hans Hinrich Iſenſee klagend angezeiget, wie er nebſt Martin Hilfern von den Vicarien des hohen Dohms zu Hildesheim mit $1\frac{1}{2}$ Hufe Landes bemeiert worden, des Martin Hilfers Helfte aber gegen Auszahlung von 426. Rthlr. 15. ggr. von ſelbigen cediret, und auch darauf die Bemeierung damit erhalten; dahingegen anitzo, weil er den ſtatt der bisherigen Präſtation des Canonis in Körnern, von ihm, ohne Abzug des Scheffel-Schatzes, verlangten Geld-Zins von 40. Rthlr. zu entrichten ſich nicht ſchuldig erachte, der zeitige Procurator der Vicarien-Ländereyen ihn gäntzlich von beſagter Meyerſtätte verdringen, und ſelbige an Hans Hinrich Steinwede zu Sarſtädt aufs neue vermeyern wolle, juncto petito, mittelſt Adcitirung des Steinweden ihn bey beſagten Ländereyen zu ſchützen, beklagten Herrn Vicarien aber anzubefehlen, die Präſtation in Körnern nach Abzug des Scheffel-Schatzes anzunehmen,

num. act. 6.

Und iſt, nachdem auch Julius Wasman interveniendo dieſe Meyerſtätte zu vindiciren geſuchet, eine Urthel dahin erfolget:

daß Kläger bey der Halbſcheid der $1\frac{1}{2}$ Hufen gegen Entrichtung des gewöhnlichen Canonis pro rata ferner zu ſchützen, und wenn er beſſer, als geſchehen, erwieſen, daß die von Hilfers an ihm gethane Ceßion der andern Helffte von den Vicarien, wenigſtens durch die mehreſte Stimmen genehmiget, und ihm das Meyer-Recht darüber ertheilet ſey, ratione der hierüber geſuchten Manutenenz ferner ergehe, was Rechtens, nicht weniger die von Steinweden gegen ſeine gethane Renunciation gemachte Exceptiones, als unerheblich zu verwerffen, und Wasmann mit ſeiner Vindications-Klage ad ſeparatum zu verweiſen,

num. act. 33.

welche jedoch, nachdem beyde Theile ſich dadurch graviret befunden,

num. act. 36. & ſeqq.

dahin reformiret:

Daß der Beklagten Gravamina zwar für unerheblich, Klägers Gravamen aber für erheblich zu achten, dieſer dannenhero bey der 1½ Hufe Landes, gegen Entrichtung des gewöhnlichen Canonis zu ſchützen, Beklagte hingegen mit ihren Wiederſpruch gäntzlich abzuweiſen, und es bey der von Klägern gethanen Erklährung, daß, wenn beklagter Steinwede erweiſen würde, daß die auf der Meyer-Länderey qu. hafftende Onera ihm auf den Halſe liegen, er, Kläger ſolche alſobald übernehmen, und die bisher bezahlte reſtituiren wolle, lediglich zu laſſen.

num. act. 52.

Und, als Beklagte dagegen leuteriret,

num. act. 54.-62.

von der Jenaiſchen Facultät hinwiederum erkant worden:

Daß Kläger bey der andern von Hilfern an ihm überlaſſenen Helffte der für Sarſtedt belegenen 1½ Hufen Meyer Landes noch zur Zeit mit gäntzlicher Abweiſung der Beklagten nicht zu ſchützen, ſondern derſelbe, daß die von Hilfern an ihn geſchehenen Ceßion von den Vicarien per majora vota genehmiget, und ihm darüber das Meyer-Recht ertheilet, wie recht zu erweiſen ſchuldig, dahingegen es ſo viel die erſtere ihm zur Meyerey gegebene Helffte gedachten Landes betreffe, es bey denen vorigen Urtheilen lediglich zu laſſen,

num. act. 63.

Wieder welche Urthel aber beyde Partheyen Leuterung eingewandt, und mit abgewechſelten Schrifften darüber verfahren.

num. act. 65. - 73.

Ob nun wohl Beklagte des Dafürhaltens, daß das Meyer-Recht im Stifft Hildesheim kein erbliches Recht involvire, und die Herrn Vicarien dannenhero den Kläger, nachdem die ihm anno 1730. verliehene 12. Jahre ſchon verſtrichen, abzumeyern wohl befugt, allermaſſen die Saltzdalenſche und Gandersheimiſche Landtags-Abſchiede, woraus der Herr Geheimer Juſtitz-Rath Strube das Gegentheil behauptet, und worauff die vorige Herrn Urthels-Verfaſſer ſich begründet, im Stifft Hildesheim weder zu Hauſe gehöreten, noch daſelbſten recipiret, hinfolglich dieſer Diſput bloß nach der Policey-Ordnung zu beurtheilen, Inhalts deſſen die Stifftiſche Meyer nur als ſimplices conductores zu conſideriren, ſintemahlen, daß dieſes Geſetz per edictum Maximiliani de anno 1668. abrogiret, oder daraus eine anderweitige Obſervanz und Erb-Meyer-Recht herzuleiten, nicht geſaget werden könte, in mehrerer Erwegung beſagtes Edictum nicht auf alle Meyer, ſondern in ſpeciali caſu nur auf ſolche Acker-Leute und Kothſaſſen ſich bezöge, welche einen ehmahligen beſtändigen Beſitz und Cultivirung ihrer unterhabenden Höffe vor ſich hätten, wozu aber Kläger ſich um ſo weniger zu rechnen vermögend, da er nicht ein bloſſer Bauer, ſondern zugleich Bürger in Sarſtedt ſey, und folglich Ratio hujus diſpoſitionis fehle, bevorab da, daß die Ländereyen qu. in ſpecie agri ambulatorii wären, daraus zu erkennen, daß ſo wohl ſeit 20. bis 30. Jahren die Beſitzere variiret, und A. 1726. Hilfers allein, A. 1730. mit ihm der Iſenſee bemeyert worden, und jetzt letzterer wiederum privative damit bemeyert zu werden verlange, als auch, daß ſelbſt in dem letzten Meyer-Brieff des Iſenſee, demſelben ſelbſt ſothane Meyer-Stätte nur auf 12. Jahre eingethan worden; Und wenn auch entweder überhaupt im Hoch-Stifft Hildesheim, oder auch ratione der Länderey insbeſondere das Ius Coloniæ perpetuæ ſtatt hätte, nichts

 deſto-

deſtoweniger ſolches in Anſehung des Klägers nicht weiter als auf die Helffte, womit er 1730. bemeyert, und nicht auch auf des Hilffers Helffte zu erſtrecken, geſtalten der zweite Meyer-Brieff, worinnen er mit des Hilfers Helffte bemeyert worden, ohne Beydrückung des Communitäts-Inſiegels ausgefertiget, mithin, ſo lange Kläger nicht aliunde erwieſen, daß die von Hilfern an ihm geſchehene Ceßion von den Vicarien per majora vota genehmiget, und ihm das Meyer-Recht darüber ertheilet, darauf keine Reflexion zu nehmen, in Betracht eine dergleichen nomine Collegii außgeſtellete Acte ohne Beydrückung des Sigilli publici nicht validire, und obgleich in den erſten Meyer-Brief enthalten, daß, wann einer von beyden ſich ſaumhafft ſtellen, oder gegen die verabredete Puncte handeln würde, der andere die Meyerſtätte allein behalten, und der ſaumſeelige der Bemeyerung verluſtig ſeyn ſolle, gleichwohl, daß den Hilfers dergleichen mit Recht zu imputiren gehörig nicht unterſuchet, noch befunden worden; gleich denn auch dieſes, daß das Laudemium und der Canon von den gantzen Lande nach dem letzten Meyer-Brieff von ihm abſeiten der Vicarien angenommen worden, Klägern nichts helffen könne, wohlerwogen ſolches nur von den zeitigen Procuratore und nicht von der gantzen Communität geſchehen, jener aber dieſen dadurch nicht präjudiciren mögen; wenigſtens Mitbeklagter Steinwede vermeinet, daß er mit den ihm von Hilfern ratione ſeiner Helffte in anno 1726. verſchriebenen jure retractus zu hören, und weil auch das jus protimiſeos ex pacto quæſitum contra tertium malæ fidei poſſeſſorem Platz greiffe, zu dem Ende zu der delatione juramenti,

> Daß Kläger zur Zeit der erhaltenen Ceßion der Hilferſchen Helffte nichts von dem Hilferſchen und Steinwediſchen Vertrag de anno 1726. gewuſt,

zu admittiren, immaſſen das Zeugen-Verhör, womit man beweiſen wolle, daß er ſich ſeines Iuris protimiſeos begeben, nur coram Notario aufgenommen, die Zeugen nicht beeydiget, noch die Articuli

ihm

ihm ad danda interrogatoria communiciret worden; folglich daſſelbe nicht den geringſten rechtswirckendem Fidem meritire, vielmehr ſelbige, wenn ſie jurato & judicialiter abgehöret werden ſolten, nicht würden ableugnen können, daß er, Steinwede, alles in ebrietate gethan, und ex metu non inani dazu gezwungen wäre.

Dennoch aber und dieweil das Meyer-Recht, wo nicht ein anders entweder in denen Landes-Verordnungen diſponiret, oder in den Meyer-Brieff ausdrücklich bedungen worden, allemahl ein jus perpetuum tribuiret,

Hahn de jure Colon. th. 77.
Schilter de Enponem. jur. §. 25. 26.
Ludewig de jur. client. Sect. 3. c. 8. §. 14. Lit. m.
Böhmer de act. Sect. 2. c. 8. §. 115.
Stryckii uſ. Mod. ff. tit. Loc. cond. §. 29.

und zwar dieſes deswegen, weil die mehreſten davon handelnde Iura provincialia ein ſolches im Munde führen, in dem Fall aber, wenn ratione eines mit den benachbahrten Ländern gemeinſahmen Inſtituti ein punctum juris controvers, ſo weder aus dem Landes noch gemeinen Rechte decidiret werden kann, ſolches ex juribus & conſuetudinibus der angräntzenden Provincien zu beurtheilen.

Lynker Reſol. 404. 444.
Hertius Reſp. 45. n. 14.
Mevius P. 7. Dec. 255. n. 1.

Und dann weder in den Hildesheimiſchen Landes-Geſetzen, noch in dem Meyer-Brieff des Klägers ein anders enthalten, allermaſſen die Worte der Policey-Ordnung,

Daß den Guths-Herrn nicht benommen, ihre Ländereyen und Güther demjenigen, der das meiſte biethet, zu vermeyern,

von

von denen in den Rechten in Exceptione erlaubten Abmeyerungsfällen zu verſtehen, und, wenn ſie auch eine andere Deutung litten, demſelben doch, durch das neuere Edictum de anno 1668. derogiret ſeyn würde, als nach welchen alle und jede Ackers-Leute, als unter welcher Benennung eben die Meyer anzunehmen,

Kreſſ de differ. Jur. Commun. & Brunſv. C. 4. §. 3.

bey den NB. beſtändigen Beſitz und Cultivirung ihrer unterhabenden Höfe ſamt den ihrigen zu ſchützen; Inſonderheit, da hiezu noch kommt, daß eben in den angränzenden Braunſchweigiſchen und Lüneburgiſchen Landen, in Anſehung der Meyer ein ſolches obtiniret,

vid. Strubens Bericht vom Abmeyerungs-Recht. C. 2.

und an welchen in dem Hoch-Stifft Hildesheim üblichen Rechte und Obſervanz wir um ſo weniger zu zweiffeln Urſach, weil das Hochpreißl. Hoff-Gericht, als der daſigen Geſetze und Gewohnheiten am beſten kundig, ſelbſt, ohngeachtet die in den Meyer-Brief de A. 1730. geſetzte 12. Jahre bereits verfloſſen, auf die von den Herrn Vicarien angetragene Abmeyerung nicht, ſondern vielmehr dahin erkant,

Daß Kläger bey den Halbſcheid der qu. 1½ Hufen Landes fernerweit billig zu ſchützen,

num. act. 33.

Geſtalten die in den Meyer-Brieffen auf gewiſſe Jahre geſchehene Bemeyerung nur bloß die Zeit anzeiget, wenn der Contract ad conſervandam dominii probationem renoviret, und die Lehnwahre wieder bezahlet, werden ſoll,

Kappel vom Meyer-Recht c. 7. num. 189.
Struben de jure villic. c. 8. §. 12. 16.

Und daß dieſes, daß erſtlich Hilfers allein, nachher Hilfers und Iſenſee wiederum allein bemeyert worden, ein Merkmahl eines Agri ambulatorii

latorii ſo wenig zu aſſeriren, da ſolches alles ex Conſenſu des derzeitigen Coloni geſchehen,

num. act. 2. 3.

als wenig, daß auf Klägern, weil er Bürger in Sarſtedt, das von Ackers-Leuten handelnde Edictum Maximiliani nicht quadrire, geſagt werden mag, wohlerwogen beydes mit einander beſtehen kan, zugleich einen Bürger in der Stadt und auch einen Ackers-Mann auf den Lande zu agiren, in welchem Fall, und wenn einer eine gedoppelte Perſon vorſtellet, er intuitu einer jeden zu dieſer, oder jenen Qualität gehörigen Handlung nach denen Rechten einer ſolchen Qualität zu richten,

Hertius de uno homine plures perſonas ſuſtin. §. 16.

Und was die Hilferſche Halbſcheid anlanget, die in den Meyer-Brieff de Ao. 1730. befindliche Worte,

das Hilfers und Jſenſee dergeſtalt bemeyert würden, daß einer vor den andern einſtehen, und fals einer ſaumſeelig in Bezahlung der Zinſen, der andere dafür, den völligen Canonem bezahlen, aber auch dagegen die Meyerſtätte allein behalten, und der ſaumſeelige ſeines Antheils verluſtig ſeyn ſolle,

num. act. 2.

klärlichſt zu erkennen geben, das alhier eine correalis obligatio vorhanden, dergeſtalt, daß, wie dieſe in Anſehung des Canonis correi debendi, alſo dieſelben ratione des Meyer-Rechts correi credendi ſeyn, wovon denn der effectus, ut cuilibet ipſo jure res in ſolidum debeatur,

L. 2. ff. de duob. reis conſtit.

hinfolglich, da ſolchergeſtalt es keines neuen Conſenſus der Communität, noch einer neuen Bemeyerung bedarff, auf die in rationibus dubi-

dubitandi angeführte gegen dieſes Principium de correali obligatione aber nicht, ſondern gegen den von Klägern angezogenen Conſenſum der Communität in die neue Bemeyerung gemachte Dubia es allhier gar nicht ankommt; angeſehen; ſo viel in ſpecie den von mitbeklagten Steinwede ex capite des ihm von Hilfern verſchriebenen Iuris protimiſeos gemachten Anſpruch betrifft, Steinwede eo ipſo, da er gegen die ihm desfalß von Klägern entgegen geſetzte Renunciation dieſer Befugnis eingewendet, daß ſolche in Trunckenheit & ex metu non inani geſchehen, ſelbſt geſtanden, daß es an dem, daß er dieſem ihm competirenden Iuri protimiſeos renunciiret, mithin, da er weder die Trunckenheit, noch daß er vi metuque dazu gezwungen, wie recht erwieſen, es überflüßig ſeyn würde, ſowohl auf die eydliche und gerichtliche Abhörung der Zeugen, welche, daß er mehr beſagten Iuri protimiſeos renunciiret, ausgeſaget, zu erkennen, als der dem Kläger gewordenen Eydes-Delation, daß er zur Zeit der geſchehenen Ceßion nichts von den ihm, dem Steinwede, competirenden Näher-Recht gewuſt, zu deferiren, indem, wenn Kläger ſolches auch damahlen gewuſt, doch dieſes anitzo, nachdem Steinwede ſeinem Iuri renunciiret, nichts mehr releviren würde, cum ad jura renunciata non detur regreſſus,

per princ. juris notor.

nun aber mehr als zu bekant, quod ad jurandum & probandum non ſint admittenda, quæ probata non relevant,

Receſſ. Imper. de anno 1654. §. 50.
C. 6. X. & L. 34. §. 5. & 8. ff. de jurejur.

Als ſind wir, wie im Urthel enthalten, zu erkennen, und weil Beklagte zum Theil die letzte Urthel, und auch die vom 18ten Oct. 1745. für ſich haben, dieſer Inſtanz-Koſten prætereundo tacite zu compenſiren bewogen worden. A. B. R. W.

XVII.

Præſ. Herrn v. Weichs.	Extractus Schatz-Protocolli von 30ten Jun. 1747. bey Ablegung das Schatz-Einnehmer Vortmanns, Schatz-Regiſters Calenb. Theils
Herrn v. Spiegel.	
Herrn Probſt v. Kurtz-rock.	ad pag. 64. & 68. weilen das löbl. Schatz-Collegium an der Steigerung der Meyer-Zinſe keinen Theil nehme, als hätte Schatz-Einnehmer in Hebung der Schatz Gefälle ſich nach den alten Fuß zu richten.
Herrn v. Steinberg.	
Herrn v. Bock.	
Herrn Hoff-Rath Buſch.	
Herrn Hoff-Rath Albrecht.	

XVIII.

Wir Carl der Siebende von GOttes Gnaden Erwehlter Römiſcher Kayſer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien und Böheim König, in Ober- und Nieder-Bayern auch der Obern-Pfaltz Hertzog, Pfaltz-Graf bey Rhein, Ertz-Hertzog zu Oeſterreich, und Land-Graff zu Leuchtenberg. rc.

Entbiethen denen Ehrſamen, Gelehrten, Unſeren und des Reichs Lieben getreuen, Churfürſtlich-Cöllniſch-zur Fürſtlich-Hildesheimiſchen Regierung verordneten Cantzlern und Rähten, wie auch zum Fürſtlichen Amt Peina nachgeſetzten Beamten, imgleichen Chriſtian Schwalenberg, ſodann N. Veſty, als in dieſer Sachen angegebenem Appellantiſchen Advocaten Unſere Gnad und alles Gute.

Ehrſame, Gelehrte, Liebe Getreue!

Was an Unſerem Kayſerl. Cammer-Gericht Anton Schierding, Tiele Krammen und Hermann Brandes in groſſen Lafferde, unterthänigſt vor- und anbracht, ſolches iſt zum Theil ab der Unſerm

Schreiben und Bericht angeſchloſſenen Supplication und angefügten Adjunctis ſub Lit. A. B. 1. & ſub adjunctis à Lit. B. 2. usque M. incluſive mehrerern Inhalts zu vernehmen geweſen, und aus weiters hier angehenden Supplicationen ſamt Gegen-Bericht, und darinn angezogenen Beylagen à Lit. a. incluſive zu erſehen.

Wann nun auf Bericht und Gegenbericht dieſe Unſere Kayſerl. Citatio, Inhibitio & Compulſoriales, cum Mandato Attentatorum revocatorio, caſſatorio, inhibitorio & reſtitutorio ſine Clauſula, in Gefolg an heut zu End vermeldten Dato ertheilten Decreti reſpective an- und wieder Euch erkannt, auch die Fatalia von daran auf zwey Monahte erſtreckt worden.

Hierum ſo gebiehten Wir Euch eingangs ernannten Cantzlern und Rähten, auch mit beklagten Beamten von Römiſch-Kayſerl. Macht, und bey Poen zehen Marck löhtigen Goldes, halb in unſere Kayſerliche Cammer, und zum anderen halben Theil ihnen Appellanten ohnnachläßig zu bezahlen, hiemit ernſtlich, und wollen, daß ihr ſo balden, nach Verkündigung dieſes, nicht allein dasjenige, ſo poſt notificatam Appellationem attentatorie von Euch vorgenommen worden, wiederum aufhebet, ſondern auch allferneren Verfahrens in dieſer Sache künfftig enthaltet, wie nicht weniger alles in denjenigen Standt, worinnen es in Zeit der interponirten Appellation geweſen, hinwiederum reſtituiret.

Sodann gebiethen Wir Euch voriger Inſtantz Richteren, und dir Appellaten, ſamt und ſonders von berührt Unſerer Kayſerlichen Macht, und bey gleichmäßiger Poen der zehen Marck löhtigen Golds, daß Ihr in dieſer Sache, alldieweil dieſelbe vor Uns und gedacht Unſerem Kayſerl. Cammer-Gericht in ohnentſchiedenen Rechten ſchwebet, derſelben anhangenden Sachen, oder denen Appellanten zu Nachtheil, und Unſerer Kayſerl. Obrigkeit zu Veracht, ferner nicht verfahret, procedirt, erkennet, handlet oder fürnehmet, ſelbſt oder durch andere, in keiner-

keinerley Weiß noch Wege. Ebenmäßig und bey jetzt angedroheter Poen der zehen Marck löhtigen Golds, Ihr vorige Richtere, in vierzehen Tägen, den nächſten nach Verkündung dieſes, Ihnen Appellanten, oder ihrem Macht-Boten auf Ihr Geſinnen und ziemliche Belohnung, alle und jede voriger Inſtantz Acten und Handlungen in glaubwürdiger Form herausgebet und folgen laſſet, wie nicht weniger dem jüngeren Reichs-Abſchied gemäß, euere Rationes decidendi mit und neben denen Actis prioribus bey Straff zweyer Marck löhtigen Golds, zu mehr gemelt Unſerem Kayſerl. Cammer-Gericht verſchloſſen einſchicket, Sie Appellanten hierinn nicht aufhaltet, oder verziehet, damit dieſelbe deswegen an Vollführung der Sachen nicht verhindert werden.

Daran geſchiehet Unſere ernſtliche Meynung.

Wir heiſchen und laden dabeneben Euch vormelte Cantzler, Rähte, und mitbeklagte Beamte, auch dich Appellaten, von Römiſch-Kayſerlicher Macht, auch Gericht- und Rechtswegen auf den ſechszigſten Tag, den nächſten nach Ueberantwort- oder Verkündung dieſes, deren Wir Euch zwantzig vor den erſten, zwantzig vor den andern, zwantzig vor den dritten, letzten und endlichen Rechts-Tag ſetzen und benennen peremptorie, oder ob derſelbe kein Gerichts-Tag ſeyn würde, den nächſten Gerichts-Tag darnach, durch Euren Gevollmächtigten Anwald an dieſem Unſerm Kayſerl. Cammer-Gericht zu erſcheinen, glaubliche Anzeig und Beweiß zu thun, daß dieſem unſerm Kayſerlichen Mandato ſine Clauſula, alles ſeines Inhalts gehorſamlich gelebet ſey, oder wo nicht, alsdann zu ſehen und hören, Euch um eures Ungehorſams willen, in vorgemeldte Poen gefallen ſeyn, mit Urthel und Rechtſprechen, erkennen, und erklähren, oder aber beſtändige erhebliche Urſachen und Einreden, warum ſolche Erklährung nicht geſchehen ſolle, rechtlich vorzubringen; im übrigen, ſo viel dich gedachten Appellaten betrifft, Ihnen Appellanten in Rechten gebührlich zu

 ant-

antworten, darauf der Sachen, und allen ihren Gerichts-Tägen und Terminen, biß nach endlichen Beſchluß und Urthel auszuwarten.

Ingleichen dich Appellantiſchen Advocaten, in jetztbeſtimten Termin das Iuramentum Calumniæ de non frivole appellando ſelbſt, oder durch einen Gevollmächtigten würcklich abzulegen, oder wo nicht, alsdann zuſehen und hören, dich in poenam non jurantium gefallen ſeyn, mit Urthel und Recht-Sprechen erkennen, und erklähren.

Dann beſtimmen Wir in Puncto Citationis allerſeits zu Uebergebung derjenigen gerichtlichen Handlungen, welche nach der in primo Termino verübter Nothdurfft, vermög der Ordnung und jüngeren Reichs-Abſchieds ferner einzubringen, ſich gebühren mag, Zeit dreyer Monahten pro Termino legali.

Wann Ihr Citirte kommet, und erſcheinet, alsdann alſo oder nicht, oder da hierüber, und obangelegt Unſer Inhibitori-Gebott und beſſere Zuverſicht gemelter maſſen verfahren, procediret oder fürgenommen, oder auch die auferlegte Edition und Ausfolgung der Acten verzogen, aufgehalten, oder gar unterlaſſen, ſo wird doch ſolches alles reſpective als Attentata und von ihme ſelbſten untauglich, nachmahls wieder aufgehoben, wiederruffen, und nichts deſtoweniger mit Erklährung der verwürckter Poenen allerſeits wie auch ſonſten auf deren Appellanten, oder ihres Anwalds Anruffen und Erforderen, mit obangedeuter Erkäntniß und anderem hierinn ferner in Rechten gegen Euch verhandlet und procedirt, wie ſich das ſeiner Ordnung nach gebühret.

Darnach Ihr Euch zu richten.

Geben in Unſerer und des heil. Reichs-Stadt Wetzlar den Eilfften Tag Monahts Junii, nach Chriſti Unſeres lieben HErrn Geburth, im

im Siebenzehenhundert Vier- und Viertzigſten, Unſerer Reiche des Römiſch- und Böheimiſchen im dritten Jahre.

Ad Mandatum Domini Electi
Imperatoris proprium.

Friederich Wilhelm Rüding Ltus Kayſ. Cammer-Gerichts-Cantzley-Verwalter.

(L. S. Imper.)

Franciſcus Elſen Ltus Kayſerl. Cammer-Gerichts-Protonotarius mppria.

Collat.

Kayſerlichen Cammer-Gerichts Cantzley-Handſchrifft

Carl Meckus mppr.

Citatio

Inhibitio & Compulſoriales, cum Mandato Attentatorum revocatorio, caſſatorio, inhibitorio & reſtitutorio ſine Clauſula

In Sachen
Schierding und Cons.
Ctra
Schwalenberg und Cons.

XIX.

Wir Franz von GOttes Gnaden Erwehlter Römiſcher Käyſer, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien und zu Jeruſalem König, Herzog zu Lothringen und Baar, Großherzog zu Toscana, Hertzog zu Calabrien, Geldern, Montferrat, in Schleſien zu Teſchen, Fürſt zu Charleville, Marggraff zu Pont a Muſſon

ſon und Nomeni, Graff zu Provence, Vaudemont, Blanken-berg, Zütphen, Saarwerden, Salm, Falkenſtein ꝛc.

Bekennen und thun kund Jedermänniglichen mit dieſem Unſerm Käyſ. Brieff bezeugend, daß an unſerm Käyl. Cammer-Gericht den 17ten Julii 1745. unter mehr anderen, auch dieſe hiernach beſchrie-benen Inhalts Urthel eröffnet und publiciret worden.

Tenor Sententiae.

In Sachen Schierding und Cons. wieder Chriſtian Schwa-lenberg und Cons. Appellationis cum Mandato attentatorum re-vocatorio, caſſatorio, inhibitorio & reſtitutorio ſine Clauſula, iſt die durch Lt. Bolles am 19ten May jüngſthin ad duplicandum gebettene Friſt, ad primam poſt ferias magnas zugelaſſen und ſub præjudicio angeſetzt, ſodann in puncto Mandati Dr. Goy, ſein des Mandati ulterioris halber beſchehen Begehren noch zur Zeit abgeſchla-gen, ſondern der Fürſtlich-Hildesheimiſcher Regierung glaubliche An-zeig zu thun, daß dem ausgangen, verkündt-und reproducirtem Käyſ. Mandat gehorſamlich gelebet ſeye, Zeit eines Monahts von Inſinuation dieſer Urthel anzurechnen pro Termino & prorogatione von Amtswegen angeſetzt, mit dem Anhang, wo Sie deme alſo nicht nachkommen wird, daß dieſelbe jetzt alsdann, und dann als jetzt, in die berührtem Mandat einverleibte Poen fällig ertheilt, fernere Proceß auch erkant, daß Sie Klägeren, die derentwegen aufgelauffene Ge-richts-Koſten, nach rechtlicher Ermäßigung zu bezahlen ſchuldig seyn ſolle.

In Urkund dieſes mit Unſerm Kayſ. zurück aufgedrückten In-ſiegel bekräfftigten Scheins, ſo darüber ausgefertiget und mitgetheilet worden, in Unſer und des heiligen Reichs-Stadt Wetzlar den Ein und Dreyſigſten Tag Monahts Januarii nach Chriſti Unſers lieben

Herrn

HErrn Geburth im Siebenzehenhundert Sechs und Vierzigſten, Unſerer Reiche des Römiſchen im erſten Jahre

Ad Mandatum Domini
electi Imperatoris proprium

Friederich Wilhelm Rüding Ltus
Kayſerl. Cammer-Gerichts
Cantzley-Verwalter mppr.

Anſelm Frantz Meſſer
Kayſ. Cammer-Gerichts
Protonotarius mppria.

Inſcriptio
Urkundt Urthels
In Sachen
Schierding und Cons.
Cta.
Schwalenberg und Cons.
(L.S.)

XX.

Wir Frantz von GOttes Gnaden erwehlter Römiſcher Kayſer zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, in Germanien und zu Ieruſalem König, Hertzog zu Lothringen und Baar, Groß-Hertzog zu Toscana, Hertzog zu Calabrien, Geldern, Montferrat, in Schleſien zu Teſchen, Fürſt zu Charleville, Marg-Graff zu Pont à Mouſſon und Nomeny, Graff zu Provence, Vaudemont, Blanckenberg, Zütphen, Saarwerden, Salm, Falkenſtein ꝛc.

Bekennen und thun kundt jedermänniglichen mit dieſem Unſerem offenen Kayſerlichen Brief bezeugend, daß an Unſerem Kayſerlichen Cammer-Gericht an heut unterſchriebenen Dato unter mehr anderen, auch dieſe hernach beſchriebenen Inhalts Urthel eröffnet und publiciret worden:

Tenor Sententiae.

In Sachen Anton Schierding und Conſorten, wieder Chriſtian Schwalenberg und Conſorten, Appellationis cum Mandato attentatorum revocatorio, caſſatorio, inhibitorio & reſtitutorio, ſine clauſula: Iſt in puncto Mandati D. Zwirlein, ſein des Mandati arctioris halber beſchehen Begehren noch zur Zeit nochmahlen abgeſchlagen, ſondern Lt. Deüren auch Lt. Bolles ohnerheblichen- und hiemit verworffenen Einwendens ohngehindert, glaubliche Anzeige zu thun, daß dem ausgangen- verkundt- und reproducirten Kayſerlichem Mandat, darauf ergangenen Paritori-Urtheilen mit würklicher Wiedereinſetzung der Appellanten in das Meyer-Guth zu den Höllen-Hoff zu Lafferde, und Reſtitution aller genommenen ſonſt entbehrten Früchte, auch verurſachten Schaden, in den Standt, wie ſie zur Zeit der erſten Appellation ſelbiges Meyer-Guth beſeſſen, genutzet, und dafür den Zinß entrichtet haben, gehorſamlich gelebet ſeye, annoch Zeit ad primam poſt ferias magnas angeſetzet, mit dem Anhang, wo ihre Principalen deme alſo nicht nachkommen werden, daß ſie jezt alsdann, und dann als jezt, in der Poen berührtem Mandat einverleibt, hiemit erklährt, fernere Proceſſ auch erkannt, daß ſie die Gerichts-Koſten dereutwegen auffgelauffen, denen Appellanten nach rechtlicher Ermäßigung zu entrichten, und zu bezahlen ſchuldig ſeyn, auch das eventualiter am 1ten Aprilis lauffenden Jahrs comminirte Mandatum de exequendo an des Nieder-Sächſiſchen Crayſes ausſchreibende Herren Fürſten erkannt ſeyn, und ohne weiteres Anruffen aus der Canzley verabfolget werden ſolle.

In

In Urkundt dieſes mit unſerem Käyſerl. zurück aufgedrukten Inſiegel bekräfftigten Scheins, ſo darüber ausgefertigt- und mitgetheilet worden, in Unſer und des Heil. Reichs-Stadt Wetzlar, den Sechszehenden Tag Monaths Julii, nach Chriſti Unſers Lieben Herrn Gebuhrt im Siebenzehenhundert Sechs- und Vierzigſten, Unſerer Reiche des Römiſchen im erſten Jahre

Ad Mandatum Domini
electi Imperatoris proprium

Friederich Wilhelm Rüding Ltus
Kayſerl. Cammer-Gerichts
Cantzley-Verwalter mppr.

Johann Martin Flach, Kayſerl.
Cammer Gerichts-Protonotarius mppr.

Urkundt Urthels
In Sachen
Schierding und Conſorten Appellanten.
Ctra
Schwalenberg und Conſorten Appellaten
(L.S.)

XXI.

In Sachen des Waldhauſiſchen Curatoris Neden Imploranten, wieder Daniel Tammen in Sarſtedt Imploraten, werden hinc

 inde

inde exhibita communiciret, und zum Beſcheid ertheilet, daß das von Imploranten geſchehene Suchen noch zur Zeit keine ſtatt habe; würde übrigens Implorat die ſeinem Exhibito beygefügte Anlagen binnen 4 Wochen in Originali ad Acta bringen, ſo wäre ſelber bey der Poſſeßion der in Frage ſeyenden Meyer-Länderey bis Implorant in petitorio die Befugniß, mit ſothaner Länderey nach Willkühr zu diſponiren, ausgeführet haben wird, zu ſchützen, inmaſſen er eventualiter dabey geſchützet, Implorant aber ad petitorium verwieſen wird. Decr. Ruthe den 20ten Dec. 1748.

J. A. Hentrich mpp.

E N D E.

X 8/95

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Strube, Julius Melchior,

Julius Melchior Struben Königl. Grosbrit. und Churfürstl. Braunschweig-Lü
neb. Hof- und Canzley-Rahts auch Archivarii, befestigtes Erb-Recht der
Stift Hildesheimischen Meyer

Hannover 1752

4 J.germ. 202,24
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10510803-5
VD18 14733145